

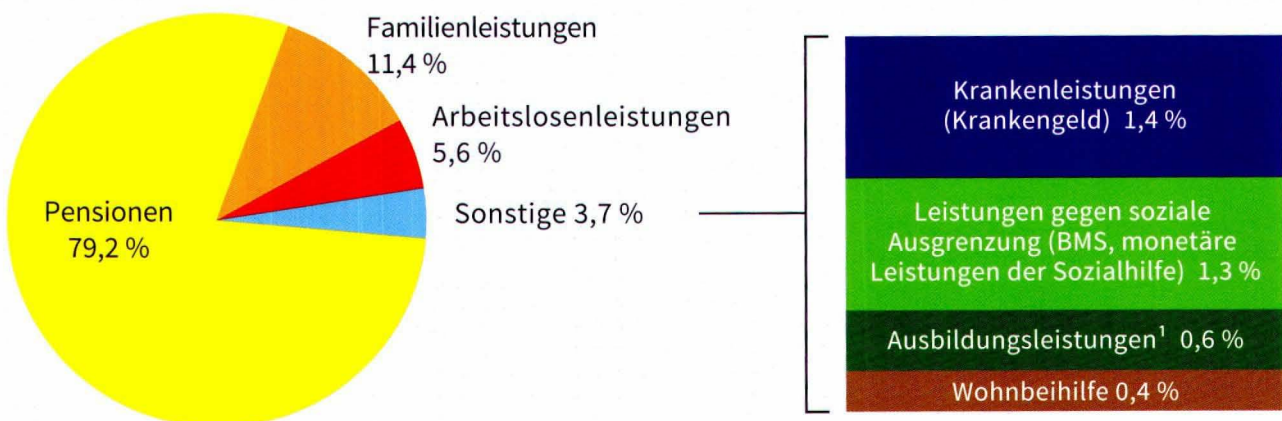
15.3 Monetäre Sozialleistungen

Der Großteil der staatlichen Umverteilung findet durch monetäre und reale Sozialleistungen statt¹⁷². Diese Transfers tragen dazu bei, dass sich das Bruttoeinkommen deutlich gleichmäßiger verteilt als das Markteinkommen. Im Gegensatz zu den großen WIFO-Umverteilungsstudien¹⁷³ werden im vorliegenden Beitrag ausschließlich die monetären Sozialleistungen berücksichtigt, da die Quantifizierung und Zurechnung der öffentlichen Sachleistungen wie etwa der Besuch einer Schule oder die Versorgung während eines Krankenhausaufenthalts auf die privaten Haushalte mit erheblichem Mehraufwand verbunden wäre und daher den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Die öffentlichen Sachleistungen verbessern tendenziell die Lage der markteinkommensschwachen Haushalte. In Rocha-Akis et al. (2016) macht das Volumen der berücksichtigten monetären Sozialleistungen für das Jahr 2010 etwa die Hälfte des Volumens der gesamten berücksichtigten sozial- und wohlfahrtsstaatlichen

Leistungen aus. Besonders im Bereich Gesundheit und Bildung spielen universelle Sachleistungen (wie etwa der Besuch öffentlich finanzierter Schulen und anderer Bildungseinrichtungen, Krankenhausleistungen und sonstige ambulante und stationäre Leistungen) eine wichtige Rolle, da alle Haushalte diese unabhängig von ihrem Einkommen gleichermaßen in Anspruch nehmen können und demnach ihre relative Bedeutung für Haushalte mit niedrigem Einkommen wesentlich höher ist als für einkommensstärkere Haushalte.

Die in diesem Beitrag berücksichtigten Transfers umfassen im Wesentlichen die monetären Alters-, Familien-, Arbeitslosen-, Kranken-, Ausbildungsleistungen sowie die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung (Bedarfsorientierte Mindestsicherung und andere monetäre Leistungen der Sozialhilfe) und die Wohnbeihilfe. Das für das Jahr 2015 hochgerechnete Gesamtvolumen dieser Transfers beträgt rund 64,7 Mrd. EUR und liegt damit um 18,4% höher als 2010 (54,7 Mrd. EUR).

Abbildung 4: Zusammensetzung der monetären öffentlichen Sozialleistungen 2015



Q: EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

Berechnungen basieren auf absoluten (nicht-äquivalenzgewichteten) Euro-Beträgen.

¹ Ausbildungsleistungen enthalten Stipendien sowie Schülerbeihilfen. BMS steht für Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

¹⁷² Vgl. Guger et al. (2009) und Rocha-Akis et al. (2016).

¹⁷³ Guger (1987, 1996), Guger et al. (2009), Rocha-Akis et al. (2016).

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Die Altersleistungen, in denen die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätspensionen der gesetzlichen Pensionsversicherung und der Beamtenysteme zusammengefasst werden, machten 2015 mit rund 79% den größten Anteil der gesamten berücksichtigten monetären Sozialleistungen aus¹⁷⁴ (Abbildung 4). Das erfasste Volumen erhöhte sich zwischen 2010 und 2015 um rund 22%. Die Mindestpension (Aufstockung von geringen Pensionen auf den Ausgleichszulagenrichtsatz von 872,31 EUR monatlich) und die Höchstpension (3.226,51 EUR brutto monatlich, ausgenommen ist der Beamtenbereich) tragen dazu bei, dass diese Einkommen gleichmäßiger über die Quantile des Gesamteinkommens verteilt sind als die Arbeitnehmer/innenentgelte. Die Verteilung der Altersleistungen ist zwischen 2010 und 2015, so wie die Verteilung der Pensionsbeziehenden zwischen 2010 und 2013 (s. Übersicht A im Anhang), recht stabil geblieben. Auf das untere Einkommensdrittel entfielen 2015 26,2% (2010: 26,6%), auf das mittlere 39,8% (2010: 39,8%) und auf das obere 34,0% (2010: 33,6%) des gesamten Pensionseinkommens (Übersicht 2). Auf Basis der bisherigen Befunde kann bereits jetzt vorweggenommen werden, dass ausgehend von den Markteinkommen die Pensionen allein aufgrund ihres Volumens und ihrer Verteilung maßgeblich zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen beiträgt.

Die zweitgrößte Gruppe der berücksichtigten monetären Sozialleistungen bilden die Familienleistungen. Zu ihnen zählen die Familienbeihilfe, der Kinderab-

setzbetrag, der Mehrkindzuschlag, das Wochen-, das Kinderbetreuungs- und Schulgeld sowie der staatliche Unterhaltsvorschuss¹⁷⁵. Ihr Anteil belief sich 2015 auf rund 11% aller öffentlichen Geldleistungen. Im Gegensatz zu den anderen Sozialleistungen ist die Summe der erfassten monetären Familienleistungen zwischen 2010 und 2015 trotz Anhebung der Familienbeihilfe seit 2014 leicht gesunken (-0,7%), während die Anzahl der Kinder in etwa gleich geblieben ist. Auch der Anteil der monetären Familienleistungen an den gesamten monetären Sozialleistungen ist laut den Daten des EU-SILC gesunken (2010:14%; 2013:12%; 2015:11%). Dies dürfte v.a. eine Folge der Änderungen in den Regelungen für den Anspruch auf die Familienbeihilfe im Jahr 2011 sein (Wegfall der Familienbeihilfe für Kinder, die sich in Ausbildung befinden und den 24. Geburtstag erreicht haben; Ersatz der 13. Familienbeihilfe durch das Schulstartgeld für 6-15-Jährige Kinder)¹⁷⁶. Wie das BMASK (2016) zeigt, sind allerdings die hier nicht berücksichtigten staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen, die sich 2015 auf knapp 20% der gesamten (monetären und nicht-monetären) Sozialleistungen für Familien und Kinder beliefen, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen¹⁷⁷. Insofern führt die Nicht-Berücksichtigung der öffentlichen Sachleistungen wie eingangs erwähnt zu einer verzerrten Darstellung des Umverteilungsprozesses. Da der Großteil der monetären Familienleistungen einkommensunabhängig gewährt wird, wird die Verteilung der Mittel auf die privaten Haushalte im Wesentlichen durch das Vorhandensein und das Alter der Kinder bestimmt. Der

¹⁷⁴ Wie bereits einleitend festgehalten, werden die vertikalen Umverteilungsströme zwischen den Haushalten innerhalb eines Jahres berechnet.

¹⁷⁵ Steuervergünstigungen für Familien wie der Alleinverdiener/Innen-, Alleinerzieher/Innen- und Unterhaltsabsetzbetrag, der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten werden im Zuge der Simulation der Einkommensteuer (s. Kapitel 4) mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell berücksichtigt.

¹⁷⁶ S. Schratzenstaller (2015A) für eine detaillierte Beschreibung der familienpolitischen Leistungen in Österreich.

¹⁷⁷ Eine umfassende Darstellung der familienpolitischen Ausgaben der öffentlichen Hand sowie deren Verteilung auf die privaten Haushalte im Jahr 2010 findet sich in Rocha-Akis et al. (2016).

leichte Rückgang im Anteil der Familienleistungen im oberen Einkommensdrittel und der entsprechende Anstieg im mittleren und unteren Einkommensdrittel lassen sich dementsprechend in erster Linie durch den verringerten Anteil an Kindern im oberen Terzil erklären (s. Übersicht A im Anhang).

Markante Veränderungen in der Verteilung der monetären Sozialleistungen zwischen 2010 und 2015 sind im Bereich der Leistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, die 2015 knapp 6% der monetären Sozialleistungen ausmachten (Abbildung 4), zu verzeichnen. Die Leistungen umfassen im Wesentlichen das Arbeitslosengeld, die Notstandshilfe und die Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts während der Teilnahme an einer Weiterbildung. Waren die Arbeitslosenleistungen bereits 2010 in einem hohen Ausmaß im unteren Drittel der Gesamteinkommensverteilung konzentriert (60,4%), so stieg dieser Anteil zwischen 2010 und 2015 um rund 3 Prozentpunkte (63,3%) bzw. im untersten Einkommensdezil um 6 Prozentpunkte von 22,6% auf 28,7% (Übersicht 2). Dies ist auf den höheren Anteil an Notstandshilfebeziehenden im unteren Terzil zurückzuführen (s. Übersicht A im Anhang). Diese Dynamik dürfte in erster Linie mit der Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang stehen, denn die Lohnersatzleistungen, die für die Haushalte im unteren Einkommensbereich eine wichtige Einkommensquelle darstellen¹⁷⁸, fallen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit geringer aus und reduzieren das Haushaltseinkommen, sodass die betroffenen Haushalte ihre Position in der Einkommenshierarchie nicht halten können. In Bezug auf das Volumen der erfassten Arbeitslosenleistungen ist zwischen 2010 und 2015 in Relation zu den gesamten monetären Leistungen ein unterdurchschnittlicher Anstieg von 11% festzustellen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in dieser Zeit-

periode von 6,9% auf 9,1%, während sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen von 2,7% auf 9,8% mehr als verdreifachte (laut AMS).

Eine noch stärkere Verschiebung in den Anteilen der bezogenen Sozialleistungen zwischen 2010 und 2015 ist in der Kategorie „Sonstige Sozialleistungen“ auf der Ebene der Terzile zu erkennen. Diese Leistungskategorie setzt sich aus den monetären Krankenleistungen (Krankengeld, Unfallrente), der bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. Geldleistungen der Sozialhilfe, den monetären ausbildungsbezogenen Leistungen (Stipendien) und Wohnbeihilfen zusammen und machte in Summe lediglich rund 3,7% (2010: 3,3%) der gesamten monetären Leistungen aus (Abbildung 4). Der Anteil dieser Leistungen, der auf die Haushalte im unteren Einkommensdrittel entfiel, erhöhte sich zwischen 2010 und 2015 von 60,6% auf 65,2% um knapp 5 Prozentpunkte und ging im oberen Einkommensdrittel entsprechend zurück (2010: 17,9%; 2015: 13,7%; Übersicht 2). Obwohl unter der Rubrik „Sonstige Leistungen“ die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung die stärkste Dynamik aufwiesen (das erfasste Volumen stieg zwischen 2010 und 2015 von 0,34 Mrd. EUR auf 0,85 Mrd. EUR), gehen die Anteilsverschiebungen ausschließlich auf die ausbildungsbezogenen Leistungen und die Wohnbeihilfe zurück, die sich 2015 stärker im unteren Terzil konzentrierten als 2010.

Sowohl 2010 als auch 2015 kommen rund 30% aller monetären Sozialleistungen den Haushalten im unteren Terzil zugute, rund 38% entfallen auf die Haushalte im mittleren Terzil und knapp 32% auf jene im oberen Terzil (Übersicht 2). Im Vergleich dazu zeigt sich in den Ergebnissen der jüngsten WIFO-Umverteilungsstudie für das Jahr 2010, die auch die öffentlichen Sachleistungen berücksichtigt, dass ein deutlich größerer An-

¹⁷⁸ Vgl. Rocha-Akis et al., 2016.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

teil der öffentlichen Sozialleistungen auf das untere Transfers betragen für die Haushalte im unteren, mitt-
Terzil entfällt. Die Anteile der monetären und realen leren und oberen Terzil jeweils 42%, 32% und 26%.

Übersicht 2: Verteilung von monetären Sozialleistungen

Haushalts- bruttogesamt- einkommen	Monetäre Sozialleistungen											
	Pensionen		Familien- leistungen		Arbeitslosen- leistungen		Sonstige		Insgesamt ohne Pensionen		Insgesamt	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015
Dezil	Anteile in % (äquivalenzgewichtet)											
1.	3,3	3,1	8,5	9,0	22,6	28,7	28,6	28,3	16,6	19,6	5,7	5,8
2.	8,4	8,1	8,5	8,9	21,4	17,7	17,1	19,9	14,1	14,1	9,4	9,1
3.	11,1	11,1	9,9	9,9	12,0	13,9	12,5	12,8	11,0	11,8	11,1	11,2
4.	12,2	12,6	10,4	11,1	9,3	7,2	8,2	8,7	9,6	9,3	11,7	12,0
5.	11,7	12,8	12,8	13,2	9,1	9,1	7,2	6,3	10,6	10,3	11,5	12,4
6.	12,1	11,0	11,9	11,5	7,0	8,2	5,8	6,5	9,3	9,3	11,6	10,7
7.	11,2	10,7	11,3	11,2	6,1	5,4	5,4	4,5	8,6	7,9	10,7	10,2
8.	10,2	10,6	9,7	10,1	6,2	3,5	6,4	5,1	8,0	6,9	9,8	10,0
9.	9,8	9,8	9,8	9,4	3,8	3,3	4,5	4,7	6,9	6,4	9,3	9,3
10.	10,0	10,4	7,3	5,6	2,3	3,1	4,3	3,2	5,2	4,3	9,2	9,4
Terzil												
1.	26,6	26,2	30,4	31,8	60,4	63,3	60,6	65,2	45,4	49,4	29,9	29,9
2.	39,8	39,8	38,7	39,5	25,3	24,6	21,5	21,1	31,3	30,6	38,3	38,3
3.	33,6	34,0	30,9	28,6	14,3	12,1	17,9	13,7	23,3	20,0	31,8	31,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)											
Insgesamt	42,1	51,3	7,4	7,4	3,3	3,7	1,8	2,4	12,5	13,4	54,7	64,7
	Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)											
Gini	0,36	0,37	0,33	0,33	0,52	0,50	0,63	0,65	0,43	0,44	0,51	0,52

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

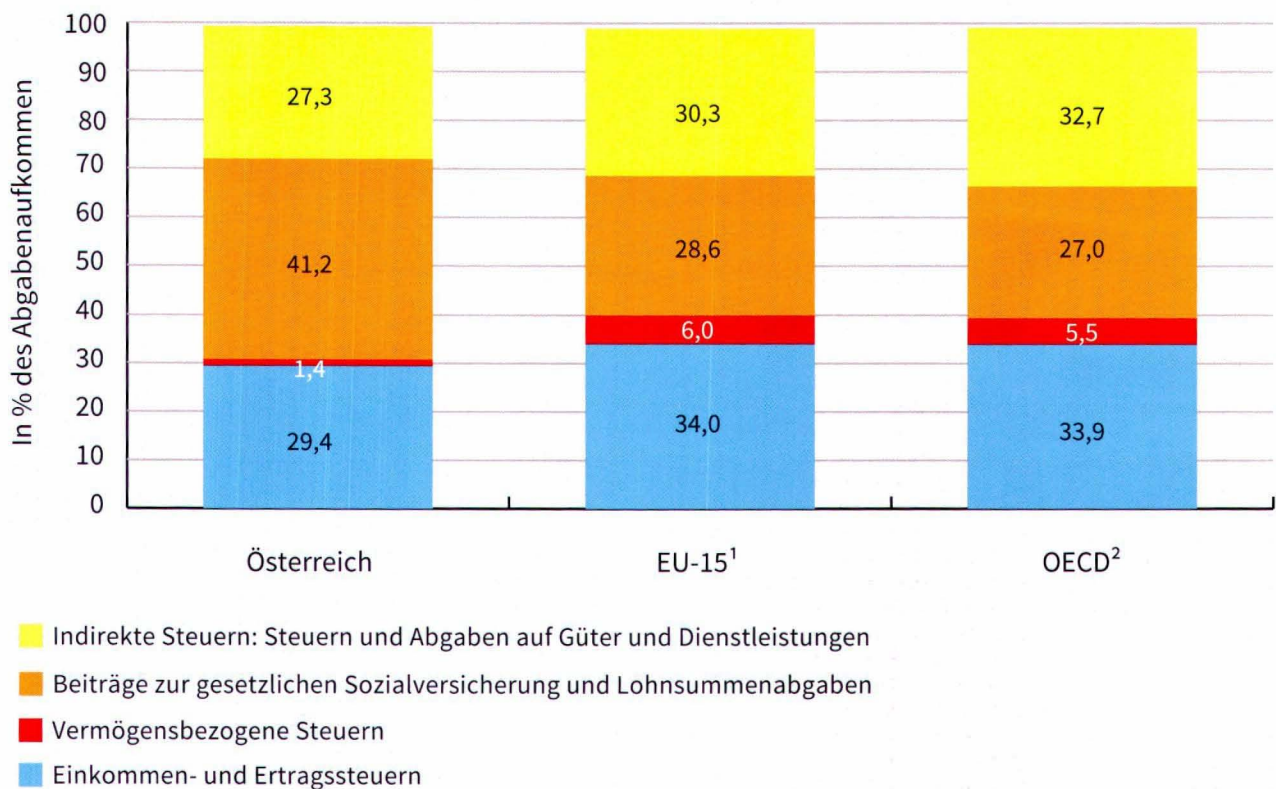
Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

15.4 Sozialabgaben und Einkommensteuer

In Österreich wird der Faktor Arbeit – über Einkommensteuern, Lohnsummen- und Sozialversicherungsabgaben – im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch belastet. Insbesondere auf die lohnabhängigen Sozialversicherungsbeiträge legt Österreich ein sehr hohes Gewicht: Die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und die Lohnsum-

menabgaben machten hier im Jahr 2014 rund 41% des Abgabenaufkommens aus; im Schnitt der EU 15 und der OECD lag der entsprechende Anteil bei rund 29% bzw. 27%. Vermögensbezogene Steuern spielen hingegen in Österreich eine weitaus geringere Rolle als im EU- und OECD-Schnitt: Während im Jahr 2014 in Österreich nur 1,4% des Abgabenaufkommens aus vermögensbezogenen Steuern stammten, betrug der Anteil im Durchschnitt der EU 15 bzw. der OECD 6% bzw. 5,5% (2013) (Abbildung 5).

Abbildung 5: Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich 2014



Q: OECD, Revenue Statistics. WIFO-Berechnungen.

Die Differenz auf Hundert beruht auf zwei Positionen, die geringe Anteile haben (Other Taxes and Custom duties collected for the EU).

¹ Ungewichteter Durchschnitt.

² 2013er-Werte.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Aufgrund ihrer Abgabenstruktur¹⁷⁹ wirken die Sozialabgaben bezogen auf das Einkommen, auf das sie anfallen, regressiv. So wurden 2010 die Arbeitnehmer/innenentgelte der Haushalte im oberen Einkommensdrittel mit einem effektiven Sozialabgabensatz von rund 31% weniger stark belastet als die Haushalte im unteren und mittleren Einkommensdrittel bei einem entsprechenden Abgabensatz von rund 35% (Guger – Rocha-Akis, 2016). Die Einkommensteuer weist hingegen eine progressive Struktur auf, trägt aber erheblich weniger zum Abgabenaufkommen bei. Bezogen auf die Arbeitnehmer/innenentgelte lag der effektive Lohnsteuersatz für die Haushalte im unteren Einkommensdrittel bei 3%, im mittleren bei 7% und im oberen bei 14%. Während der effektive Abgabensatz auf Unselbständigeneinkommen 2010 im Durchschnitt aller Haushalte gut 43% (effektive durchschnittliche Lohnsteuerleistung 11%, effektiver Sozialabgabensatz 32%) betrug, lag der durchschnittliche effektive Steuersatz auf Einkünfte aus Zinsen und Dividenden bei 25% und jener auf die Erträge aus Vermietung und Verpachtung bei 21% (ebenda).

Aus Übersicht 3 geht hervor, dass die Haushalte im unteren und mittleren Einkommensdrittel 2015 einen höheren anteilmäßigen Beitrag zum Gesamtaufkommen der Einkommensteuer leisteten als 2010¹⁸⁰. Dies, obwohl sich die Verteilung der Arbeitnehmer/in-

nenentgelte zwischen 2010 und 2015 nur unwesentlich verändert hat und im Jahr 2013 die Solidarabgabe¹⁸¹ eingeführt wurde. Konkret stieg der Anteil am Einkommensteueraufkommen im unteren Terzil, in dem viele Haushalte über kein oder ein nur geringes Erwerbs- oder Pensionseinkommen verfügen, von 2,4% auf 3,5% und im mittleren Terzil von 20,0% auf 21,8%. Dementsprechend fiel der Anteil im oberen Terzil um knapp 3 Prozentpunkte und betrug 2015 74,7%. Auch die Anteile am Sozialbeitragsaufkommen sind im unteren und mittleren Terzil trotz der außertourlichen Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung¹⁸² tendenziell gestiegen. Erklären lässt sich dies zum einen dadurch, dass sich der Anteil der Personen mit einem zu versteuernden jährlichen Einkommen über dem Grundfreibetrag von 11.000 EUR im unteren Einkommensdrittel von 16,5% auf 19% erhöht hat (s. Übersicht A im Anhang)¹⁸³. Auch innerhalb dieser Haushalte ist der Anteil der Personen, die Einkommensteuer zahlen, gestiegen. Ein weiterer Grund für den höheren Aufkommensbeitrag der Haushalte im unteren und mittleren Terzil könnte die kalte Progression sein, die an den Übergangsstellen des Einkommensteuertarifs besonders hoch ist und vorwiegend Personen mit mittlerem Einkommen betrifft (Steiner – Wakolbinger, 2015). Die Progressionsmaße von Kakwani (1977) und Suits (1977), deren Werte sich zwischen 2010 und 2015 reduzierten, bestätigen, dass die Progressivität (Haushalte

¹⁷⁹ Beim Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze (2010: monatlich 366,33 EUR; 2015: monatlich 405,98 EUR) unterliegt der gesamte Monatslohn einem weitgehend proportionalen Abgabensatz. Für Einkommenssteile über der Höchstbeitragsgrundlage (2010: monatlich 4.110,00 EUR; 2015: monatlich 4.650,00 EUR) fallen keine Beiträge an.

¹⁸⁰ Informationen zur Simulation der Abgaben mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell befinden sich im Anhang.

¹⁸¹ Bis 2013 wurden Sonderzahlungen (wie der Urlaubszuschuss, die Weihnachtsremuneration und Jubiläumsgelder) mit 6 % begünstigt besteuert. Seitdem wird die begünstigte Besteuerung durch das Stabilitätsgesetz 2012 für Besserverdiener eingeschränkt und es gilt ein eigener progressiver Steuertarif für die sonstigen Bezüge. Korrespondierend dazu wird der Gewinnfreibetrag für die Selbständigen an die Änderung der Besteuerung sonstiger Bezüge angepasst (Schratzenstaller, 2015B).

¹⁸² Im Jahr 2013 wurde die Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung um 90,00 EUR monatlich außertourlich (d.h. über die übliche jährliche Aufwertung hinaus) erhöht (ASVG 108 Abs. 3).

¹⁸³ Die Verteilung der Personen mit einem sozialversicherungspflichtigen Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze hat sich hingegen zwischen 2010 und 2015 nicht verändert.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Übersicht 3: Verteilung und Progressionswirkung von Sozialbeiträgen und Einkommensteuer

Haushaltsbrutto- gesamteinkommen	Sozialbeiträge		Einkommensteuer		Sozialbeiträge und Ein- kommensteuer insgesamt	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015
Dezil	Anteile in % (äquivalenzgewichtet)					
1.	0,6	0,6	-0,2	-0,1	0,3	0,3
2.	1,7	1,7	0,1	0,3	1,1	1,2
3.	3,0	3,2	1,6	2,1	2,5	2,8
4.	4,5	4,6	3,1	4,0	4,0	4,3
5.	6,6	6,7	5,0	5,8	6,0	6,3
6.	8,8	9,1	7,1	7,2	8,1	8,3
7.	12,2	12,0	9,0	9,2	11,0	10,9
8.	15,9	15,6	12,5	12,7	14,7	14,4
9.	20,1	20,1	18,8	17,5	19,6	19,1
10.	26,6	26,3	43,0	41,2	32,7	32,4
Terzil						
1.	6,7	7,0	2,4	3,5	5,1	5,5
2.	26,3	26,5	20,0	21,8	23,9	24,6
3.	67,1	66,5	77,6	74,7	71,0	69,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)					
Insgesamt	43,7	51,8	24,6	33,8	68,3	85,6
	Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)					
Gini	0,52	0,52	0,54	0,52	0,51	0,50
	Progressionsmaße (äquivalenzgewichtet)					
Kakwani	0,095	0,094	0,214	0,193	0,131	0,123
Suits	0,080	0,079	0,246	0,222	0,135	0,127

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

Sozialbeiträge setzen sich aus Arbeitnehmer/innen- und Arbeitgeber/innenanteil zusammen.

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

mit zunehmenden Einkommen führen einen höheren prozentualen Anteil ihres Einkommens als Abgabe ab) von Einkommensteuer und Sozialabgaben im betrachteten Zeitraum nachgelassen hat¹⁸⁴. Dies ist ausschließlich auf die schwächere Progressionswirkung der Einkommensteuer zurückzuführen; jene der Sozialabgaben blieb nahezu unverändert (Übersicht 3).

An dieser Stelle sei noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass die Konsumsteuern, die zu den aufkommensstärksten Steuern zählen, und sich durch ihre regressive Abgabenstruktur auszeichnen, aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit rezenter Konsumerhebungsdaten aus der Betrachtung ausgeklammert werden mussten. Wie Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016) zeigen, fiel 2010 die Belastung durch indirekte Steuern für die Haushalte im 1. Dezil mit rund 21% des Bruttogesamteinkommens am höchsten aus und sank zwischen dem 2. und 10. Dezil kontinuierlich auf rund 5% des Bruttogesamteinkommens.

15.5 Monetäre Einkommensumverteilung

Wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, ist die Konzentration des Bruttomarkteinkommens beträchtlich. Auf die 10% der einkommensschwächsten Haushalte entfiel im Jahr 2015 1% während auf die 10% der einkommensstärksten Haushalte 32% des gesamten Bruttomarkteinkommens entfielen. Die Einkommensanteile im unteren, mittleren und oberen Einkommensdrittel betragen jeweils rund 8%, 25% und 68%. Der Gini-Koeffizient der Markteinkommen lag bei 0,53.

Werden die Bruttopensionen zu den Bruttomarkteinkommen addiert, steigen die Einkommensanteile im unteren und mittleren Einkommensdrittel um 4,5 bzw. 3,7 Prozentpunkte; der Gini-Koeffizient fällt deutlich um 0,16 Punkte auf das gleiche Niveau wie 2010 (0,37). Bis zum 7. Dezil steigen die Einkommensanteile der Haushalte durch die Hinzurechnung der Pensionen relativ zu jenen des Bruttomarkteinkommens (Übersicht 4).

Durch die zusätzliche Berücksichtigung der übrigen monetären Sozialleistungen steigen die Einkommensanteile im unteren Einkommensdrittel 2015 noch einmal um 2,5 Prozentpunkte auf 14,6%. Grund dafür sind vorwiegend die Umverteilungswirkungen durch die Arbeitslosenversicherungsleistungen, von denen insbesondere die Haushalte in den unteren drei Dezilen betroffen sind. Von den quantitativ wesentlich gewichtigeren monetären Universalleistungen im Rahmen der Familienpolitik profitieren hingegen alle Haushalte mit Kindern in ähnlichem Ausmaß, sodass ausschließlich die Haushalte im oberen Einkommensdrittel, die in der äquivalisierten Darstellung 2015 einen geringeren Anteil an Kindern aufweisen als 2010, Einkommensanteile verlieren (-2,4 Prozentpunkte). Die bedarfsgeprüften Leistungen wirken zwar stark von oben nach unten umverteilend, haben aber aufgrund ihres geringen Volumens nur einen geringen Effekt auf die Ungleichheitsreduktion. In Summe fällt der Gini-Koeffizient vom Übergang des Bruttomarkteinkommens einschließlich Pensionen (Primäreinkommen) zum Primäreinkommen einschließlich aller monetären Sozialleistungen (Bruttogesamteinkommen) nur um 0,02 Punkte auf 0,35 (Übersicht 4).

¹⁸⁴ Der Kakwani-Index ist definiert als Differenz zwischen dem Konzentrationskoeffizienten der Abgabe bezogen auf das Bruttoeinkommen und dem Gini-Koeffizienten des Bruttoeinkommens. Für ein progressives Abgabensystem ist der Kakwani-Index größer als 0, für ein regressives System kleiner als 0. Ein Wert von 0 impliziert ein proportionales Abgabensystem. Der Suits-Index misst unmittelbar die Konzentration der Abgabenlast bezogen auf die Konzentration der Bruttoeinkommen. Dadurch ist sein Wertebereich normiert auf +1 bei vollständiger Abgabenprogression und -1 bei vollständiger Regression.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Übersicht 4: Monetäre Einkommensumverteilung

Haushaltsbruttogesamteinkommen	Bruttomarkteinkommen		Bruttomarkteinkommen und Pensionen		Bruttogesamteinkommen (Bruttomarkteinkommen einschl. monetäre Sozialleistungen)		Verfügbares Einkommen (Bruttogesamteinkommen abzüglich Einkommensteuer, KEST und Sozialbeiträge)	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015
Dezil	Anteile in % (äquivalenzgewichtet)							
1.	1,0	1,0	1,5	1,5	2,5	2,6	3,3	3,5
2.	2,0	2,1	3,6	3,5	4,3	4,3	5,5	5,6
3.	3,2	3,1	5,1	5,1	5,6	5,6	6,7	6,9
4.	4,5	4,6	6,3	6,5	6,6	6,7	7,7	7,8
5.	6,3	6,1	7,6	7,7	7,8	7,9	8,6	8,7
6.	8,2	8,5	9,1	9,1	9,1	9,0	9,6	9,6
7.	10,7	10,8	10,8	10,8	10,4	10,4	10,7	10,7
8.	13,9	13,6	13,0	12,8	12,4	12,1	12,1	11,9
9.	18,3	18,0	16,2	16,0	15,3	15,1	14,1	13,9
10.	31,9	32,3	26,7	27,0	26,1	26,3	21,7	21,6
Terzil								
1.	7,6	7,6	12,1	12,1	14,5	14,6	16,4	18,4
2.	24,4	24,6	28,1	28,3	28,2	28,2	31,1	30,6
3.	67,9	67,8	59,8	59,6	57,4	57,2	52,5	51,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)							
Insgesamt	167,6	195,1	209,7	246,4	223,9	261,5	147,9	168,1
	Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)							
Gini	0,52	0,53	0,37	0,37	0,35	0,35	0,28	0,27
Perzentilrelationen								
P90/P10	31,128	33,727	6,128	6,206	5,090	5,160	3,486	3,301
P90/P50	2,878	2,856	2,193	2,184	2,118	2,122	1,769	1,732
P10/P50	0,092	0,085	0,358	0,352	0,416	0,411	0,508	0,525

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

Sozialbeiträge setzen sich aus Arbeitnehmer/innen- und Arbeitgeber/innenanteil zusammen.

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und staatlichen und privaten Transfers).

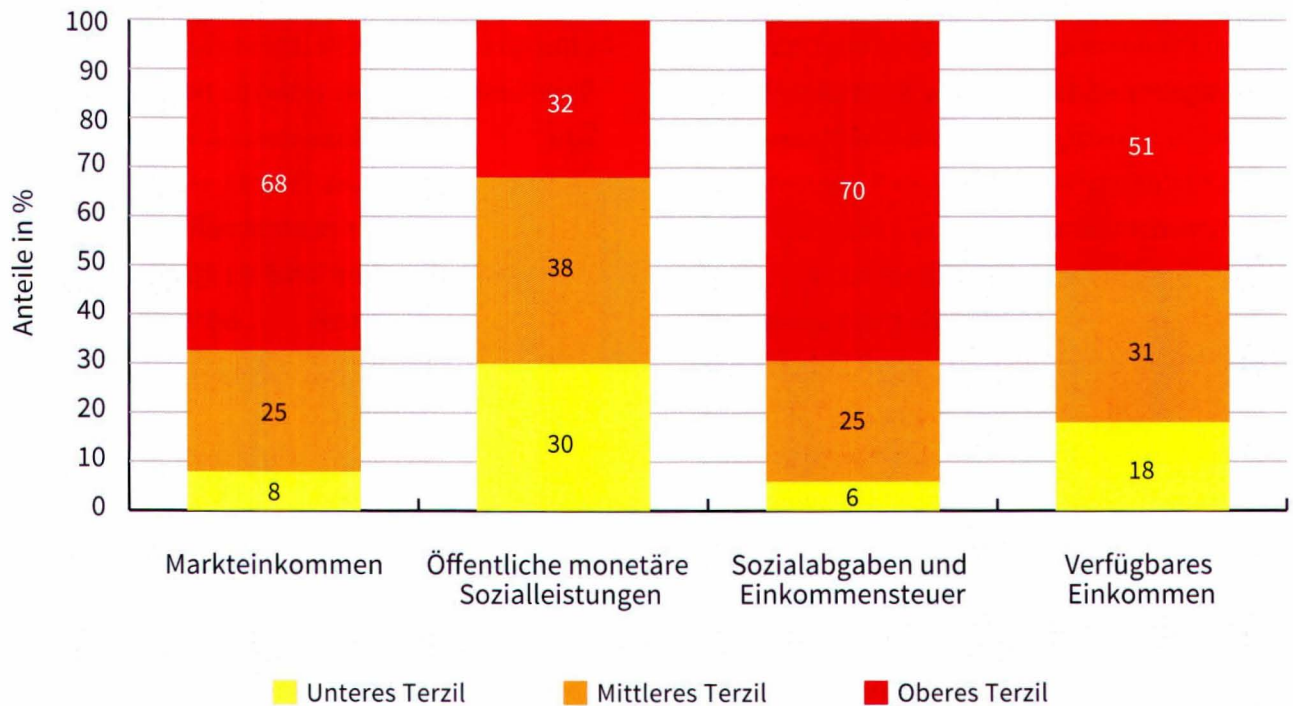
15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Schließlich stellen die letzten beiden Spalten in Übersicht 4 den Umverteilungseffekt durch Sozialbeiträge und Einkommensteuer dar. Obwohl es zwischen 2010 und 2015 keine nennenswerten Reformen im Bereich der Einkommensteuer und der Sozialabgaben gegeben hat und die Verteilung der Arbeitnehmer/innenentgelte relativ stabil geblieben ist, stieg der Anteil des Einkommens nach Sozialabgaben und Einkommensteuer im unteren Terzil zwischen 2010 und 2015 von 16,4% auf 18,4%. Das mittlere und obere Terzil verloren entsprechend Anteile. Der Gini-Koeffizient sank beim Übergang vom Bruttogesamteinkommen zum verfügbaren Einkommen 2015 um 0,08 Punkte auf 0,27. Gleichzeitig deuten Progressionsmaße für 2015 auf eine weniger progressive Wirkung der Einkommensteuer als 2010 hin (Kapitel 4). Interessanterweise geht diese Entwicklung mit einem höheren Beitrag zum Abgabenaufkommen bzw. einem höheren Anteil an Personen mit einem zu versteuernden Einkommen über dem Grundfreibetrag im unteren und mittleren Einkommensdrittel einher (s. Kapitel 4). Der Anteil am Abgabenaufkommen der Haushalte im oberen Einkommensdrittel ist hingegen gefallen.

Abbildung 6 fasst den Umverteilungseffekt nach Terzilen des Gesamteinkommens bildhaft zusammen. Die Haushalte im unteren Einkommensdrittel erhielten 2015 8% des Markteinkommens und 18% des verfügbaren Einkommens; auf das mittlere Einkommensdrittel entfielen 25% des Markteinkommens und 31% des verfügbaren Einkommens; die Haushalte im oberen Einkommensdrittel verfügten über 68% der Markteinkommen und 51% des verfügbaren Einkommens. Im Vergleich zu den Ergebnissen der jüngsten WIFO-Umverteilungsstudie für das Jahr 2010, die auch die Umverteilung durch öffentliche Sachleistungen berücksichtigt, sind die öffentlichen Transfers, wenn nur die monetären Sozialleistungen in Betracht gezogen werden, deutlich gleichmäßiger auf die Terzile verteilt. Auf die Haushalte im mittleren Terzil entfiel mit 38% der größte Anteil der monetären Sozialleistungen, gefolgt von den Haushalten im oberen Terzil (32%) und im unteren Terzil (30%). Der Anteil der Sozialabgaben und Einkommensteuer ist hingegen in den einzelnen Terzilen weitgehend proportional zum Anteil der Markteinkommen (1. Terzil: 6%; 2. Terzil: 25%; 3. Terzil: 70%).

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Abbildung 6: Gesamteffekt der monetären Umverteilung nach Terzilen 2015



Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Berechnungen basieren auf nach der EU-Skala äquivalenzgewichteten Werten.

Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und staatlichen und privaten Transfers).

Übersicht 5 stellt abschließend die Entwicklung der Ungleichheit Österreichs im internationalen Vergleich dar. Ersichtlich ist, dass sich Österreich hinsichtlich der Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen (gemessen anhand des Gini-Koeffizienten) in den Krisenjahren 2010 bis 2015 dadurch aus-

zeichnet, dass deren Ungleichheit nicht gestiegen ist. Im Gegenteil gehört Österreich gemeinsam mit Großbritannien, Belgien und Finnland zu jenen Ländern, in denen der Gini-Koeffizient zwischen 2010 und 2015 gefallen ist.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Übersicht 5: Vergleich der Gini-Koeffizienten des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der EU-15

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2010-2015 ¹
	in %						in PP
EU-15	30,6	30,9	30,4	30,5	30,9	n.v.	+0,3
EU-28	30,5	30,8	30,4	30,5	30,9	n.v.	+0,4
Belgien	26,6	26,3	26,5	25,9	25,9	26,2	-0,4
Dänemark	26,9	26,6	26,5	26,8	27,7	27,4	+0,5
Deutschland	29,3	29,0	28,3	29,7	30,7	n.v.	+1,4
Finnland	25,4	25,8	25,9	25,4	25,6	25,2	-0,2
Frankreich	29,8	30,8	30,5	30,1	29,2	n.v.	-0,6
Griechenland	32,9	33,5	34,3	34,4	34,5	34,2	+1,3
Großbritannien	32,9	33,0	31,3	30,2	31,6	32,4	-0,5
Italien	31,7	32,5	32,4	32,8	32,4	n.v.	+0,7
Irland	30,7	29,8	29,9	30,0	30,8	n.v.	+0,1
Luxemburg	27,9	27,2	28,0	30,4	28,7	n.v.	+0,8
Niederlande	25,5	25,8	25,4	25,1	26,2	26,4	+0,9
Österreich	28,3	27,4	27,6	27,0	27,6	27,2	-1,1
Portugal	33,7	34,2	34,5	34,2	34,5	34,0	+0,3
Schweden	24,1	24,4	24,8	24,9	25,4	n.v.	+1,3
Spanien	33,5	34,0	34,2	33,7	34,7	34,6	+1,1

Q: Eurostat.

PP steht für Prozentpunkte.

n.v. steht für nicht vorhanden.

¹ bzw. letztverfügbares Jahr

15.6 Steuerreform 2015/16

Am 7. Juli 2015 wurde das Steuerreformgesetz 2015/16 mit dem Ziel beschlossen, Lohn- und Einkommensteuerpflichtige spürbar zu entlasten¹⁸⁵. Das WIFO hat auf Basis seines Mikrosimulationsmodells eine Ex-ante Evaluierung der Verteilungs- und Aufkommenswirkungen dieser Reform vorgenommen (Rocha-Akis, 2015).

Die in der Simulation berücksichtigten Änderungen in den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen werden in Übersicht 6 dargestellt, in dem die Regelungen vor (Basisszenario) und nach (Reform-szenario) Einführung der Steuerreform gegenübergestellt werden.

¹⁸⁵ Eine Auflistung der beschlossenen Maßnahmen und deren Volumen findet sich in Schratzenstaller (2015B).

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Übersicht 6: In der Simulation berücksichtigte Veränderungen der steuerrechtlichen Regelungen durch die Steuerreform 2015/16

2016

	Basisszenario		Reformszenario	
	Zu versteuernde Einkommensteile (Jahreseinkommen) in EUR	Nomineller Steuersatz in %	Zu versteuernde Einkommensteile (Jahreseinkommen) in EUR	Nomineller Steuersatz in %
Einkommenssteuertarif ¹	0 bis 11.000	0,0	0 bis 11.000	0,0
	11.001 bis 25.000	36,5	11.001 bis 18.000	25,0
	25.001 bis 60.000	43,214	18.001 bis 31.000	35,0
	Ab 60.001	50,0	31.001 bis 60.000	42,0
			60.001 bis 90.000	48,0
			90.001 bis 1.000.000	50,0
		Ab 1.000.001	55,0	

Negativsteuer: Rückerstattung eines Teiles der Arbeitnehmer/innenbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung²

Unselbständige Beschäftigte	10%, höchstens 110 EUR p. a.	50%, höchstens 400 EUR p. a.
Pensionistinnen und Pensionisten	Kein Anspruch	50%, höchstens 110 EUR p. a.

in EUR

Summe aus Arbeitnehmer- und Verkehrsabsetzbetrag	345	400
Kinderfreibetrag		
Von einem Elternteil beansprucht	220	440
Von beiden Elternteilen beansprucht	132	300 ³
Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung	4.740	4.840

Q: Rocha-Akis (2015).

¹ Eine genaue Aufschlüsselung des Einkommensteuertarifs einschließlich Solidarbeitrag ist Schratzenstaller (2015B) zu entnehmen.

² Der Pendlerzuschlag wird nicht simuliert.

³ Annahme zum Zeitpunkt der Erstellung der Simulation: 263 EUR. Die Änderung des Einkommensteuergesetzes § 106a, Erhöhung des Kinderfreibetrages auf 300 EUR jährlich pro Elternteil, trat mit 15.08.2015 in Kraft.

Die Ergebnisse dieser Analyse werden hier zusammengefasst:

Unter der Annahme einer vollständigen Inanspruchnahme der Negativsteuer ist nach den Simulationsergebnissen durch die Anpassung des Lohn- und Einkommensteuertarifs, die Anhebung und Ausweitung der Negativsteuer, die Anhebung des Kinderfreibetrages, die Integration des Arbeitnehmer/innenabsetzbetrages in den Verkehrsabsetzbetrag (und dessen Erhöhung) sowie die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung in Summe mit einem Einnahmenausfall von 4,94 Mrd. EUR zu rechnen. Zu mehr als der Hälfte des Einnahmenausfalles (rund 56%) werden dadurch die Haushalte im oberen Drittel der äquivalenten Nettohaushaltseinkommen entlastet. 32% entfallen auf das mittlere Drittel und 12% auf das untere.

Die Nettoeinkommen steigen absolut und relativ zum Nettoeinkommen im Basisszenario sowohl mit der Höhe des Nettoindividualeinkommens als auch mit der Höhe des verfügbaren äquivalenten Haushaltseinkommens. Die relativ höchsten Nettoeinkommenszuwächse verzeichnen Haushalte im siebenten bis neunten Dezil der Verteilung der Nettohaushaltseinkommen. Während in den unteren zwei Dezilen nur wenige Haushalte begünstigt sind, da sie über ein zu geringes Einkommen verfügen, profitieren in der oberen Hälfte der Verteilung nahezu alle Haushalte von dieser Reform¹⁸⁶.

In Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016) wird untersucht, inwiefern sich der Progressions- und Umverteilungsgrad des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems zwischen 2007 und 2016 geändert

hat. Um die Auswirkungen von Reformen zu isolieren, wird die Bevölkerungs-, Erwerbs- und Konsumstruktur der privaten Haushalte als konstant angenommen (Referenzjahr ist das Jahr 2010). Demnach führt die Steuerreform 2015/16 zu einem höheren Progressions- und Umverteilungsgrad der Einkommensteuer. Allerdings erhöht sich die Belastung durch Sozialbeiträge in den unteren Dezilen, während sie in den oberen Dezilen sinkt. Zudem bewirkt der starke Anstieg der Miet- und Lebensmittelpreise für die niedrigen Einkommen eine zunehmende Belastung durch indirekte Steuern. Insgesamt bleibt die Umverteilungswirkung des Abgabensystems nahezu konstant, da die reforminduzierte stärkere Progressionswirkung der Einkommensteuer durch die Abschwächung der Umverteilungswirkung durch die weitaus gewichtigeren Sozialbeiträge und indirekten Steuern aufgehoben wird.

In welchem Ausmaß sich die Umverteilungswirkung des Abgabensystems mit Einführung der Steuerreform tatsächlich geändert hat, hängt in einem nicht unwesentlichen Maß von den Änderungen in der Bevölkerungsstruktur (Alterung, Migration, Fertilität), der Erwerbsstruktur (Partizipation, Arbeitszeit) und Konsumstruktur ab. Insofern lassen sich endgültige Aussagen über die Verteilung und Umverteilung der Einkommen durch den Staat im Jahr 2016 erst in einer ex-post Evaluierung bzw. auf Basis rezenterer Daten ausmachen. Die zwischen 2010 und 2015 festgestellte schwächere Progressionswirkung der Einkommensteuer (Kapitel 4) dürfte sich durch die veränderten steuerrechtlichen Regelungen (und insbesondere durch den modifizierten Einkommensteuertarif) im Zuge der Steuerreform jedenfalls umgekehrt haben.

¹⁸⁶ Ähnliche Ergebnisse lieferten die Untersuchungen vom Österreichischen Parlament, Budgetdienst (2016).

15.7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Verteilung der Bruttomarkteinkommen der privaten Haushalte in Österreich, die zwischen 2005 und 2010 deutlich ungleicher geworden ist, verharrt seitdem auf einem hohen Niveau: Die 10% einkommensstärksten Haushalte verfügten im Jahr 2015 im Durchschnitt über einen Markteinkommensanteil, der 32 Mal höher war als jener, der auf die 10% einkommenschwächsten Haushalte entfiel. Während die Spreizung der Arbeitnehmer/innenentgelte und der Vermögenseinkommen (einschließlich imputierter Mieten) zwischen 2010 und 2015 leicht zurückging, nahm die Ungleichheit im Bereich der Selbständigeneinkommen deutlich zu. Getragen war diese Entwicklung durch eine Zunahme der Konzentration an Selbständigen im unteren Drittel der Verteilung der Haushaltseinkommen.

Die monetäre Einkommensumverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und Transfers führt dazu, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich gleichmäßiger verteilt sind als die Bruttomarkteinkommen. Der Gini-Koeffizient betrug 2015 für die Bruttomarkteinkommen 0,53 und reduzierte sich nach der monetären Umverteilung auf 0,27¹⁸⁷. Über 60% der monetären Ungleichheitsreduktion erfolgte über die Pensionsversicherungsleistungen. Die Umverteilungswirkungen der monetären Familien-, Arbeitslosen-, Kranken-, Ausbildungsleistungen sowie der Leistungen gegen soziale Ausgrenzung und die Wohnbeihilfe trugen hingegen nur zu etwa 8% der Verringerung des Gini-Koeffizienten bei. Die bedarfsgeprüften Leistungen wie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung lösen zwar eine starke Umverteilungswirkung von

oben nach unten aus, haben aufgrund ihres geringen Volumens aber einen untergeordneten Einfluss auf die Gesamteinkommensverteilung. Zwischen 2010 und 2015 ist im Bereich der Arbeitslosenversicherungs-, der ausbildungsbezogenen Leistungen und der Wohnbeihilfe eine etwas stärkere Konzentration auf die unteren Dezile zu verzeichnen. Auffallend ist der deutlich höhere Anteil an Notstandshilfebeziehenden in den Haushalten im unteren Einkommensdrittel, der mit der Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang steht.

Das österreichische Abgabensystem hängt im internationalen Vergleich in einem sehr hohen Ausmaß von an den Faktor Arbeit gekoppelten Sozialabgaben ab. Einkommensteuern und vermögensbezogene Steuern, die deutlich zur Progressivität des Abgabensystems beitragen, spielen hingegen eine weitaus geringere Rolle. Zwischen 2010 und 2015 hat sich die Progressionswirkung der Einkommensteuer verringert. Gleichzeitig hat sich der Beitrag zum Sozialbeitrags- und Einkommensteueraufkommen der Haushalte im unteren und mittleren Einkommensdrittel erhöht. Etwa 30% der Ungleichheitsreduktion ist auf die Umverteilung über das Einkommensteuer- und Sozialabgabensystem zurückzuführen. Allerdings konnten die stark regressiven indirekten Steuern, die einen hohen Anteil am Abgabenaufkommen ausmachen, in diesem Beitrag nicht berücksichtigt werden, da keine rezenten Konsumerhebungsdaten verfügbar sind. Die Umverteilungswirkung durch das Abgabensystem wird in dieser Hinsicht folglich überschätzt.

Neuere Untersuchungen zeigen, dass das Einkommensteuersystem durch die Tarifänderungen im Zuge der jüngsten Steuerreform deutlich progressiver ge-

¹⁸⁷ Würden neben den monetären Transfers auch die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Sachleistungen (wie die Gesundheits- und Bildungsleistungen) in die Analyse einbezogen, würde das Ausmaß der gemessenen Umverteilung höher ausfallen.

worden ist¹⁸⁸. Die Umverteilungswirkung durch die gewichtigeren Sozialbeiträge hat sich hingegen in den letzten Jahren abgeschwächt, während die Belastung durch indirekte Steuern in den einkommensschwächeren Haushalten gestiegen ist. Diese Ergebnisse basieren auf der Annahme einer konstanten Bevölkerungs-, Erwerbs- und Konsumstruktur (Basisjahr 2010). Da die tatsächliche Belastung durch Abgaben maßgeblich von den Veränderungen in diesen Strukturen abhängt, ist der Einfluss der Reform auf die tatsächliche Verteilung der Steuerlast eine empirische Frage, die sich nur auf der Grundlage aktueller Daten beantworten lässt. Die zwischen 2010 und 2015 festgestellte schwächere Progressionswirkung der Einkommensteuer (Kapitel 4) dürfte sich durch die veränderten steuerrechtlichen Regelungen (und insbesondere durch den modifizierten Einkommensteuertarif) im Zuge der Steuerreform jedenfalls umgekehrt haben.

Insgesamt zeigen die Auswertungen, dass die Verteilung der Bruttomarkteinkommen der privaten Haushalte im Jahr 2015 tendenziell etwas ungleicher, die verfügbaren Einkommen hingegen etwas gleichmäßiger verteilt waren als im Jahr 2010. Auch im internationalen Vergleich sticht Österreich dadurch hervor, dass die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen in den Krisenjahren 2010-2015 nicht ungleicher geworden ist. Im Gegenteil gehört Österreich gemeinsam mit Großbritannien, Belgien und Finnland zu jenen Ländern, in denen der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 2010 und 2015 gefallen ist. Der Befund einer relativ stabilen Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen erlaubt allerdings keine Aussagen über die Veränderung der relativen Wohlstandssituation aus Sicht der privaten

Haushalte. Neuere Untersuchungen zeigen, dass sich die Verbraucherpreise für Haushalte mit unterschiedlichen Merkmalen unterschiedlich entwickeln¹⁸⁹ und Preissteigerungen in wichtigen Ausgabenkategorien wie etwa Wohnungsmieten und Nahrungsmittel einkommensschwächere Haushalte überdurchschnittlich stark belasten¹⁹⁰. Insofern nimmt die individuelle Kaufkraft einen großen Stellenwert für die wahrgenommene relative Wohlstandssituation der Haushalte ein und sollte in weiteren Studien komplementär aufgegriffen werden.

15.8 Literaturhinweise

BMASK, „Sozialausgaben in Österreich“, Sozialbericht 2015-2016, Wien 2016.

Eckerstorfer, P., Halak, J., Kapeller, J., Schütz, B., Springholz, F., Wildauer, R., „Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich“, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 122, 2013.

Fessler, P., Fritzer, F., „The distribution of inflation among Austrian households“, Monetary policy & the economy : quarterly review of economic policy, 3, S. 12-28, Wien, Österreichische Nationalbank, 2013.

Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M., „Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2014“. First results for Austria (second wave), Monetary Policy & the Economy Q2/16, Österreichische Nationalbank, 2016.

Guger, A., Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, Wien, 1996.

¹⁸⁸ Rocha-Akis-Steiner-Zulehner (2016).

¹⁸⁹ Fessler und Fritzer (2013) zeigen u.a. einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommen und Inflation auf der Haushaltsebene.

¹⁹⁰ Rocha-Akis-Steiner-Zulehner (2016).

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Guger, A., Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, Wien, 1987.

Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halsmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, Wien, 2009.

Guger, A., Rocha-Akis, S., „Umverteilung durch den Staat in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(5), S. 347-359 .

Humer, S., Moser, M., Schnetzer, M., Ertl, M., Kilic, A., „Einkommensverteilung in Österreich. Eine komparative Analyse von Mikrodatensätzen“. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 125, 2014.

Melguizo, Á., González-Páramo, J.M., “Who bears labour taxes and social contributions? A meta-analysis approach”, SERIEs 4(3), S.247-271, 2013.

Österreichisches Parlament Budgetdienst, „Analyse Steuerreform 2015/2016“, Juni 2015.

Rocha-Akis, S., „Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 387-398.

Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Einsiedl, M., Guger, A., Klien, M., Leoni, Th., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte in Österreich, Wien, 2016.

Rocha-Akis, S., Steiner, V., Zulehner, C., Verteilungswirkungen des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems 2007/2016, WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(5), S. 347-359.

Schratzenstaller, M. (2015A), „Familienpolitische Leistungen in Österreich im Überblick“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(3), S. 185-194.

Schratzenstaller, M. (2015B), „Steuerreform 2015/16 – Maßnahmen und Gesamteinschätzung“, WIFO-Monatsbericht, 2015, 88(59), S. 371-385.

Statistik Austria, Methodenbericht EU-SILC 2012, Wien, 2013.

Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2011 VWD Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien, 2014.

Steiner, V., Wakolbinger, F., „Steuerreform 2015/16 und kalte Progression 2010/2019. Eine Mikrosimulation für Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 425-430.

Anhang – Methode und Datengrundlage

Der Analyse liegen die Verwaltungsdatensätze des EU-SILC (European Union Survey on Income and Living Conditions) der Wellen 2011 und 2014 zugrunde. Diese enthalten neben Informationen über die Zusammensetzung der Haushalte sowie soziodemographische Merkmale auch monatsbezogene Daten des Vorjahres zu der Hauptaktivität (unselbständige und selbständige Erwerbstätigkeit, Pension, Arbeitslosigkeit, Elternkarenz, etc.) und den Vorjahreseinkommen aus unterschiedlichen Quellen einschließlich öffentlicher Geldleistungen der einzelnen Haushaltsmitglieder bzw. des Haushalts (Statistik Austria, 2014). Die Abgaben werden mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell, das die wichtigsten Bestandteile des österreichischen Steuer-, Sozialversicherungs- und Transfersystems umfasst, für die jeweiligen Jahre berechnet. Neben den Sozialabgaben für unterschiedliche Berufs- und Altersgruppen wird auf dieser Basis für jede Person im Datensatz die Lohn- und Einkommensteuerschuld auf der Grundlage der relevanten steuer- und sozialrechtlichen Regelungen simuliert¹⁹¹. Im vorliegenden Beitrag wird der Großteil der monetären Sozialtransfers aus EU-SILC entnommen¹⁹². Die Einkünfte aus Zinsen und Dividenden werden durch Matching mit den

letzter verfügbaren Daten des HFCS (Household Finance and Consumption Survey) in den Datensatz integriert.

Das verfügbare Nettoeinkommen der einzelnen Personen wird somit für jede Beobachtung in der Stichprobe unter Berücksichtigung des individuellen Haushaltskontexts (Partnereinkommen, Zahl und Alter der Kinder usw.) berechnet¹⁹³. Im Allgemeinen beziehen sich die verwendeten Einkommensdaten jeweils auf das Vorjahr, also auf die Jahre 2010 und 2013. Für die Untersuchung des Jahres 2015 werden die Einkommen und die Sozialleistungen fortgeschrieben¹⁹⁴. Auf dieser Basis werden die Abgaben für das Jahr 2015 mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell berechnet.

Im Hinblick auf die Abgabenbelastung wird angenommen, dass die Einkommensteuer und die Arbeitnehmer/innenbeiträge zur Sozialversicherung von den Unselbständigen, denen sie zugerechnet werden, getragen werden. Auch hinsichtlich der Arbeitgeber/innenbeiträge zur Sozialversicherung wird, wie in der VGR üblich, eine Überwälzung auf die Arbeitseinkommen unterstellt. Empirische Untersuchungen zur tatsächlichen ökonomischen Inzidenz von Sozialversicherungsbeiträgen liefern keine eindeutigen Ergebnisse¹⁹⁵.

¹⁹¹ Unter die Sozialbeiträge fallen die arbeitnehmer/innen- und arbeitgeber/innenseitige Pensions-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, der Wohnbauförderungsbeitrag, die Arbeiterkammerumlage, der IESG-Zuschlag (Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz), der Dienstgeber- und Dienstgeberinnenbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, der Zuschlag zum Dienstgeber- und Dienstgeberinnenbeitrag, die Kommunalsteuer und der Beitrag zur betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse. Für die Simulation der Einkommensteuer werden neben dem Einkommensteuertarif und den diversen Steuerabsetz- und -freibeträgen die Negativsteuer, die Solidarabgabe, die Werbekostenpauschale, die Sonderausgabenpauschale sowie die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten berücksichtigt. Die Steuer auf Kapitalerträge (Kapitalertragsteuer) geht ebenfalls in die Simulation ein.

¹⁹² Lediglich die Familienbeihilfe wird simuliert.

¹⁹³ Geringfügige Abweichungen zwischen den hier dargestellten Auswertungen für das Jahr 2010 und jenen in der letzten WIFO-Umverteilungsstudie (Rocha-Akis et al., 2016A) gehen auf methodische Unterschiede zurück (s. Rocha-Akis-Steiner-Zulehner (2016B)).

¹⁹⁴ Hierzu werden die nach Dezilen verfügbaren Daten aus dem Einkommensbericht von Statistik Austria, die VGR, die Nichtfinanziellen Sektorkonten von Statistik Austria, EU-SILC und die WIFO-Konjunkturprognose als Quellen herangezogen.

¹⁹⁵ In einer Meta-Analyse aus 52 empirischen Untersuchungen kommen Melguizo und González-Páramo (2013) zu dem Schluss, dass die Arbeitgeber/innen in OECD-Ländern langfristig zwischen 66% und 90% der lohnbezogenen Abgaben in Form geringerer Löhne auf die Arbeitnehmer/innen überwälzen.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Für die Einteilung der Haushalte in Einkommensgruppen wird, ähnlich wie in Rocha-Akis et al. (2016) und Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016), ein breites Einkommenskonzept, nämlich das des Bruttogesamteinkommens, verwendet. Dieses setzt sich für jeden Haushalt aus der Summe der Bruttomarkteinkommen (Arbeitnehmer/innenentgelte einschließlich des Arbeitgeber/innenanteils zur Sozialversicherung, Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, Vermögenseinkommen einschließlich des Mietwerts des selbstgenutzten Eigentums (imputierte Mieten), den öffentlichen monetären Transfers sowie den Renten aus privaten Systemen und den privaten Transfers zwischen privaten Haushalten zusammen. Zu den öffentlichen monetären Transfers zählen, neben den Alterssicherungsleistungen, die Familien-, Arbeitslosen-, Kranken-, Ausbildungs-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen, sowie die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung und die Wohnungsbeihilfe. Die Transfers zwischen privaten Haushalten setzen sich aus Unterhaltszahlungen und sonstigen privaten Transfers zusammen. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden diese Haushaltseinkommen mit der international üblichen EU-Skala (oder neuen OECD-Skala) gewichtet¹⁹⁶ bzw. äquivalisiert und als bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen interpretiert. Im Folgenden werden die Verteilungen nach Dezilen und Terzilen des Bruttogesamtäquivalenzeinkommens der privaten Haushalte ausgewiesen¹⁹⁷.

Die Umverteilungsanalyse unterscheidet sich von den großen bisherigen Umverteilungsstudien des WIFO (Guger, 1987, 1996, Guger et al., 2009, Rocha-Akis et al., 2016) – abgesehen von dem deutlich geringeren De-

tailgrad – auch dahingehend, dass die indirekten Steuern ausgeblendet werden, da die letzten verfügbaren Daten der Konsumerhebung aus dem Jahr 2009/10 stammen und daher keine neuere Information über das Konsumverhalten der privaten Haushalte vorliegt. Zudem wird die staatliche Umverteilung durch nicht-monetäre Sozialleistungen nicht berücksichtigt. Da die Konsumsteuern zu den aufkommenstärksten Steuern zählen, und die Haushalte mit geringen Einkommen überproportional belasten, wird die Umverteilungswirkung entsprechend unterschätzt. Andererseits entfällt der Großteil der sozialen Sachleistungen auf die Bereiche Gesundheit (z.B. stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung), Bildung (z.B. Besuch einer Bildungseinrichtung) und Familie (z.B. institutionelle Kinderbetreuung) und kommt allen Haushalten unabhängig von ihrem Einkommen zugute, sodass deren relative Bedeutung für Haushalte mit niedrigem Einkommen deutlich höher ist als für Haushalte mit hohem Einkommen (ebenda).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei der Interpretation von geringen Anteilsverschiebungen zwischen den Quantilen Vorsicht geboten ist, da es sich zum einen bei den EU-SILC Daten um freiwillige Haushaltsbefragungen und zum anderen bei den Auswertungen für 2015 um hochgerechnete Daten auf Basis des Einkommensjahres 2013 handelt, denen die Annahme einer zwischen 2013 und 2015 konstanten Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur zugrunde liegt. Im vorliegenden Beitrag werden insbesondere die Unterschiede zwischen 2010 und 2015 hervorgehoben. Detaillierte Beschreibungen der diversen Verteilungen für das Jahr 2010 finden sich in Rocha-Akis et al. (2016) und Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016).

¹⁹⁶ Demnach erhält die erste Person im Haushalt ein Gewicht von eins, weitere Personen im Alter von 14 Jahren oder darüber 0,5 und Personen unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.

¹⁹⁷ Die Haushalte werden nach der Höhe ihrer Bruttogesamtäquivalenzeinkommen aufsteigend sortiert und in zehn (Dezile) bzw. drei (Terzile) gleich große Gruppen geteilt.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Übersicht A: Verteilung der Personen nach Einkommensart

Dezil	Personen mit Bezug von ...														
	Unselbständigen- einkommen			Selbständigen- einkommen			Einkommen- steuerpflichtigem Einkommen			Arbeitslosen- leistungen			Insgesamt		
	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.
	in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP	
1.	4,6	3,8	-0,7	3,7	6,8	+3,2	0,4	1,0	+0,6	15,8	17,0	+1,1			
2.	5,0	5,1	+0,2	5,9	6,4	+0,5	3,7	4,9	+1,3	15,6	14,3	-1,3			
3.	6,0	5,6	-0,4	8,2	8,5	+0,3	8,9	9,7	+0,8	11,8	11,5	-0,3			
4.	7,6	8,1	+0,5	10,3	9,5	-0,8	11,1	11,1	+0,0	11,1	11,0	-0,1			
5.	9,6	9,5	-0,1	11,2	9,5	-1,6	11,2	11,1	-0,1	10,3	11,1	+0,8			
6.	11,2	11,0	-0,2	11,0	10,1	-0,9	11,8	12,0	+0,1	10,1	11,0	+1,0			
7.	12,8	13,9	+1,0	10,7	11,4	+0,7	12,6	12,0	-0,6	8,7	9,7	+1,0			
8.	14,2	13,7	-0,4	10,4	10,5	+0,0	13,2	12,7	-0,5	7,9	6,0	-1,9			
9.	14,5	15,1	+0,6	11,7	11,7	+0,0	13,4	12,9	-0,5	5,0	4,7	-0,4			
10.	14,6	14,1	-0,5	17,0	15,6	-1,4	13,7	12,7	-1,1	3,6	3,6	+0,0			
Insgesamt	100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0				
Terzil															
1.	18,0	17,2	-0,7	21,2	24,9	+3,7	16,5	19,0	+2,5	47,2	47,6	+0,4			
2.	34,5	35,3	+0,8	36,5	33,9	-2,6	38,9	38,5	-0,4	34,2	35,0	+0,8			
3.	47,5	47,5	-0,0	42,3	41,3	-1,1	44,5	42,5	-2,1	18,6	17,4	-1,2			
Insgesamt	100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0				

Q: EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

BMS steht für Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Diff. in PP steht für Differenz zwischen 2010 und 2013 in Prozentpunkten.

„...“ ... niedrige Fallzahl in der Stichprobe.

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzeinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und staatlichen und privaten Transfers).

Einkommensteuerpflichtige Einkommen sind jährliche zu versteuernde Einkommen über dem Grundfreibetrag von 11.000 EUR.

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Personen mit Bezug von ...									Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird								
Arbeitslosenleistungen (Fortsetzung)			Davon Not- standhilfe			BMS und Sozialhilfe			Pensions- leistungen			Kinder bis 18 Jahre			Kinder bis 23 Jahre		
2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.
in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP	
12,0	12,5	+0,5	30,8	35,1	+4,3	38,4	36,3	-2,1	6,0	7,7	+1,6	9,4	8,9	-0,5	8,0	7,8	-0,2
13,8	12,9	-0,9	24,3	21,2	-3,1	31,7	26,8	-4,9	12,4	11,5	-0,9	9,8	10,4	+0,6	8,3	9,3	+1,0
11,6	10,6	-1,0	11,2	15,3	+4,1	12,5	16,1	+3,6	14,4	14,8	+0,5	9,9	10,6	+0,8	9,2	9,6	+0,3
12,2	12,3	+0,1	8,3	8,3	-0,0	.	.		13,8	13,8	-0,0	11,1	11,8	+0,7	10,9	11,6	+0,7
11,0	11,2	+0,1	8,9	7,3	-1,6	.	.		12,0	13,2	+1,2	13,4	13,1	-0,3	12,6	12,1	-0,5
10,4	12,9	+2,4	6,9	5,0	-1,9	.	.		11,7	10,2	-1,5	12,8	13,0	+0,2	12,5	12,3	-0,2
10,0	11,0	+1,0		9,2	9,4	+0,2	10,4	10,5	+0,2	11,2	12,0	+0,8
9,2	6,6	-2,6		7,7	7,9	+0,3	8,7	9,5	+0,9	10,4	10,4	+0,0
5,3	5,6	+0,3		7,0	5,7	-1,2	8,2	7,1	-1,1	9,0	9,2	+0,2
4,3	4,4	+0,1		5,8	5,7	-0,2	6,4	5,0	-1,4	7,8	5,7	-2,1
100,0	100,0		90,3	92,1		82,6	79,2		100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0	
41,8	41,2	-0,6	68,9	76,0	+7,1	84,6	82,3	-2,3	37,2	38,2	+1,0	32,6	34,4	+1,8	28,9	30,8	+1,9
37,1	38,8	+1,7	24,3	18,8	-5,5	9,2	11,4	+2,2	39,7	39,8	+0,0	40,7	40,3	-0,4	40,1	40,1	+0,0
21,1	20,0	-1,1	6,8	5,2	-1,6	6,2	6,3	+0,1	23,1	22,1	-1,0	26,7	25,3	-1,4	31,0	29,1	-1,9
100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0		100,0	100,0	

15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Ulrike Huemer
Stefan Fuchs
Hedwig Lutz

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

KAPITELVERZEICHNIS

16. Verteilung der Arbeitszeit	322
16.1 Entwicklung des Arbeitsvolumens	322
16.2 Die Arbeitszeitlandschaft unselbständig Beschäftigter	326
16.2.1 Entwicklung der Normalarbeitszeit	326
16.2.2 Arbeitszeitprofile nach Branche, Berufe und Ausbildung	328
16.2.3 Arbeitszeitprofile im Erwerbs- und Lebenszyklus	333
16.2.4 Gründe für die Teilzeitbeschäftigung	335
16.2.5 Zwischen Wunsch und Wirklichkeit	335
16.2.6 Österreich im europäischen Vergleich	337
16.3 Zusammenfassung	340
16.4 Literatur	342

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

Die Erwerbsarbeitszeitlandschaft hat sich in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Um sich ein umfassendes Bild von der Erwerbsintegration unterschiedlicher Gruppen am Arbeitsmarkt zu machen, reicht der Blick auf die Entwicklung der Beschäftigungszahlen bzw. der Beschäftigungsquote nicht mehr aus – denn diese Kennzahlen basieren auf der Zählung von Köpfen oder Beschäftigungsverhältnissen. So implizieren steigende Beschäftigungszahlen nicht mehr automatisch, dass gesamtgesellschaftlich mehr bezahlte Erwerbsarbeit geleistet wird. Genauso ist es möglich, dass das Arbeitsvolumen sinkt oder gleich bleibt und von mehr Personen mit einer geringeren Erwerbsarbeitszeit geleistet wird.

16.1 Entwicklung des Arbeitsvolumens

Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten¹⁹⁸ ist in den letzten Jahren – mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 – stetig gestiegen¹⁹⁹: Laut Arbeitskräfteerhebung (AKE) wuchs sie von 3,192 Mio. im Jahr 2005 auf 3,532 Mio. im Jahr 2015, das entspricht einer Zunahme von 10,7%. Die Beschäftigung der Frauen erhöhte sich mit 15,1% stärker als jene der Männer mit 6,9%; der Frauenanteil unter den aktiv unselbständig Beschäftigten kletterte auf 47,5%. Das Arbeitsvolumen (einschließlich Zweittätigkeit) wuchs im Vergleichszeitraum mit insgesamt 1,7% deutlich schwächer als die Beschäftigung – und zwar von 5.584,3 Mio. Stunden (2005) auf 5.677,3 Mio. (2015). Damit liegt es nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau von 2008 (5.895,4 Mio.

Stunden). Getragen wird der relativ schwache Anstieg der gesamtwirtschaftlich geleisteten Arbeitsstunden ausschließlich vom Arbeitsvolumenzuwachs der aktiv unselbständigen Frauen (+6,8%), während das Arbeitsvolumen der aktiv unselbständig beschäftigten Männer zurück ging und im Jahr 2015 unter dem Niveau von 2005 lag (-1,7%).

Das Arbeitsvolumen in der VGR und der AKE

Zahlen zum Arbeitsvolumen liefern die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (AKE), mit voneinander abweichenden Ergebnissen. Hintergrund dafür sind definitorische und methodische Unterschiede. Ein wesentlicher Unterschied besteht in der Grundgesamtheit: Die AKE folgt dem Inländer/innenkonzept, die VGR dem Inlandskonzept. Damit enthält die AKE all jene Beschäftigten, die ihren Wohnsitz in Österreich haben. Dies inkludiert Erwerbstätige, die im Inland wohnen, aber im Ausland einer Erwerbsarbeit nachgehen (Auspendler/innen) und schließt Erwerbstätige aus, die im Ausland wohnen aber zu Erwerbszwecken nach Österreich kommen (Einpendler/innen). Genau umgekehrt verhält es sich bei der VGR, die die Produktion und Erwerbstätigkeit innerhalb der geografischen Grenzen Österreichs erfasst: Die Grundgesamtheit in der VGR enthält Beschäftigte aus dem Ausland, die für Erwerbszwecke nach Österreich einpendeln und schließt umgekehrt in Österreich wohnhafte Personen aus, die im Ausland einer Beschäftigung nachgehen. Gerade die Zahl der Einpendler/innen ist in den letzten Jahren markant gestiegen, wodurch die Erwerbstätigkeit in

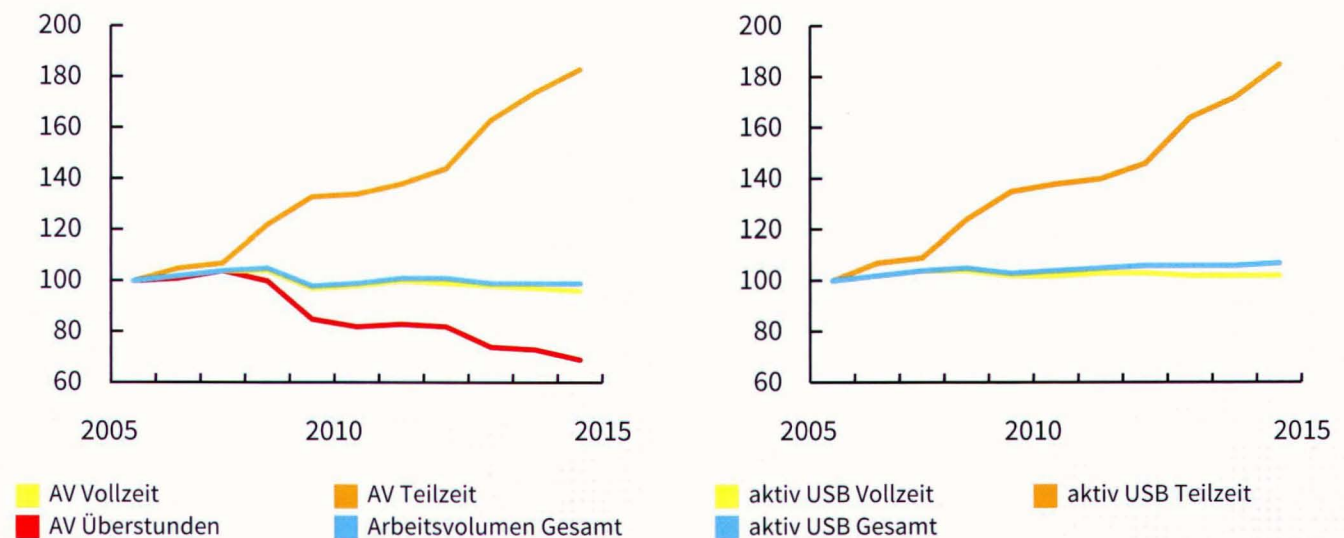
¹⁹⁸ Definition der Beschäftigung nach Labour Force Konzept. Erwerbstätig ist, wer in der Referenzwoche mind. eine Stunde gearbeitet hat. Karenz- und Kindergeldbeziehende bleiben bei den aktiv unselbständig Erwerbstätigen unberücksichtigt.

¹⁹⁹ Nach Geschlecht betrachtet sank die aktive unselbständige Beschäftigung der Männer laut AKE nicht nur 2009, sondern auch 2014. Bei den Frauen stieg dagegen die Zahl der aktiv unselbständig beschäftigten laut AKE kontinuierlich, auch im Krisenjahr 2009.

der AKE unterschätzt wird. Bei den unselbständig Beschäftigten gilt dies insbesondere ab 2011, dem Jahr der Arbeitsmarktöffnung für die EU-Beitrittsländer des Jahres 2004. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass das Arbeitsvolumen der Unselbständigen laut VGR seit 2014 höher ausfällt als laut AKE (zwischen 2005 und 2013 lag das Arbeitsvolumen der Unselbständigen laut VGR stets unter jenem laut AKE).²⁰⁰

Ungeachtet der tendenziellen Untererfassung des in Österreich erbrachten Arbeitsvolumens und damit der Beschäftigung in der Arbeitskräfteerhebung basieren die folgenden Arbeitszeitbefunde auf der Arbeitskräfteerhebung, da diese detailliertere Angaben zur Arbeitszeit liefert. Die Auswertungen erfolgen für die aktiv unselbständig Beschäftigten, Personen in Elternkarenz bleiben somit unberücksichtigt.

Abbildung 1: Entwicklung des Arbeitsvolumens (AV) der aktiv unselbständigen Beschäftigung (USB) von Männern, Index 2005=100



Quelle: AKE-Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildienst, ohne Personen in Elternkarenz (mit aufrechtem Dienstverhältnis). Erwerbstätige nach dem ILO-Konzept.

²⁰⁰ 2005 betrug das geleistete Arbeitsvolumen der unselbständig Beschäftigten laut VGR 5.448,2 Mio. Stunden, das sind um 136,1 Mio. Stunden weniger als laut AKE (5.584,3 Mio. Stunden). 2011 lagen die Vergleichszahlen laut VGR bei 5.651,3 Mio. Stunden und damit um 101,3 Mio. Stunden unter dem AKE Arbeitsvolumen (5.752,6 Mio. Stunden). Zwischen 2012 und 2015 stieg das Arbeitsvolumen laut VGR von 5.688,4 Mio. Stunden auf 5.696,4 Mio. Stunden (insgesamt +0,1%); in der AKE sank es kontinuierlich von 5.746,5 Mio. Stunden auf 5.677,3 Mio. Stunden (insgesamt -1,2%).

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

Die im Vergleich zur Beschäftigungsdynamik schwache Zunahme des Arbeitsvolumens²⁰¹ der aktiv unselbstständig Beschäftigten geht auf mehrere Entwicklungen zurück:

- Erstens steigt insbesondere die Zahl der Angestellten, deren – im Vergleich zu den Arbeiter/innen und öffentlich Bediensteten – höhere Teilzeitquote die durchschnittlich tatsächliche geleistete Arbeitszeit drückt (Famira – Mühlberger – Fuchs, 2013).
- Zweitens nimmt – insgesamt und pro Kopf – die Zahl der geleisteten Überstunden und Mehrarbeitsstunden²⁰² ab (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2). Wurde 2005 noch 6,4% des Arbeitsvolumens (in der Haupttätigkeit) im Rahmen von Überstunden erbracht, sank der Anteil bis 2015 auf 4,5%.²⁰³ Das abnehmende Volumen an Überstunden geht auf die kleiner werdende Zahl an Überstundenleistenden (-9,6%) und den Rückgang in der durchschnittlichen Zahl an Überstunden pro Überstundenleistenden (von 9,2 auf 7,2 Stunden pro Woche) zurück.²⁰⁴

Der Rückgang der geleisteten Überstunden spiegelt sich auch in der durchschnittlich tatsächlich geleisteten Arbeitszeit von Vollzeitkräften wider: Sie sank zwischen 2005 und 2015 um 2 Stunden von 37,2 auf 35,2 Stunden pro Woche.²⁰⁵ Trotz zunehmender Zahl an Vollzeitbeschäftigten (+1,7%)²⁰⁶ ging damit das im Rahmen von Vollzeitjobs erbrachte Arbeitsvolumen zurück (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2).

- Drittens steigt die im Rahmen von Teilzeitjobs geleistete Summe an Arbeitsstunden rapide (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2), bei in etwa gleich bleibender durchschnittlicher Wochenarbeitszeit von Teilzeitkräften (18,1 Stunden). Infolgedessen steigt die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stark an (+43,4%).

²⁰¹ In der AKE wird zwischen dem Arbeitsvolumen in der Haupt- und Nebentätigkeit unterschieden. Beim Arbeitsvolumen in der Haupttätigkeit wird zwischen Voll- und Teilzeitjobs (Zuordnung aufgrund einer Selbsteinschätzung) differenziert. Darüber hinaus wird das Überstunden- bzw. Mehrarbeitsvolumen in der Haupttätigkeit ausgewiesen. Dem Arbeitsvolumen in der Zweittätigkeit kommt, gemessen am gesamten geleisteten Arbeitsvolumen (2015: Frauen 1,3%, Männer 1,5%), nur eine geringe Bedeutung zu. Im Betrachtungszeitraum sank es bei den Männern und blieb bei den Frauen in etwa stabil.

²⁰² Im Folgenden wird die Bezeichnung „Überstunden“ synonym für Überstunden und Mehrarbeitsstunden verwendet.

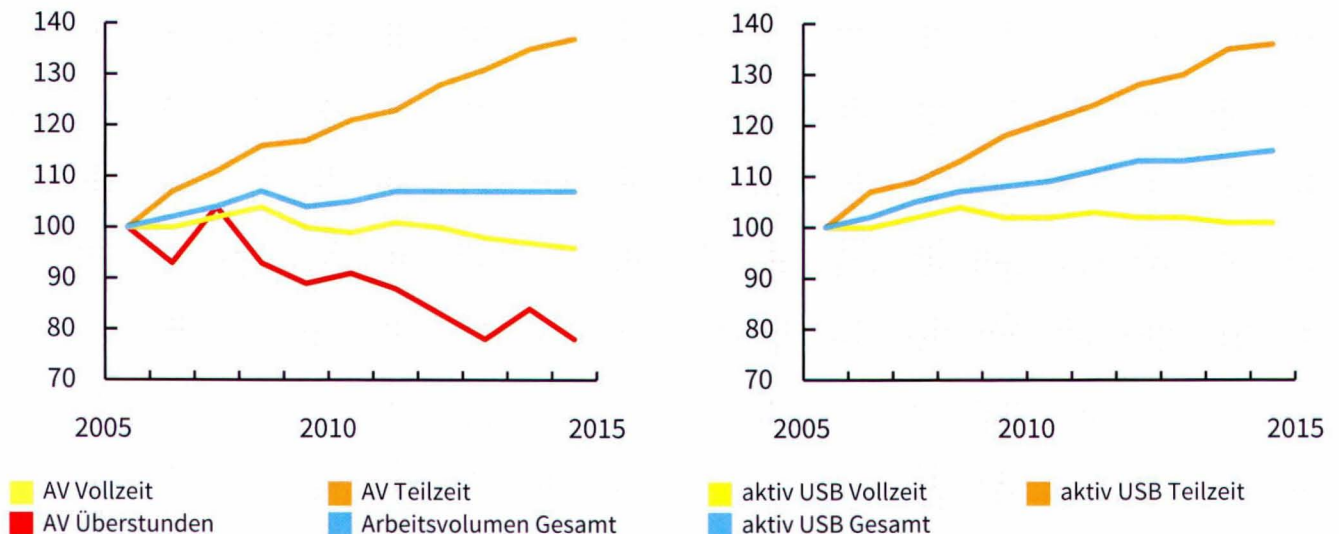
²⁰³ Bei den Männern sank der Anteil der Über- oder Mehrarbeitsstunden, gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden in der Haupttätigkeit, von 7,7% auf 5,4%. Bei den Frauen von 4,5% auf 3,3%.

²⁰⁴ Bei den Männern sank die Zahl der Überstundenleistenden um 11,3%, bei den Frauen um 6,1%. Die Zahl der geleisteten Überstunden sank um 2,2 Stunden auf 7,7 bei den Männern, und um 1,3 Stunden auf 6,4 Stunden bei Frauen.

²⁰⁵ Bei den Frauen um 1,6 Stunden auf 33,9 Stunden pro Woche. Bei den Männer um 2,2 Stunden auf 35,9.

²⁰⁶ Die Zahl der vollzeiterwerbstätigen Frauen stieg zwischen 2005 und 2015 um 0,7% (Männer +2,3%).

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsvolumens (AV) der aktiv unselbständigen Beschäftigung (USB) von Frauen, Index 2005=100



Quelle: Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildienst, ohne Personen in Elternkarenz (mit aufrechtem Dienstverhältnis). Erwerbstätige nach dem ILO-Konzept.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet konnte der Zuwachs im Arbeitsvolumen Teilzeitbeschäftigter (+43,2%) den Rückgang im Arbeitsvolumen Vollzeitbeschäftigter (-3,7%) mehr als kompensieren. Es zeigen sich jedoch geschlechtsspezifische Unterschiede: Das in Teilzeit erbrachte Arbeitsvolumen der unselbständig beschäftigten Männern erhöhte sich zwischen 2005 und 2015, ausgehend von einem geringen Niveau, um 83,4% (70,9 Mio. Stunden) auf 155,8 Mio. Stunden, bei den Frauen um 37,1% (209,3 Mio. Stunden) auf 773,1 Mio. Stunden. Anders als bei den Frauen (Abbildung 2) reichte bei den Männern (Abbildung 1) der starke Zuwachs jedoch nicht aus, um die Verluste im Arbeitsvolumen Vollzeitbeschäftigter (Männer -3,6% bzw. -118,4 Mio. Stunden und Frauen -3,8% bzw. -61,3 Mio. Stunden zwischen 2005 und 2015) zu kompensieren.

Insgesamt impliziert das Auseinanderdriften von Beschäftigung und Arbeitsvolumen in den letzten Jahren einen Rückgang der durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Arbeitszeit pro Woche; sie sank im Zeitraum 2005 bis 2015 von 33,7 auf 30,9 Wochenstunden.²⁰⁷ Bei den Frauen sank die durchschnittliche tatsächlich geleistete Arbeitszeit um 2,1 Stunden auf 26,9 Stunden pro Woche, bei den Männern um 3,0 Stunden pro Woche auf 34,6. Damit hat eine „individuelle“ Arbeitszeitverkürzung und damit Arbeitsumverteilung stattgefunden (Seifert, 2014).

²⁰⁷ Durchschnittliche Arbeitszeit bezogen auf das Arbeitsvolumen in der Haupt- und Nebentätigkeit. Wird das Arbeitsvolumen in der Haupttätigkeit auf die Zahl der Erwerbstätigen verteilt, sank die durchschnittliche Arbeitszeit von 33,1 auf 30,5 Stunden pro Woche.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

16.2 Die Arbeitszeitlandschaft unselbständig Beschäftigter

Die skizzierte durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist nicht zwangsläufig gleichmäßig über alle Erwerbstätigen verteilt. Vielmehr zeigt sich eine deutliche Heterogenisierung der Arbeitszeit: So ist ein Teil der Erwerbspersonen von langen Wochenarbeitsstunden betroffen, die potenziell die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben erschweren und sich auf die Gesundheit²⁰⁸ auswirken, während andere – teilweise auch unfreiwillig – gar nicht oder in deutlich geringerem Umfang erwerbstätig sind.

Wie stark unterscheiden sich die Arbeitszeiten von Männern und Frauen und warum? Gibt es Unterschiede nach verschiedenen Gruppen am Arbeitsmarkt? Sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitszeitarrangement zufrieden? Und stellt die derzeitige österreichische Arbeitszeitlandschaft ein Spezifikum innerhalb der Europäischen Union dar? Diese Fragen werden im Folgenden auf Basis der wöchentlichen Normalarbeitszeit²⁰⁹ beantwortet. Sie gibt die üblicherweise geleisteten Wochenarbeitsstunden, inklusive regelmäßig geleisteter Überstunden und exklusive Mittagspausen von über einer halben Stunde an und hat – anders als die tatsächlich geleistete Arbeitszeit – keinen Bezug zur Referenzwoche, auf die sich die Befragung bezieht. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit, auf deren Basis das Arbeitsvolumen berechnet wird, bezieht sich demgegenüber auf die jeweilige Referenzwoche der Befragung. Sie liegt aufgrund von arbeitszeitverkürzenden Faktoren

wie Urlaubstagen, Krankenständen oder Feiertagen im Durchschnitt deutlich unter der wöchentlichen Normalarbeitszeit.

16.2.1 Entwicklung der Normalarbeitszeit

Die durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit aktiv unselbständiger Beschäftigter lag 2015 in Österreich bei 35,9 Stunden. Frauen gehen durchschnittlich 31,6 Stunden einer Erwerbsarbeit nach, Männer – angesichts einer deutlich niedrigeren Teilzeitquote – im Schnitt 39,8 Stunden pro Woche. Daraus ergibt sich eine geschlechtsspezifische Arbeitszeitlücke von durchschnittlich 8,3 Stunden pro Woche für das Jahr 2015. Die Durchschnittsbetrachtung von Arbeitszeiten verdeckt allerdings, dass sich die Arbeitszeitprofile verschiedener Gruppen am Arbeitsmarkt unterscheiden. Anhand von sechs Arbeitszeitkategorien soll das Phänomen der zunehmenden Heterogenität der Arbeitszeitlandschaft abgebildet werden: Kurze Teilzeit mit bis zu 11 Wochenarbeitsstunden, Teilzeitarrangements mit 12 bis 24 Stunden und lange Teilzeit mit 25 bis 35 Wochenarbeitsstunden, Vollzeitarrangements mit 36 bis 40 Stunden pro Woche sowie überlange Vollzeitarrangements mit 41 bis 59 Stunden bzw. 60 Stunden und mehr.²¹⁰

Gemäß den jüngsten Zahlen (2015) erweist sich bei den aktiv unselbständig beschäftigten Männern die Vollzeitbeschäftigung mit mindestens 36 Wochenstunden nach wie vor als der Arbeitszeitstandard (siehe Übersicht 1): 61,3% der Männer arbeiten üblicherweise zwischen 36 und 40 Stunden pro Woche (im Durchschnitt 39,3 Stunden), weitere 25,2% zwischen 41 bis

²⁰⁸ Für einen Literaturüberblick zu den Folgekosten langer Arbeitszeiten siehe Keil – Leoni (2011).

²⁰⁹ Die Normalarbeitszeit ist nicht zu verwechseln mit der gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Arbeitszeit. In Österreich beträgt die gesetzliche Normalarbeitszeit 40 Stunden pro Woche und 8 Stunden pro Tag. Zahlreiche kollektivvertragliche Regelungen sehen jedoch kürzere Wochenarbeitszeiten vor (Eichmann et al., 2010).

²¹⁰ Die Verteilung der Beschäftigung zeigt starke Häufungspunkte bei 20, 25 und 30 Stunden pro Woche sowie bei 39 bzw. 40 Wochenstunden.

59 Stunden (im Durchschnitt 46,5 Stunden) und 3,0% Prozensatz der aktiv teilzeitbeschäftigten Männer mit 60 Stunden und mehr. Im Gegensatz dazu liegt der 35 oder weniger Wochenstunden bei lediglich 10,3%.

Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitszeitprofile von Männern, 2005-2015

Stundenkategorie	Verteilung in %											
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
0-11 Stunden	1,5	1,7	1,7	2,0	2,2	2,3	2,3	2,4	2,6	2,9	3,0	
12-24 Stunden	2,2	2,2	2,1	2,5	2,6	2,6	2,7	2,7	3,0	3,0	3,3	
25-35 Stunden	2,4	2,5	2,5	2,6	3,1	3,2	3,0	3,2	3,6	3,7	3,9	
36-40 Stunden	59,6	60,0	60,1	60,1	59,9	61,4	62,0	61,3	61,7	62,1	61,3	
41-59 Stunden	26,8	26,8	27,3	27,0	27,0	25,5	25,6	26,3	25,2	24,8	25,2	
60+ Stunden	6,2	6,1	5,8	5,4	4,8	4,8	4,2	3,9	3,6	3,3	3,0	
stark schwankend	1,3	0,7	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. – Aktiv unselbständig beschäftigte Männer. Normalarbeitszeit in der Haupttätigkeit. Werte für „stark schwankend“ ab 2009 stark zufallsbehaftet bzw. statistisch nicht interpretierbar.

Im Vergleich zu den Männern gibt es bei den aktiv unselbständig beschäftigten Frauen deutlich mehr Variation in den Arbeitszeitprofilen (siehe Übersicht 2): Zwar ist auch bei den Frauen die Arbeitszeitkategorie mit 36 bis 40 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche relativ am häufigsten verbreitet, allerdings mit einem Anteil von 40,3% deutlich seltener als bei Männern. Und auch der Anteil der Frauen, die von überlangen Arbeitszeiten betroffen sind, fällt mit 10,2% markant niedriger aus. Gleichzeitig kommt den Teilzeitarangements wesentlich mehr Bedeutung zu: 7,8% der Frauen gehen einer Erwerbsarbeit in kurzer Teilzeit nach (im Schnitt 7,5 Stunden wöchentlich), 19,2% sind zwischen 12 und 24 Stunden tätig (im Schnitt 19,0 Stunden pro Woche) und 22,4% üben einen Job mit langer Teilzeit aus (im Durchschnitt 29,4 Stunden pro Woche). Insgesamt ist damit bei den aktiv unselbständig beschäftigten Frauen – anders als bei den Männern – das Verhältnis zwischen

Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungsarrangements mittlerweile beinahe ausgewogen.²¹¹ Dies ist das Ergebnis einer Entwicklung, die mit Beginn der 1990er Jahre ihren Anfang genommen hat (Baierl – Kapella, 2014).²¹²

Zeitverzögert und von einem deutlich geringeren Niveau ausgehend ist auch bei den Männern die Teilzeitquote gestiegen. Bei den Frauen ging der kontinuierliche Anstieg der Teilzeitbeschäftigung Hand in Hand mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit. Das bedeutet, dass die steigende Teilzeitbeschäftigung der Frauen weniger auf eine Verdrängung von Vollzeitbeschäftigung durch Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist als vielmehr auf zusätzliche weibliche Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt. Bei den Männern trifft dagegen die steigende Teilzeitquote auf eine stagnierende Beschäftigungsquote; somit kommt es tendenziell zu einer Substitution von Vollzeit durch Teilzeit.

²¹¹ 49,4% der aktiv unselbständig beschäftigten Frauen gaben 2015 an, weniger als 36 Stunden pro Woche zu arbeiten (Teilzeit). Auf Basis der Selbsteinschätzung lag die Teilzeitquote mit 47,9% geringfügig niedriger.

²¹² Bis zum Ende der 1980er Jahre lag die Teilzeitquote der Frauen stabil bei rund 15% (Baierl – Kapella, 2014).

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT**Übersicht 2: Entwicklung der Arbeitszeitprofile von Frauen, 2005-2015**

Stundenkategorie	Verteilung in %										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
0-11 Stunden	6,6	6,7	6,7	7,2	7,5	7,5	7,5	7,5	7,4	7,7	7,8
12-24 Stunden	17,6	18,7	18,5	17,9	18,5	18,6	18,9	18,8	18,6	19,7	19,2
25-35 Stunden	17,6	17,7	17,9	18,8	19,1	19,7	19,7	20,7	21,4	21,6	22,4
36-40 Stunden	44,6	44,4	44,2	43,6	42,9	42,4	42,8	41,6	41,8	40,6	40,3
41-59 Stunden	11,1	10,3	10,7	10,7	10,6	10,3	9,9	10,1	9,6	9,3	9,4
60+ Stunden	1,6	1,4	1,6	1,5	1,2	1,2	1,1	1,2	0,9	1,0	0,8
stark schwankend	0,9	0,7	0,5	0,4	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. – Aktiv unselbständig beschäftigte Frauen. Normalarbeitszeit in der Haupttätigkeit. Werte für „stark schwankend“ ab 2008 stark zufallsbehaftet, ab 2011 statistisch nicht interpretierbar.

Insgesamt hat die Teilzeitbeschäftigung in den letzten zehn Jahren in allen drei Teilzeitkategorien relativ an Bedeutung gewonnen, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Besonders dynamisch haben sich lange Teilzeitarrangements von Frauen entwickelt (+4,8 Prozentpunkte). Gleichzeitig blieb die durchschnittliche Arbeitszeit in den drei Teilzeitkategorien in etwa konstant.²¹³

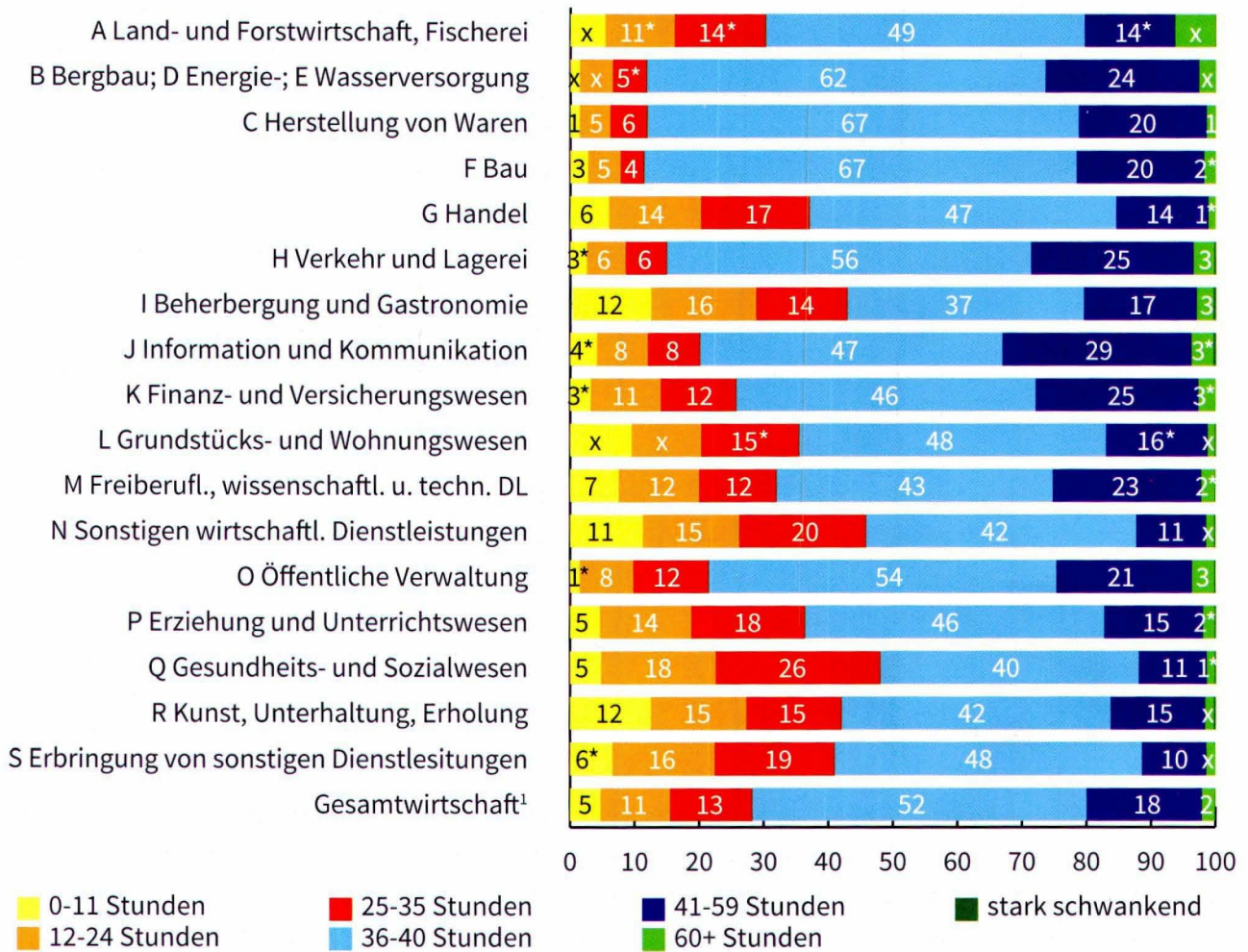
16.2.2 Arbeitszeitprofile nach Branche, Berufe und Ausbildung

Die Arbeitszeitprofile der aktiv unselbständig Beschäftigten unterscheiden sich auch nach Sektoren (vgl. Abbildung 3). Dabei ist eine Polarisierung der Arbeitszeiten zu beobachten: Branchen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten mit kurzen Arbeitszeiten stehen Branchen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten mit überlangen Arbeitszeiten gegenüber. Zu den Branchen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten in kurzen Teilzeitarrangements von ma-

ximal 11 Stunden Normalarbeitszeit pro Woche (Gesamtwirtschaft 4,6%) zählen etwa das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (12,2%) sowie die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (11,2%). Überlange Normalarbeitszeiten von 41 und mehr Stunden pro Woche (Gesamtwirtschaft 19,9%) sind vor allem im Informations- und Kommunikationswesen (32,7%), im Verkehrs- und Lagereiwesen (28,6%) sowie im Finanz- und Versicherungswesen (27,9%) stark verbreitet.

²¹³ Die durchschnittliche Normalarbeitszeit auf Arbeitsplätzen mit kurzer Teilzeit (bis 11 Stunde pro Woche) lag 2015 bei 7,4 Stunden. Lange Teilzeitarrangements weisen im Durchschnitt eine Normalarbeitszeit von 29,6 Stunden pro Woche auf und bei Teilzeitarrangements mit 12 bis 24 Stunden sind es im Durchschnitt 18,9 Stunden pro Woche.

Abbildung 3: Arbeitszeitprofile aktiv unselbständig Beschäftigter nach Branchen (in%), 2015



Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. Verteilung der aktiv unselbständigen Beschäftigung nach der wöchentlichen Normalarbeitszeit. Frauen 15 bis 59 Jahre, Männer 15 bis 64 Jahre. – Werte mit *: stark zufallsbehaftet. x: statistisch nicht interpretierbar; Werte für „stark schwankend“ statistisch nicht interpretierbar.

¹ Auf Grund der fehlenden Interpretierbarkeit werden die Branchen „T Private Haushalte“ und „U Exterritoriale Körperschaften“ nicht gesondert dargestellt – in den Werten der Gesamtwirtschaft sind T und U enthalten.

Arbeitszeitverhältnisse mit 36 bis 40 Stunden pro Woche stellen einzig im Produktionsbereich den Arbeitszeitstandard dar: Rund zwei Drittel bis knapp drei Viertel der Beschäftigten im Bergbau, der Sachgüterproduktion, der Energieversorgung und dem Bauwesen fallen in diese Arbeitszeitkategorie, während in der Gesamtwirtschaft der Anteil bei 51,8% liegt. Dabei handelt es sich um typische Männerbranchen mit einem geringen Frauenanteil. Im Dienstleistungssektor

sind die Arbeitszeitprofile dagegen heterogener. Der Großteil der Dienstleistungsbranchen weist überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten auf (gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt 27,2%), und zwar sowohl bei den Frauen als auch den Männern.

Die Teilzeitquote differiert zudem stark nach der beruflichen Tätigkeit. Auf Ebene der Berufshauptgruppen (ISCO-08) findet sich eine überdurchschnitt-

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

lich hohe Konzentration an teilzeitbeschäftigten Frauen in Hilfs- und Dienstleistungsberufen: Knapp zwei Drittel der weiblichen Hilfsarbeitskräfte üben ihre Tätigkeit im Rahmen eines Teilzeitjobs aus, in den Dienstleistungsberufen haben rund 58% eine Teilzeitanstellung. Die geringste Teilzeitquote gibt es unter weiblichen Führungskräften und in den technischen Berufen des mittleren Qualifikationssegments (Handwerksberufe, Bedienerinnen von Anlagen und Maschinen bzw. Montageberufe) – jenen Berufshauptgruppen, in denen auch Männer die geringsten Teilzeitquoten aufweisen.

Interessant ist zudem der Blick auf die Berufsstruktur teilzeitbeschäftigter und vollzeitbeschäftigter Männer bzw. Frauen. Sie zeigt, dass die berufliche Segregation²¹⁴ zwischen Männern und Frauen geringer ausfällt, wenn sie den Job in Teilzeit anstelle von Vollzeit ausüben – je höher die Wochenarbeitszeit, umso stärker ausgeprägt ist demnach die berufliche Segregation (Sparreboom, 2014). Die geringere geschlechtsspezifische berufliche Segregation innerhalb von Teilzeitarangements deutet laut Sparreboom (2014) darauf hin, dass sich die beruflichen Möglichkeiten auch von Männern reduzieren, sobald sie anstelle von Vollzeit Teilzeit arbeiten wollen. Mit anderen Worten sind die Möglichkeiten in Teilzeit zu arbeiten nicht gleich über alle Berufe verteilt. Zu diesem Befund kommen auch Connolly – Gregory (2009) für Großbritannien; sie zeigen, dass ein großer Teil der Frauen, die von einer Vollzeitanstellung auf einen Teilzeitjob wechseln, einen beruflichen Abstieg in Kauf nehmen müssen.

Teilzeitbeschäftigte sind Vollzeitbeschäftigten im Hinblick auf den Zugang zu bestimmten Arbeitsplätzen also nicht gleichgestellt. Eindrücklich zeigt sich dies am Beispiel von Führungspositionen, in denen sich kaum Teilzeitbeschäftigte finden (Klenner – Kohaut, 2010, zitiert nach Absenger et al., 2014). Abgesehen von organisatorischen Hürden nennen Baierl – Kapella (2014) die Betriebskultur als Erklärungsfaktor. Demnach müssen Arbeitskräfte, um keine Karrierenachteile befürchten zu müssen, flexibel verfügbar sein und ihre privaten Verpflichtungen den betrieblichen unterordnen (Lott, 2015). Doch selbst wenn die Arbeitszeitreduktion nur temporär ist, bleibt der Zugang zu bestimmten Arbeitsplätzen schwierig. Zum einen überschneidet sich die „Phase der Familiengründung mit der karriereintensiven [Phase der] beruflichen Entwicklung“ (Wanger, 2015), zum anderen häufen teilzeitbeschäftigte Frauen weniger Erfahrungswissen an als vollzeitbeschäftigte Männer. Die Folge sind eingeschränkte Aufstiegschancen, die damit letztlich der Segregation am Arbeitsmarkt Vorschub leisten. Segregation mindert die Chancengleichheit von Männern und Frauen, wenn sie mit Ausschluss- oder Abschotungsprozessen einher geht und festigt „geschlechtshierarchische Strukturen“²¹⁵ (Leitner – Dibiasi, 2015).

²¹⁴ Unter beruflicher Segregation versteht man die ungleiche Präsenz von Gruppen – hier von Männern und Frauen – in Berufen.

²¹⁵ Etwa Unterschiede im Einkommen oder der beruflichen Position von Männern und Frauen. So zeigen Geisberger – Glaser (2014), dass 24,4% des Gender Pay Gap in Österreich auf sektorale und berufliche Segregation zurückzuführen ist.

Übersicht 3: Teilzeitquote und Berufsstruktur (ISCO-08) von teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Männern und Frauen, 2015

	Teilzeitquote		Arbeitsstunden pro Woche		Verteilung nach Berufen			
	in %				Teilzeit		Vollzeit	
	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau
(1) Führungskräfte	4,0	21,6	45,7	39,9	2,7	1,3	6,5	4,1
(2) Akademische und vergleichbare Berufe	12,8*	38,2	40,3	34,8	19,6	13,7	13,6	20,0
(3) Techniker/innen / gleichrangige nicht-technische Berufe	8,2	41,9	40,5	33,4	18,1	17,6	20,5	22,0
(4) Bürokräfte und verwandte Berufe	11,5	44,6	38,6	31,9	7,4	16,4	5,9	18,4
(5) Dienstleistungsberufe und Verkäufer/innen	22,4	57,6	37,1	29,5	25,0	31,7	8,9	21,1
(6) Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft	(x)	41,9*	41,1	32,8*	1,1	0,4	1,2	0,5
(7) Handwerks- und verwandte Berufe	3,3	27,6	39,7	34,6	8,9	1,5	26,3	3,7
(8) Bediener/innen von Anlagen/Maschinen, Montageberufe	6,8	29,5	40,7	34,6	7,6	1,2	10,7	2,5
(9) Hilfsarbeitskräfte	14,0	65,5	37,3	26,5	9,3	16,2	5,9	7,7
Insgesamt inkl. (0) Soldatinnen/Soldaten	9,3	47,4	40,0	31,8	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. – Aktiv unselbständig beschäftigte Frauen (15 bis 59 Jahre) und Männer (15 bis 64 Jahre). Unterscheidung zwischen Voll- und Teilzeit auf Basis der Selbsteinschätzung der Befragten. Berufsgliederung gemäß ISCO-08; Rest auf 100%: Berufshauptgruppe 0 „Angehörige der regulären Streifkräfte“. – mit * gekennzeichnete Werte sind stark zufallsbehaftet. (x): statistisch nicht interpretierbar.

Lesebeispiel zur beruflichen Segregation (ungleiche Verteilung von Männern und Frauen auf Berufe): 26,3% der Männer in Vollzeit üben einen Handwerks- oder verwandten Beruf aus, aber nur 3,7% der vollzeitbeschäftigten Frauen. Die ungleiche Präsenz von Männern und Frauen reduziert sich deutlich, wenn teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen betrachtet werden – 8,9% der Männer und 1,5% der Frauen üben einen Handwerks- oder verwandten Beruf aus.

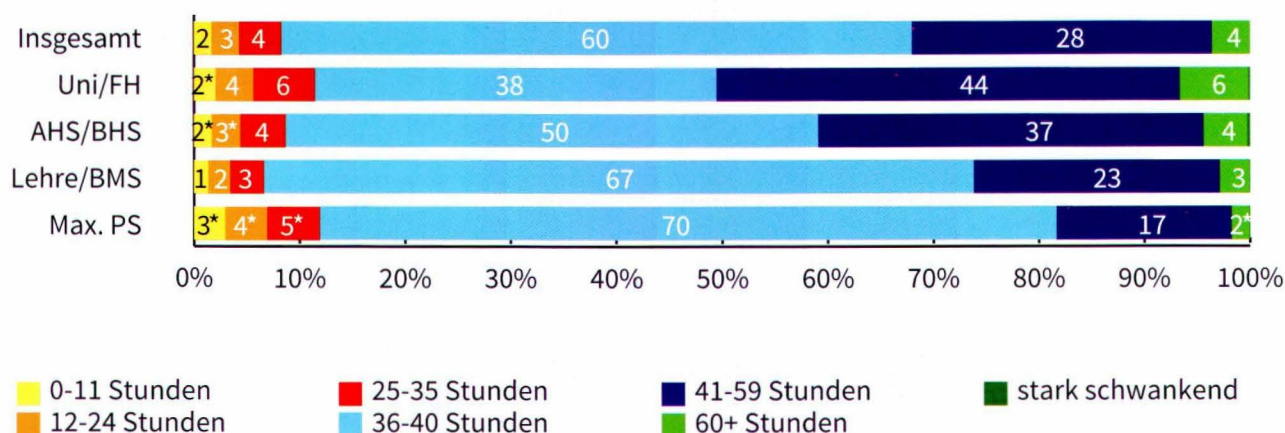
Das Ausmaß der Erwerbsintegration differiert mit der Ausbildung: je höher der Ausbildungsabschluss, desto höher die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit. In der Altersgruppe der 30- bis 64-Jährigen²¹⁶ sind hoch qualifizierte Männer (Uni- oder FH-Abschluss) im Durchschnitt um 3,6 Stunden länger pro Woche erwerbstätig als gering qualifizierte Männer (maximal Pflichtschulabschluss). Vor allem überlange Arbeitszeiten (41 und mehr Stunden pro Woche) gewinnen mit zunehmendem Bildungsgrad auf Kosten der Voll-

zeitarrangements mit 36 bis 40 Stunden an Gewicht. Hat unter den männlichen Beschäftigten mit maximal Pflichtschulabschluss nur knapp jeder Fünfte (18,3%) eine überlange Wochenarbeitszeit, so ist es bei den Universitäts- oder Fachhochschulabsolventen jeder Zweite (50,5%). Bei den Pflichtschulabsolventen sind dagegen Arbeitszeiten von 36 bis 40 Stunden pro Woche der Arbeitszeitstandard.

²¹⁶ 15- bis 29-Jährige bleiben von der Betrachtung ausgeschlossen, da sie sich noch in Ausbildung befinden können. Ab dem Alter von 30 Jahren sollte die Ausbildungsphase abgeschlossen sein.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

Abbildung 4: Arbeitszeitprofile von aktiv unselbständig beschäftigten Männern nach Ausbildungsabschluss, 2015

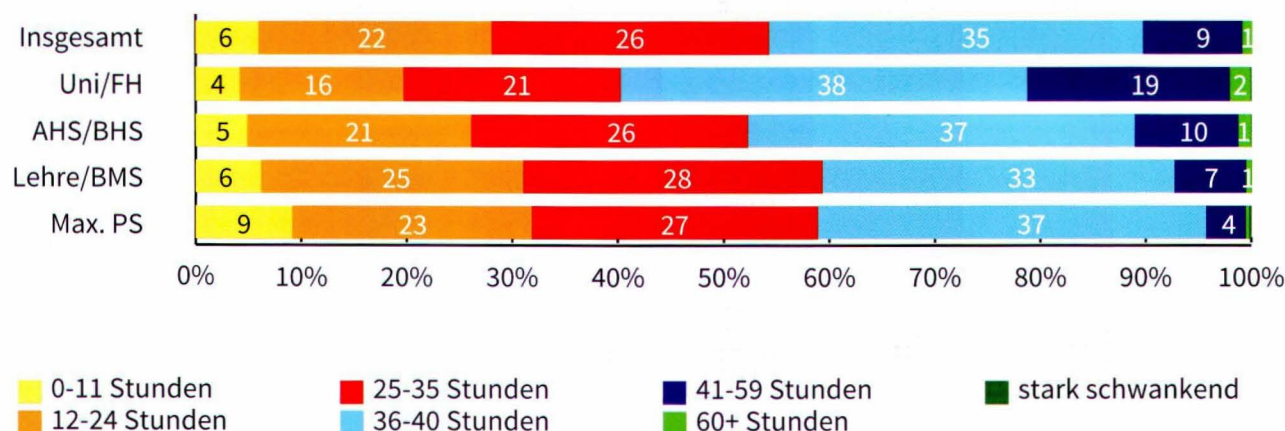


Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. Männer 30 bis 64 Jahre. „Stark schwankend“ statistisch nicht interpretierbar. Anteile für Teilzeitkategorien in den Ausbildungsniveaus Max. Pflichtschule (1.-3. Kat.), AHS/BHS (1.+2. Kat.), Uni/FH (1. Kat.) stark zufallsbehaftet.

Anders als bei den Frauen weisen allerdings hoch qualifizierte Männer auch eine überdurchschnittlich hohe Teilzeitquote auf (10,6% auf Basis der Selbsteinschätzung der Befragten); höher ist sie nur bei den gering Qualifizierten (11,1%). Bei den Frauen sinkt mit zunehmendem Bildungsgrad die Teilzeitquote: Unter den

Frauen (30 bis 59 Jahre) mit Uni- oder FH-Abschluss üben 38,8% ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis aus, unter den Frauen mit maximal Pflichtschulabschluss 57,1%. Gleichzeitig steigt bei den Frauen – ebenso wie bei den Männern – mit dem Bildungsabschluss die Bedeutung überlanger Wochenarbeitszeiten.

Abbildung 5: Arbeitszeitprofile von aktiv unselbständig beschäftigten Frauen nach Ausbildungsabschluss, 2015



Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen. Frauen 30 bis 59 Jahre. „Stark schwankend“ statistisch nicht interpretierbar. Anteile für „60+ Stunden“ in den Ausbildungsniveaus Max. Pflichtschule und AHS/BHS statistisch nicht interpretierbar, für Lehre/BMS sowie Uni/FH stark zufallsbehaftet.

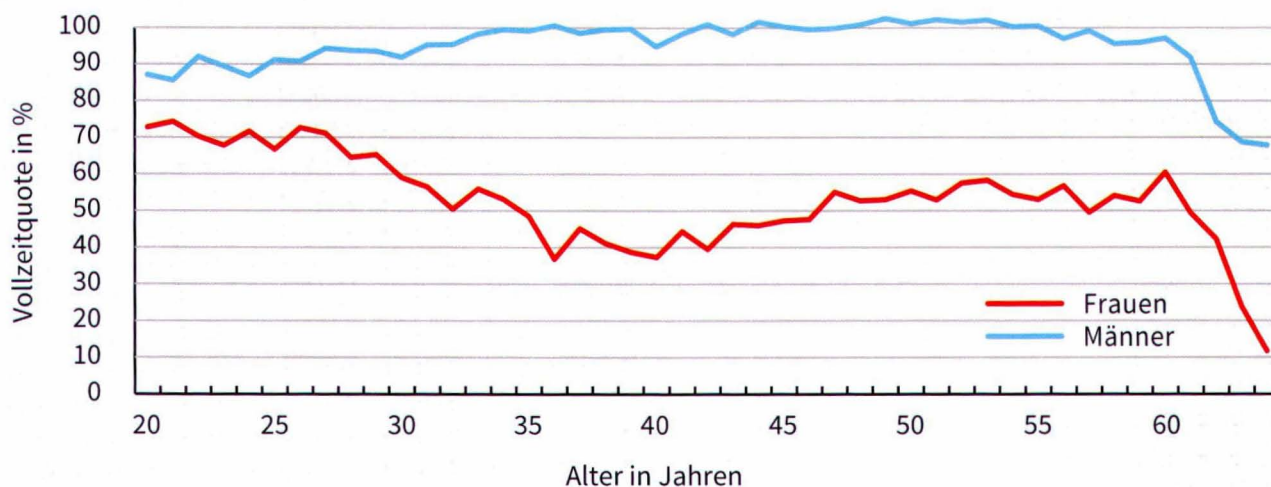
Umgerechnet auf die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bedeutet das, dass hoch qualifizierte Frauen 34,9 Stunden pro Woche und damit im Schnitt um 5,5 Stunden mehr arbeiten als gering qualifizierte Frauen. Mit zunehmendem Bildungsabschluss steigt bei den Frauen demnach nicht nur die Erwerbsbeteiligung und angesichts eines geringeren Arbeitslosigkeitsrisikos die Beschäftigungsquote, sondern auch das Ausmaß der Erwerbsintegration (sprich die Erwerbsarbeitszeit).

16.2.3 Arbeitszeitprofile im Erwerbs- und Lebenszyklus

Die Arbeitszeitprofile variieren nicht nur nach dem Geschlecht, sondern auch im Laufe des Erwerbslebens: Bei den aktiv unselbständig beschäftigten Männer

dominieren in allen Altersgruppen Vollzeitarrangements die Erwerbstätigkeit – Teilzeit spielt nur in jungen Jahren und kurz vor dem Regelpensionsalter eine nennenswerte Rolle. Bei den Frauen sind demgegenüber Teilzeitarrangements in allen Altersgruppen weit verbreitet. Am niedrigsten ist der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen am Beginn der Erwerbsbiographie – entsprechend klein ist die durchschnittliche Arbeitszeitlücke zwischen Männern und Frauen in dieser Lebensphase. Die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung steigt jedoch bei den Frauen relativ rasch mit dem Alter an und mit ihr nimmt die Arbeitszeitlücke zwischen Männern und Frauen zu. Sie ist im Haupterwerbsalter am größten, parallel zur Familienphase, und verringert sich etwas gegen Ende des Erwerbslebens, ohne sich jedoch zu schließen.

Abbildung 6: Vollzeitquote aktiv unselbständig Beschäftigter, nach Alter und Geschlecht, 2015



Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO – eigene Berechnung. Teilzeitabgrenzung auf Basis der Selbsteinschätzung der Befragten. Aktiv unselbständige Beschäftigung zwischen 20 und 64 Jahren.

Ob und in welchem Umfang Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, hängt stark von der familiären Situation ab. In diesem Sinne ist die große Verbreitung von Teilzeitjobs Ausdruck der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, in der sich Frauen viel stärker als Män-

ner in Betreuungs- und Hausarbeit engagieren. Die Familiengründung stellt mithin eine Zäsur im Erwerbsverhalten der Frauen dar. Männer dagegen passen ihr Erwerbsverhalten kaum an; durchgängige Vollzeit-Erwerbsbiographien bleiben die Norm.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

Übersicht 4: Erwerbsmuster von Paaren (in %), 2015

	(Ehe-)Paare ohne Kinder	(Ehe-)Paare mit Kindern, nach Anzahl der Kinder unter 15 Jahre			
		1 Kind unter 15 Jahren	2 Kinder unter 15 Jahren	3 oder mehr Kinder unter 15	Kind(er) 15 Jahre oder älter
Vollzeit / Vollzeit	48,1	24,8	13,7	9,2	34,5
Vollzeit / Teilzeit	22,5	45,9	56,1	38,6	42,9
Vollzeit / NET	11,4	15,0	17,8	31,0	11,6
Teilzeit / Vollzeit	3,3	2,4	1,3*	(x)	1,8*
Teilzeit / Teilzeit	3,4	2,7	3,1	(x)	1,6*
Teilzeit / NET	1,1*	1,2*	(x)	(x)	(x)
NET / Vollzeit	4,2	1,9*	(x)	(x)	2,7
NET / Teilzeit	2,9	2,9	2,7	(x)	2,5
NET / NET	3,0	3,2	3,3	11,2	2,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: AKE Mikrozensus, WIFO-Berechnungen; Auswertung in Anlehnung an Wanger (2015). – NET steht für Nicht-Erwerbstätig. Ausgeschlossen sind Paarhaushalte, in denen mindestens eine Person im Ruhestand ist. Paare sind Personen zwischen 15 und 64 Jahre, die im selben Haushalt leben. Unterscheidung zwischen Voll- und Teilzeit auf Basis der Selbsteinschätzung der Befragten.

* Werte mit weniger als 6.000 Personen (hochgerechnet) sind sehr stark zufallsbehaftet. (x) Werte mit weniger als 3.000 Personen sind statistisch nicht interpretierbar.

In knapp der Hälfte aller Paarhaushalte ohne Kinder sind sowohl der Mann als auch die Frau Vollzeit erwerbstätig (48,1%). Sobald jedoch ein Kind unter 15 Jahren im gemeinsamen Haushalt lebt, halbiert sich der Anteil der Paarhaushalte, in denen beide Partner einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen (24,8%). Mit zunehmender Zahl an Kindern unter 15 Jahren schwindet zudem die Bedeutung dieser Erwerbskonstellation. Stattdessen dominiert in Paarhaushalten mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren das Zuverdienermodell, bei dem der Mann vollzeit- und die Frau teilzeitbeschäftigt ist. Das impliziert, dass der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt von Frauen zumeist über Teilzeitarrangements erfolgt. Angesichts der hohen Teilzeitquoten bei Frauen über 40 Jahre handelt es sich aber oftmals nicht um eine vorübergehende, sondern eine dauerhafte individuelle Arbeitszeitverkürzung (siehe Abbildung 6). Dies dürfte auch einen relativ hohen Anteil an vollzeitbe-

schäftigten Männern und teilzeitbeschäftigten Frauen in Paarhaushalten ohne Kinder erklären (22,5%), da hierunter auch Paare fallen, deren Kinder bereits aus dem gemeinsamen Haushalt ausgezogen sind. Eine andere Erklärung dafür, dass das Zuverdienermodell für einen nicht unerheblichen Teil der Paarhaushalte ohne Kinder die realisierte Erwerbskonstellation darstellt, liefert Kümmerling (2015): Ihre Analyse zeigt, dass „[...] die Phase des Auseinanderdriftens der Arbeitszeit von Männern und Frauen nicht erst zu dem Zeitpunkt beginnt, in dem Kinder im Haushalt leben, sondern schon vorher, in der Phase der festen Paarbildung und [des] Zusammenlebens“. Damit werden die Weichen für eine traditionelle Rollenverteilung bereits sehr früh gestellt.

Traditionelle Strukturen der Arbeitsteilung sind in beiden Haushaltstypen verbreitet – in 11,4% der Paarhaushalte ohne Kind(er) arbeitet der Mann Vollzeit

und die Frau geht keiner Beschäftigung nach. Etwas höher liegt der Anteil in Paarhaushalten mit einem Kind (15,0%) oder 2 Kindern (17,8%) unter 15 Jahren. Sprunghaft steigt die Bedeutung des Alleinverdiener/innenmodells in Paarhaushalten mit 3 oder mehr Kindern unter 15 Jahren (31,0%) – offenbar dürfte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab 3 Kindern deutlich schwieriger zu bewerkstelligen sein.

16.2.4 Gründe für die Teilzeitbeschäftigung

Die Arbeitszeitmuster von Paaren machen die Bedeutung der Teilzeitarbeit als Instrument zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich; allerdings kaum für Männer, sondern fast ausschließlich für Frauen. Die individuellen Gründe für Teilzeitarbeit unterstreichen dieses Bild (siehe Übersicht 5). 15- bis 59-jährige Frauen nennen als häufigsten Grund für eine reduzierte Arbeitszeit die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen (38,0%). An zweiter Stelle folgen andere persönliche oder familiäre Gründe (18,6%). Bei den 15- bis 64-jährigen Männern geben nur 5,0% die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen als Beweggrund an. Viel mehr Gewicht haben Bildungsambitionen: 28,8% der Männer üben einen Teilzeitjob aus, weil sie eine schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung absolvieren. Jeweils knapp 1/5 der Männer (18,2%) und Frauen (17,6%) wollen keine Vollzeitbeschäftigung. Bei den Männern gibt ein ähnlich hoher Anteil (19,7%) an, keine Vollzeitstelle zu finden und damit unfreiwillig teilzeitbeschäftigt zu sein. Bei den Frauen ist der Anteil mit 11,4% etwas geringer. Die Gründe für die Teilzeitbeschäftigung ändern sich auch im Lebenszyklus:

Am Beginn des Erwerbslebens (20 bis 24 Jahre) nennen auch Frauen überwiegend Ausbildungsmotive als Grund für Teilzeitarbeit. Im Haupterwerbsalter (30 bis 44 Jahre) dominiert²¹⁷ die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen und bei den 45- bis 59-Jährigen stehen andere persönliche oder familiäre Beweggründe bzw. der fehlende Wunsch nach einer Vollzeitstelle klar im Vordergrund.²¹⁸

Für die Beurteilung von Teilzeitbeschäftigung ist die Frage der Freiwilligkeit zentral. Sie fällt unterschiedlich aus, je nachdem ob Teilzeitarangements aus Mangel an Vollzeitbeschäftigungsmöglichkeiten realisiert werden oder der individuellen Präferenz nach einer Arbeitszeitverkürzung entsprechen. EUROSTAT definiert unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung sehr eng – sie wird, gefragt nach den Gründen für Teilzeit, auf die Antwortmöglichkeit „weil Sie keine Vollzeitstelle finden konnten“ reduziert. Nach dieser Definition übt die Mehrzahl der aktiv Unselbständigen in Österreich freiwillig eine Teilzeitbeschäftigung aus. Doch selbst nach dieser engen Definition von Freiwilligkeit können Arbeitskräfte mit ihrer Wochenarbeitszeit unzufrieden sein und etwa eine längere oder aber auch kürzere Wochenarbeitszeit im Rahmen der Teilzeitbeschäftigung präferieren.

16.2.5 Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Werden Teilzeitbeschäftigte nach ihrer präferierten Wochenarbeitszeit²¹⁹ gefragt, zeigen sich, je nach Beweggrund für Teilzeitbeschäftigung, unterschiedlich hohe unerfüllte Arbeitszeitwünsche. Im Durchschnitt wollen teilzeitbeschäftigte Frauen anstelle von

²¹⁷ Je nach Altersgruppe schwankt der Anteil zwischen 55,1% (40-44 Jahre) und 72,1% (35-39 Jahre).

²¹⁸ Jeweils rund 30% der teilzeitbeschäftigten Frauen zwischen 45 und 59 Jahren geben, an keine Vollzeitstelle zu wollen oder aber aus sonstigen persönlichen oder familiären Gründen eine Teilzeitbeschäftigung auszuüben.

²¹⁹ Im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung wird nach den gewünschten Gesamtarbeitsstunden pro Woche gefragt. Dieser gewünschten wöchentlichen Gesamtarbeitszeit wird die normalerweise geleistete Arbeitszeit gegenübergestellt. Für eine Vergleichbarkeit muss sowohl auf die Normalarbeitszeit in der Haupt- als auch Nebentätigkeit zurückgegriffen (und die Summe gebildet) werden.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

22,5 Stunden pro Woche 24,9 Stunden pro Woche einer Erwerbsarbeit nachgehen (+2,4 Stunden); teilzeitbeschäftigte Männer wünschen sich im Durchschnitt eine

wöchentliche Gesamtarbeitszeit von 27,0 Stunden, das entspricht einer Erhöhung um 5,4 Stunden.

Übersicht 5: Normalarbeitszeit und Arbeitszeitwünsche pro Woche nach Voll- und Teilzeit, Geschlecht und dem Grund für Teilzeitarbeit, 2015

	Anteil in %	Arbeitszeit in Stunden		
		Normal	Präferenz	Lücke
Frauen				
Teilzeitbeschäftigung nach Grund für Teilzeit				
Betreuung von Kindern/pflegebedürftigen Erwachsenen	38,0	21,7	23,9	2,1
Kein Wunsch nach Vollzeitjob	17,6	24,7	24,7	0,0
Andere persönliche oder familiäre Gründe	18,6	23,8	24,9	1,1
Vollzeittätigkeit ist nicht zu finden	11,4	24,5	32,5	8,0
Schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung	9,1	15,4	18,8	3,4
Wegen Krankheit	2,5	21,0	23,7	2,7
Aus sonstigen Gründen	2,8	25,0	29,3	4,3
Teilzeit	100,0	22,5	24,9	2,4
Vollzeit		40,9	38,9	-2,0
Insgesamt		32,2	32,2	0,1
Männer				
Teilzeitbeschäftigung nach Grund für Teilzeit				
Betreuung von Kindern/pflegebedürftigen Erwachsenen	5,0	26,7	28,6	1,9
Kein Wunsch nach Vollzeitjob	18,2	26,1	27,3	1,2
Andere persönliche oder familiäre Gründe	14,6	25,9	28,1	2,2
Vollzeittätigkeit ist nicht zu finden	19,7	21,0	35,5	14,5
Schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung	28,8	15,2	19,1	4,0
Wegen Krankheit	5,5	18,1	23,3	5,2
Aus sonstigen Gründen	8,1	27,2	32,3	5,1
Teilzeit	100,0	21,6	27,0	5,4
Vollzeit		42,5	40,7	-1,7
Insgesamt		40,5	39,5	-1,1

Quelle: AKE – Mikrozensus, WIFO-Berechnungen, Berechnungen der Arbeitszeitlücke auf Basis ungerundeter Werte. Auswertung in Anlehnung an Wanger (2015). – Grundgesamtheit sind aktiv unselbständig beschäftigte Frauen (15 bis 59 Jahre) und Männer (15 bis 64 Jahre). Die Normalarbeitszeit bezieht sich auf die Summe der üblicherweise geleisteten Wochenarbeitszeit in der Haupt- und Nebentätigkeit, ohne Personen mit stark schwankenden Arbeitszeiten. Die Arbeitszeitpräferenz bezieht sich auf die gesamte gewünschte Wochenarbeitszeit. Berücksichtigt wurden alle aktiv unselbständig Erwerbstätigen, auch jene ohne Änderungswünsche. Unterteilung in Vollzeit und Teilzeit auf Basis einer Selbsteinschätzung der Befragten.

Differenziert nach den Motiven für die Teilzeitbeschäftigung ist erwartungsgemäß das Ausmaß der unerfüllten Arbeitszeitwünsche bei jenen am größten, die angeben, keine Vollzeitstätigkeit zu finden und somit unfreiwillig teilzeitbeschäftigt zu sein: Die Betroffenen würden gerne im Durchschnitt um wöchentlich 8,0 Stunden (Frauen) bzw. 14,5 Stunden (Männer) mehr erwerbstätig sein. Aber auch freiwillig teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen würden eine längere Wochenarbeitszeit im Rahmen der Teilzeitbeschäftigung bevorzugen (vgl. Übersicht 5). Dabei gilt: Je kürzer die wöchentliche Normalarbeitszeit ist, desto höher ist im Durchschnitt das Ausmaß der gewünschten Arbeitszeiterhöhung. Und umgekehrt – je länger die wöchentliche Normalarbeitszeit ausfällt, desto höher ist im Durchschnitt das Ausmaß der gewünschten Arbeitszeitreduktion. Das bedeutet, dass es auch bei Vollzeitbeschäftigten Veränderungspotenzial gibt; sie wünschen sich im Durchschnitt kürzere Wochenarbeitszeiten: Aktiv unselbständig beschäftigte Frauen würden gerne ihre Vollzeiterwerbstätigkeit um 2 Stunden pro Woche reduzieren, aktiv unselbständig beschäftigte Männer um 1,7 Wochenstunden.²²⁰ Über alle Arbeitszeitkategorien betrachtet wollen aktiv unselbständig beschäftigte Männer (15-64 Jahre) im Durchschnitt 39,5 Stunden pro Wochen und aktiv unselbständig beschäftigte Frauen (15-59 Jahre) durchschnittlich 32,2 Stunden erwerbstätig sein.

Eine im Durchschnitt gewünschte kürzere oder längere Gesamtarbeitszeit bedeutet jedoch nicht, dass alle Erwerbstätigen ihre Wochenarbeitszeit gerne anpassen

würden. Das Gegenteil ist der Fall: Etwa drei Viertel der aktiv unselbständig Beschäftigten äußern keinen Veränderungswunsch.²²¹ Die individuelle Arbeitszeitpräferenz ist allerdings keine fixe Größe, sondern von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig und somit letztlich politisch gestaltbar (Eurofound, 2001).

16.2.6 Österreich im europäischen Vergleich

In allen Ländern der Europäischen Union arbeiten Frauen im Durchschnitt weniger Stunden pro Woche (Normalarbeitszeit) als Männer. Die geschlechtsspezifische Arbeitszeitlücke bei unselbständig Erwerbstätigen beträgt im EU-28-Durchschnitt 5,8 Stunden, wobei sie in den alten Mitgliedsländern (EU-15: 6,7 Stunden) höher und in den neuen Mitgliedsstaaten niedriger ausfällt. Hintergrund sind die unterschiedliche Verbreitung und das unterschiedliche Stundenausmaß von Teilzeitarrangements: Im europäischen Durchschnitt arbeitet fast jede dritte Frau Teilzeit (Teilzeitquote EU-28: 32,6%)²²² und knapp jeder zehnte Mann (EU-28: 8,5%). Dabei zeigen sich enorme länderspezifische Unterschiede.

Die Niederlande führen die Teilzeitstatistik sowohl bei den Männern als auch den Frauen an: Für niederländische Frauen stellt die Teilzeitbeschäftigung bereits die Norm dar (Teilzeitquote 78,7%). Sie blicken auf eine lange Tradition von Teilzeitarrangements zurück, die in den 1950er Jahren ihren Anfang nahm (Baierl – Kapella, 2014). Mit deutlichem Abstand folgen Österreich und Deutschland (jeweils 47,7%), Belgien (44,3%)

²²⁰ Frauen mit überlangen Wochenarbeitszeiten (60 Stunden und mehr) wollen im Schnitt um 14,3 Stunden pro Woche weniger Erwerbsarbeit leisten (Gesamtarbeitszeitwunsch im Durchschnitt 51,6 Stunden), Männer mit überlangen Wochenarbeitszeiten wollen im Schnitt um 12,6 Stunden pro Woche weniger Erwerbsarbeit leisten (Gesamtarbeitszeitwunsch im Durchschnitt 52,1 Stunden). In der Arbeitszeitkategorie 41 bis 59 Stunden wollen Frauen im Durchschnitt ihre Erwerbsarbeitszeit um 4,7 Stunden (auf durchschnittlich 41,3 Stunden pro Woche) reduzieren, Männer um 3,5 Stunden (auf durchschnittlich 43,3).

²²¹ Bei 70,1% der Teilzeitbeschäftigten und 74,4% der Vollzeitbeschäftigten decken sich die realisierte und präferierte Wochenarbeitszeit.

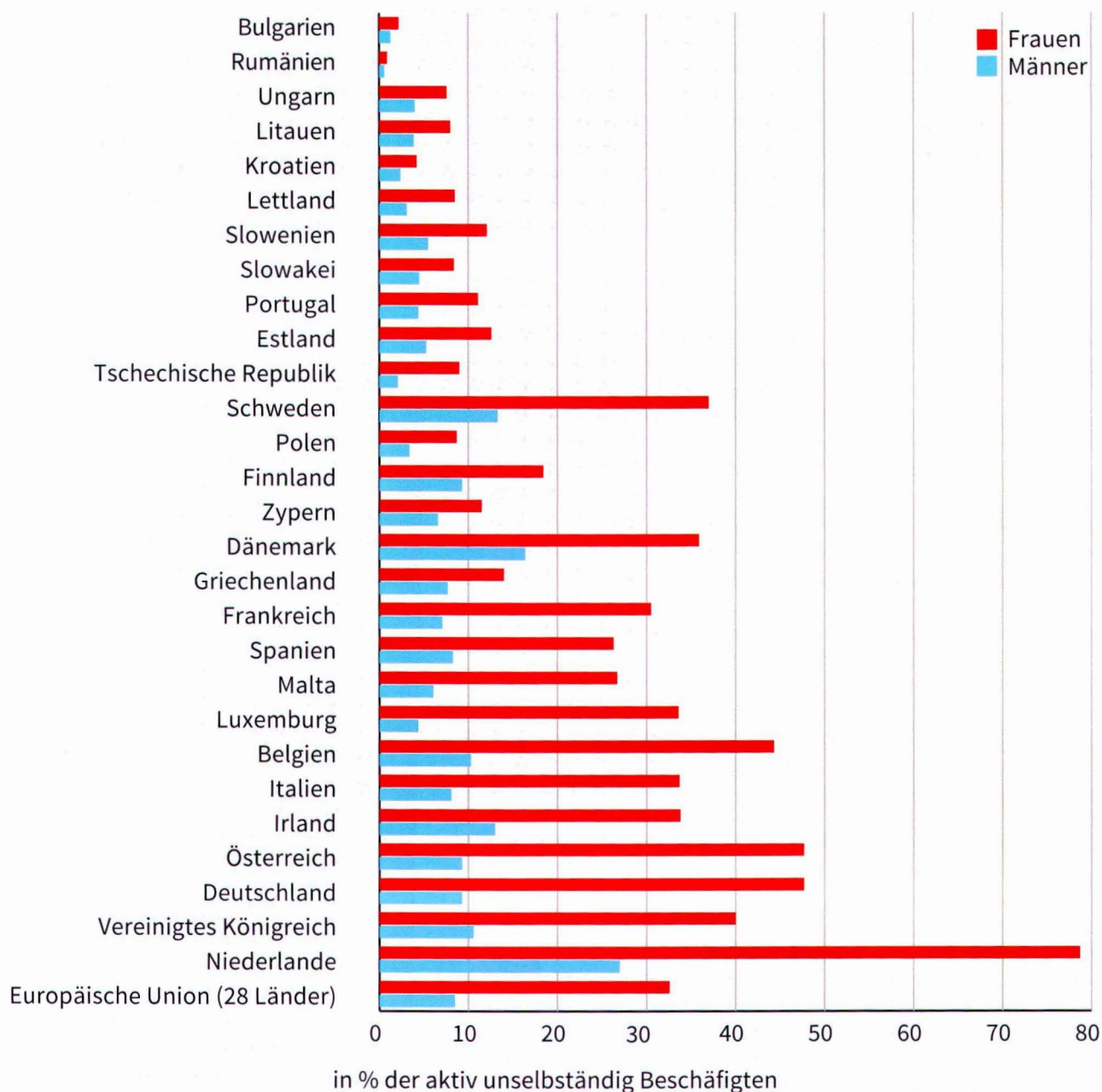
²²² Selbsteinschätzung der aktiv unselbständig Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2015.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

und Großbritannien (40,0%) mit ebenfalls überdurchschnittlich hohen Teilzeitquoten. Am anderen Ende

des Spektrums finden sich Rumänien (0,9%), Bulgarien (2,2%) und Kroatien (4,2%).

Abbildung 7: Teilzeitquoten aktiv unselbständig Beschäftigter im EU-Vergleich, 2015, nach Geschlecht



Quelle: EUROSTAT (LFS-Sonderauswertung), WIFO-Berechnungen. Unselbständig Erwerbstätige (15 bis 64 Jahre) exklusive Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz. Teilzeit nach Selbsteinschätzung der Befragten. Reihung analog nachfolgender Abbildung.

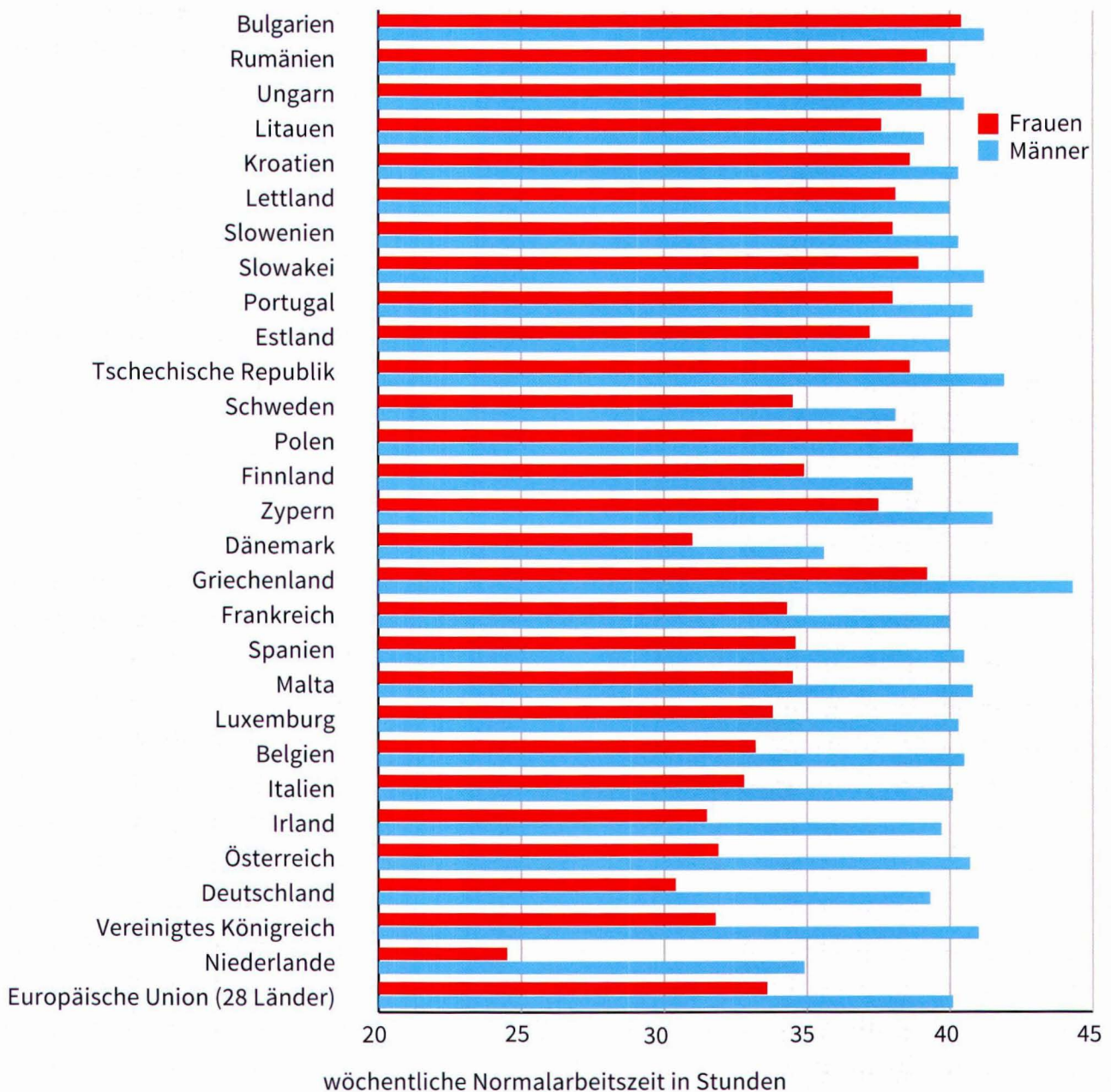
Unter Männern ist die Teilzeitbeschäftigung allgemein weniger stark verbreitet; die Teilzeitquote liegt zwi-

schen 0,6% in Rumänien und 27,0% in den Niederlanden. Nach den Niederlanden folgt auf Platz zwei Dä-

nemark mit 16,4%. Österreich nimmt im europäischen Ländergefüge mit einer leicht überdurchschnittlichen Teilzeitquote der Männer (9,3%) Rang 10 ein. Der Un-

terschied in den geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten ist in Österreich jedoch beträchtlich und wird nur von den Niederlanden übertroffen.

Abbildung 8: Durchschnittliche normale Wochenarbeitszeit im EU-Vergleich, 2015, nach Geschlecht



Quelle: EUROSTAT. Durchschnittliche Normalarbeitszeit der Erwerbstätigen (Unselbständige). Gereiht nach der Arbeitszeitlücke. Länder gereiht nach dem Ausmaß der Arbeitszeitlücke zwischen Männern und Frauen. Unselbständig Erwerbstätige inklusive Personen in Elternkarenz (15 bis 64 Jahre).

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

Die Arbeitszeitprofile in der Europäischen Union sind insgesamt alles andere als einheitlich. Maßgeblich gestaltet werden sie von den institutionellen Regeln zur Arbeitszeitregulierung in den jeweiligen Ländern, die auf nationaler Ebene durch gesetzliche Arbeitszeitstandards, auf Branchenebene im Rahmen von Kollektivverträgen, auf Betriebsebene oder auf individueller Ebene angesiedelt sein können (Anxo – O'Reilly, 2000). Geschlechtsspezifische Unterschiede in den länderspezifischen Arbeitszeitprofilen werden dagegen stark von anderen Faktoren determiniert. Für die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen spielen gesellschaftliche Normvorstellungen ebenso eine Rolle wie ökonomische Notwendigkeiten oder die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung – entweder formal in öffentlichen Einrichtungen oder informell etwa durch Großeltern (Eurofound, 2012).

In den meisten osteuropäischen Ländern²²³ ist Eurofound (2012)²²⁴ zufolge die Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen relativ gleichverteilt, mit einer hohen Konzentration auf eine 40-Stunden-Woche. Angesichts der niedrigen Teilzeitquote erfolgt der Arbeitsmarktzugang in diesen Ländern, überspitzt formuliert, entweder in Vollzeit oder gar nicht. In den nordischen Ländern²²⁵ wiederum sind Vollzeitarrangements mit 36 bis 39 Wochenstunden die am häufigsten realisierte Arbeitszeitkategorie von Männern und Frauen, gefolgt von der 40-Stunden-Woche bei Männern bzw. der 30- bis 35-Stunden-Woche bei Frauen. In den kontinental- und südeuropäischen Ländern²²⁶, zu denen Öster-

reich zählt, sind die Geschlechterunterschiede in den Arbeitszeitprofilen stark ausgeprägt, mit einer hohen Konzentration auf Teilzeitarrangements bei Frauen und auf Vollzeitarrangements bei Männern. Anders als bei den nordischen Ländern, bei denen laut Eurofound (2012) eine Annäherung der Arbeitszeitprofile zwischen Männern und Frauen beobachtet werden kann, sehen sie für die kontinental- und südeuropäischen Länder eher ein Auseinanderdriften.

Positiv mit der Teilzeitquote der Frauen korreliert ist die Beschäftigungsquote der Frauen (Eurofound, 2012). Das bedeutet, dass Länder mit einer höheren Teilzeitquote tendenziell eine höhere Beschäftigungsquote aufweisen. Negativ ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Zusammenhang mit der durchschnittlichen Arbeitszeit – je höher die Beschäftigungsquote, desto geringer ist tendenziell die durchschnittliche Wochenarbeitszeit (Kümmerling, 2013).

16.3 Zusammenfassung

Die wöchentliche Erwerbsarbeitszeit ist in Österreich in vielerlei Hinsicht ungleich verteilt. Sie differiert nach Geschlecht, ausgeübter Tätigkeit und Branche und stellt ein Abbild von Arbeitsplatz- und personenspezifischen Gegebenheiten dar. Vor allem die geschlechtsspezifische Dimension zieht sich wie ein roter Faden durch die österreichische Arbeitszeitlandschaft. Beeinflusst wird sie in hohem Maße von der ungleichen

²²³ Lettland, Zypern, Tschechien, Litauen, Slowakei, Bulgarien, Polen und Ungarn (mittel- und osteuropäische Ländercluster in der EUROFOUND-Studie).

²²⁴ Die Clusterbildung in der EUROFOUND (2012) Studie erfolgt auf Basis des Arbeitsstandard-Index (LRS – Labour Rights Standard Index) und des Gender Empowerment Measurements (GEM). Damit werden einerseits die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen abgebildet (LRS), andererseits wird die länderspezifische Ungleichheit von Männern und Frauen in der politischen und ökonomischen Partizipation gemessen (GEM). Die Clusterbildung dient nicht der Etablierung einer neuen Wohlfahrtsstaattypologie, sondern ist auf die Fragestellung der Studie zugeschnitten: Erklärt werden sollen die geschlechtsspezifische Unterschiede in der Arbeitszeitverteilung (Erwerbsarbeit einerseits und unbezahlter Arbeit andererseits) und der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben.

²²⁵ Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland und die Niederlande (nordische Cluster in der EUROFOUND-Studie).

²²⁶ Belgien, Österreich, Deutschland, Frankreich, Portugal, Spanien, Slowenien, Luxemburg, Italien, Griechenland (kontinental- und südeuropäische Cluster in der EUROFOUND-Studie).

Verteilung von Betreuungspflichten und damit der Aufteilung zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Familienarbeit.

In Österreich ist fast jede zweite Frau teilzeitbeschäftigt, aber nur knapp jeder zehnte Mann. Die Teilzeitquote der Frauen ist auch im europäischen Vergleich hoch und senkt die durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit: Sie beträgt 32,7 Stunden pro Woche – das liegt um 8,8 Stunden unter der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von Männern. Vollzeitbeschäftigte Frauen sind im Durchschnitt jünger, höher gebildet und finden sich häufiger in höher qualifizierten Tätigkeiten als teilzeitbeschäftigte Frauen. Teilzeitbeschäftigte Frauen arbeiten häufiger im Handel sowie in Dienstleistungsberufen und leben häufiger in einer Partnerschaft mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren als vollzeitbeschäftigte Frauen. Vollzeitbeschäftigte Männer sind demgegenüber im Durchschnitt älter als teilzeitbeschäftigte Männer und arbeiten häufiger in der Sachgütererzeugung. Teilzeitbeschäftigte Männer arbeiten häufiger im Handel, dem Unterrichts- und dem Gesundheitswesen und üben häufiger Dienstleistungsberufe oder höher qualifizierte Tätigkeiten aus. Anders als bei den Frauen sind teilzeitbeschäftigte Männer häufiger höher gebildet als vollzeitbeschäftigte. Frauen reduzieren häufig ihre Arbeitszeit, weil sie Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene betreuen, Männer, weil sie sich aus- oder weiterbilden.

12,5% der Teilzeitbeschäftigten geben an, keine Vollzeitstelle zu finden – sie sind nach der Definition von EUROSTAT unfreiwillig teilzeitbeschäftigt und wür-

den gerne mehr Stunden pro Woche Erwerbsarbeit leisten. Unerfüllte Arbeitszeitpräferenzen hegen aber auch freiwillig Teilzeitbeschäftigte; das Ausmaß differiert dabei je nach Grund für die Teilzeitbeschäftigung. Insgesamt würden teilzeitbeschäftigte Frauen im Durchschnitt gerne 2,4 Stunden pro Woche und teilzeitbeschäftigte Männer 5,4 Stunden pro Woche mehr arbeiten. Generell gilt dabei: Je kürzer die wöchentliche Normalarbeitszeit ausfällt, desto höher ist im Durchschnitt die gewünschte Arbeitszeiterhöhung. Und umgekehrt. Beschäftigte mit langen Arbeitszeiten wünschen sich im Durchschnitt kürzere Arbeitszeiten. Das Veränderungspotenzial bei vollzeitbeschäftigten Männern beträgt im Durchschnitt 1,7 Stunden pro Woche, bei den Frauen 2,0 Stunden.

Kontrovers wird die Teilzeitbeschäftigung in der Literatur bewertet. Teilzeitarrangements können eine Möglichkeit darstellen, unterschiedliche Gruppen mit einer geringen Erwerbsneigung für den Arbeitsmarkt zu mobilisieren, wie etwa Mütter mit kleinen Kindern, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Ältere (OECD, 2010, Garnero, 2016). In puncto Arbeitszufriedenheit kann die individuelle Arbeitszeitreduktion einen positiven Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben leisten und sich positiv auf die Gesundheit auswirken (OECD, 2010).

Gleichzeitig sind Teilzeitjobs im Vergleich zu Vollzeitjobs mit einer Reihe von Nachteilen behaftet (OECD, 2010, Schulze – Buschoff, 1999). Diese betreffen die Bezahlung²²⁷, die Arbeitsplatzsicherheit sowie die beruflichen Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten. Hinzu kommt die im erwerbszentrierten österreichi-

²²⁷ Aufgrund des geringeren Wochenstundenausmaßes liegt der Bruttomonatslohn von teilzeitbeschäftigten Frauen im Durchschnitt unter jenem von vollzeitbeschäftigten Frauen. In Hinblick auf den Bruttostundenlohn deuten rezente Studien darauf hin, dass es in Österreich keinen Teilzeitabschlag für Frauen gibt (Böheim et al., 2013). Das bedeutet, dass der Bruttostundenlohn von vollzeitbeschäftigten und teilzeitbeschäftigten Frauen in etwa gleich hoch ist. Die Nettolöhne von teilzeitbeschäftigten Frauen sind aufgrund des progressiven Steuertarifs sogar höher als jene von vollzeitbeschäftigten Frauen.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

schen sozialen Sicherungssystem mitunter prekäre soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter, da die eingesetzte Erwerbsarbeitszeit und das damit erzielte Entgelt die Basis für das Arbeitslosengeld und die Pensionshöhe sind. Dies führt in Paarhaushalten zu finanzieller Abhängigkeit vom Partner, die innerfamiliären Machtverhältnisse verschieben sich zugunsten des Mannes. Bricht der Familienverbund auseinander, steigt das (Alters-)Armutrisiko von Frauen. Die ungleiche Inanspruchnahme von Teilzeitarangeements zwischen Männern und Frauen und die damit einhergehende große Arbeitszeitlücke zwischen den Geschlechtern ist zudem mit einem „Gleichstellungsproblem“ (Klenner, 2015) verbunden, da Teilzeitbeschäftigte in puncto Arbeitsplatzzugang, Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen Vollzeitbeschäftigten gegenüber benachteiligt sind (Nicolaisen, 2011, zitiert nach Klenner, 2015).

16.4 Literatur

Absenger, N., Ahlers, E., Bispinck, R., Kleinknecht, A., Klenner, C., Lott, Y., Pusch, T., Seifert, H., Arbeitszeiten in Deutschland – Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik, WSI Report 19, 2014.

Anxo, D., O'Reilly, J., Working time regimes and transitions in comparative perspective, in O'Reilly, J., Cebrían, I., Lallement, M. (Hrsg.), Working time changes: Social integration through transitional labour market, Edward Elgar, Cheltenham, 2000.

Baierl, A., Kapella, O., Trend zur Teilzeit – Bestandaufnahme und Auswirkungen für Beruf und Familie, Working Paper Nr. 81, Universität Wien, 2014. Wanger, S., Traditionelle Erwerbs- und Arbeitszeitmuster sind nach wie vor verbreitet, IAB-Kurzbericht, 4/2015.

Böheim, R., Rocha-Akis, S., Zulehner, Ch., Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern: Die Rolle von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung, WIFO Monatsberichte 11/2013.

Connolly, S., Gregory, M., “The part-time pay penalty: Earnings trajectories of British Women”, in: Oxford Economic Papers Volume 61, Issue supplement 1, i76-i97, 2009.

Eichmann, H., Flecker, J., Beuernfeind, A., Saupe, B., Vogt, M., Überblick über Arbeitsbedingungen in Österreich, Sozialpolitische Studienreihe – Band 4, BMASK, Wien, 2010.

Eurofound (2012), Working time and work-life balance in a life course perspective, Eurofound, Dublin.

Eurofound, 2001, Beschäftigung und Arbeitszeit in Europa, <http://www.uni-mannheim.de/edz/pdf/ef/01/ef-0158de.pdf>

Famira-Mühlberger, U., Fuchs, S., Unbezahlte Überstunden in Österreich, WIFO Monographie, 2013.

Garnero, A., Are part-time workers less productive and underpaid? IZA World of Labor 2016: 249.

Geisberger, T., Glaser, T., Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede – Analysen zum „Gender Pay Gap“ auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010. In: Statistische Nachrichten 3/2014, 215-226.

Keil, A., Leoni, T., Folgekosten langer Arbeitszeiten – Kommentierter Literaturüberblick, WIFO Monographie, Wien, Mai 2011.

Klenner, C., Kohaut, S., Vollzeit, Teilzeit, Minijobs. In: Projektgruppe GiB (Hg.): Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft, 1. Auflage Berlin: edition sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 110), 2010.

Klenner, C., Geschlechtergerechte Arbeitszeit: Teilzeitarbeit für Frauen und Vollzeitarbeit für Männer? WSI – Hans-Böckler-Stiftung, 2015.

Kümmerling, A. 2013, Arbeiten und Leben in Europa – Arbeitszeit und Work-Life-Balance aus einer Lebensphasenperspektive, IAQ-Report 02-2013.

Kümmerling, A., Beschäftigungsentwicklung und Arbeitszeiten von Frauen in Deutschland – eine Erfolgsgeschichte, Zeitschrift für Arbeitswissenschaft, Jänner 2015.

Leitner, A., Dibiasi, A., (2015), Frauenberufe – Männerberufe. Ursachen und Wirkungen der beruflichen Segregation in Österreich und Wien, in: Stadt Wien, MA57 – Frauenabteilung Wien. (Hrsg.), Trotz Arbeit arm. Frauen und Segregation am Arbeitsmarkt, 2, Frauen. Wissen. Wien, Wien, 41-104.

Lott, Y. (2015): Flexible Arbeitszeiten – für alle gleich? Die Arbeitszeitdebatte und ihre gleichstellungspolitischen Konsequenzen, In: Gegenblende (33).

Nicolaisen, H. (2011): Increasingly equalized? A Study of Part-Time Work in “Old” and “New” Part-Time Work Regimes. Nordic Journal of working life studies I (August), 95-115.

OECD, How good is part-time work? In: OECD Employment Outlook 2010. Moving Beyond the Jobs Crisis, Paris, 2010.

Schulze Buschoff, K., Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 1999.

Seifert, H., Renaissance der Arbeitszeitpolitik: selbstbestimmt, variable und differenziert, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014.

Sparreboom, T. Gender equality, part-time work and segregation in Europe, International Labour Review, Vol. 153 (2014), No. 2.

Wanger, S., Traditionelle Erwerbs- und Arbeitszeitmuster sind nach wie vor verbreitet, IAB-Kurzbericht, 4/2015.

16. VERTEILUNG DER ARBEITSZEIT

Christian Klopff

Sozialministerium

KAPITELVERZEICHNIS

17. Verteilung der sozialen Krisenfolgen: Verschiebungen seit 2008	346
17.1 Rahmenbedingungen und Krisenabfolgen	346
17.1.1 Wirtschaftseinbruch, kurze Erholung und Flaute	346
17.1.2 Angespante Arbeitsmarktlage neben Beschäftigungszuwächsen	348
17.1.3 Stabile Konsumquote und rückläufige Sparquote	349
17.1.4 Krisenabfolgen und politische Gegenstrategien	351
17.1.5 Aktuelle Herausforderungen und Ausblick	354
17.2 Arbeitsmarkt und Beschäftigung	355
17.2.1 Merkmale des Anstiegs der Arbeitslosigkeit 2008 bis 2015	355
17.2.2 Steigende Beschäftigungszahlen durch Frauen und Teilzeit	359
17.3 Einkommensentwicklungen seit Krisenbeginn	363
17.3.1 Reallohnverluste bei den unteren Personeneinkommen	363
17.3.2 Entwicklung der Haushaltseinkommen weitgehend stabil	365
17.3.3 Kein genereller Anstieg der Einkommensungleichheit seit 2008	367
17.3.4 Krisenbedingter Bruch bei der funktionalen Einkommensverteilung	368
17.4 Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung: Rückgang trotz Krise	370
17.4.1 Rückläufige Einkommensarmut seit 2008	370
17.4.2 „Working Poor“ nach Altersgruppen im EU-Vergleich	371
17.4.3 Kein krisenbedingter Anstieg extremer Armutslagen	373
17.4.4 Zahlungsstörungen bei Privatkrediten	373
17.5 Subjektives Wohlbefinden und Einstellungen	374
17.6 Fazit	376

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

17.1 Rahmenbedingungen und Krisenabfolgen

Eine schwerwiegende Auswirkung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte sich bereits während des drohenden Zusammenbruchs der internationalen Finanzmärkte 2008: Die Komplexität der Ereignisse führte zu einer breiten gesellschaftlichen Verunsicherung, nicht zuletzt auch in Bezug auf den Lebensstandard und die soziale Sicherheit. Die konkreten Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Gesellschaft waren zunächst kaum abschätzbar und viele Veränderungen zeigten bzw. zeigen ihre tatsächliche Dimension erst nach Jahren.

Der vorliegende Beitrag soll krisenbedingte Verschiebungen im Bereich des sozialen Zusammenhalts in Österreich beleuchten und darstellen, wo sich Chancen und Risiken in den letzten acht Jahren neu verteilt haben – sowie auch auf sozialstaatliche Abfederungen und Kontinuitäten hinweisen. Ein zeitlicher Vergleich zum Vorkrisenjahr 2008 in ausgewählten Bereichen soll einen Überblick bieten und insbesondere jene Bevölkerungsgruppen hervorheben, welche die Verlierer/innen dieser Entwicklungen waren bzw. sind. Da in den letzten acht Jahren verschiedene krisenbedingte Wirkungszusammenhänge aufgetreten sind, soll am Beginn ein kurzer Abriss der (europäischen) Krisen stehen, welchen in der Folge auch entsprechende politische Maßnahmen in Österreich zugeordnet werden.

Diese Vorgangsweise soll einen Beitrag dazu leisten, die Beschreibung sozialer Entwicklungen nicht auf die geläufigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Kennzahlen zu beschränken.²²⁸ Darüber hinaus kann diese Perspektive eine übersichtliche Darstellung der sozialen Brennpunkte ermöglichen und Hinweise geben, welche Teile der österreichischen Bevölkerung die höchsten gesellschaftlichen Kosten der Finanzkrise tragen – und wo sich die akuten und zukünftigen sozialpolitischen Herausforderungen zeigen (werden).

17.1.1 Wirtschaftseinbruch, kurze Erholung und Flaute

Ende 2008 konnte die bevorstehende „Wucht des Aufpralls“ der internationalen finanzökonomischen Verwerfungen in Österreich noch kaum eingeschätzt werden: Die etablierten österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und WIFO rechneten zu diesem Zeitpunkt für 2009 zwar mit einer Rezession oder Stagnation²²⁹, der zu erwartende reale BIP-Rückgang wurde damals mit höchstens 0,1% bis 0,5% geradezu optimistisch beziffert.²³⁰ Der reale Wirtschaftseinbruch 2009 lag letztendlich bei 3,8%, wobei dieser ohne die umfassenden nationalen und internationalen konjunkturstützenden Maßnahmen weitaus drastischer ausgefallen wäre. Die internationale Verflechtung der Wirtschaftskrise zeigte sich nicht zuletzt im erheblichen Rückgang bei den Exporten: 2009 kam es bei den gesamten Warenausfuhren im Vergleich zum Vorjahr zu Einbußen von rd. 20% (im Wert von insgesamt deutlich über 23 Mrd. EUR); aber auch die Einfuhren verringerten sich schlagartig um ca. 18%.²³¹

²²⁸ siehe auch Initiative „Beyond GDP“: http://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp

²²⁹ vgl. Wifo/IHS: 2009 erreicht Rezession Österreich; in: Die Presse vom 19.12.2008:

http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/439034/WifoIHS_2009-erreicht-Rezession-Osterreich

²³⁰ vgl. Scheiblecker, Marcus (WIFO): Prognose für 2009 und 2010: Europas Wirtschaft in der Rezession – heimische Wirtschaftspolitik dämpft den Abschwung; Wien, Dezember 2008, S.1.

²³¹ vgl. Wohlmuth, Stefan: Außenhandel im Jahr 2009; in: Statistik Austria (Hrsg.): Statistische Nachrichten 8/2010, S. 708-710

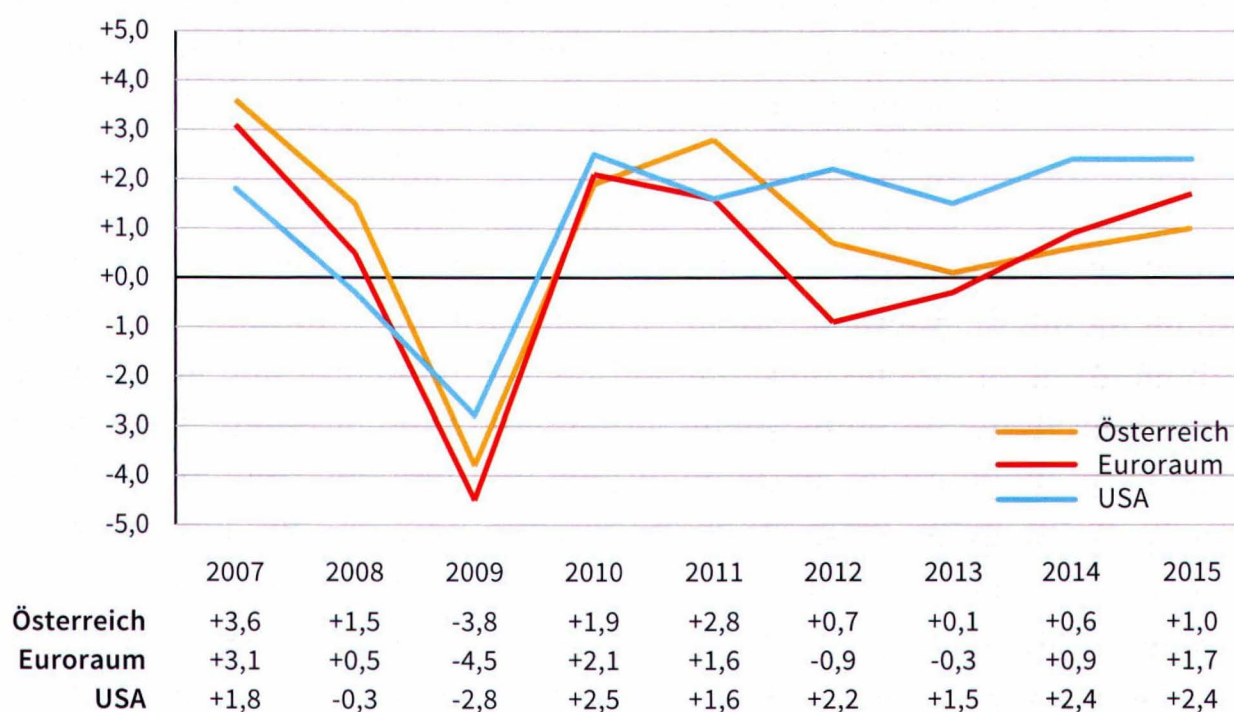
17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Zwei Konjunkturpakete sowie eine auf das Jahr 2009 vorgezogene Steuerreform umfassten insgesamt ein Wirkungsvolumen von rd. 12 Mrd. EUR; gemessen am Bruttoinlandsprodukt zeigte sich, dass diese stabilisierenden Krisenmaßnahmen in Österreich (mit ca. 4% des BIP) zu den größten im OECD-Vergleich gehörten. Ohne diese Maßnahmen – und jener wichtiger Export-

länder – wäre für 2010 ein um etwa 2% geringeres Wirtschaftswachstum zu erwarten gewesen.²³²

Tatsächlich bewirkten die antyzyklischen Maßnahmen, dass sich die Wirtschaftslage von 2010 bis 2012 deutlich verbesserte.

Grafik 1: BIP-Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, real



Quelle: Eurostat, World Bank

Die letzten Jahre waren in Österreich hingegen wieder von bescheidenem Wirtschaftswachstum geprägt. Nachdem die expansive Konjunkturpolitik vor allem im Euroraum auch mit teils massiven Anstiegen der Staatsschulden einherging (v.a. in Irland, Griechenland und Portugal), verloren in der Folge die am stärksten betroffenen EU-Mitgliedstaaten das Vertrauen der in-

ternationalen Finanzmärkte und Rating-Agenturen; entschlossene gemeinsame Euro-Rettungsmaßnahmen wurden notwendig. In diesem Zusammenhang wird die multiple Krisenbelastung in Europa deutlich: Bereits ab dem Jahr 2010 setzte diese als „Eurokrise“ bezeichnete Staatsschuldenkrise ein und wirkte sich in der Folge wiederum deutlich negativ auf das

²³² vgl. Breuss, Fritz/Kaniovski, Serguei/Schratzenstaller, Margit: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen; in: WIFO Monatsberichte 9/2009, S. 675

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Wirtschaftswachstum (v.a. im Euroraum) aus – nicht zuletzt aufgrund der EU-weit forcierten nationalen Austeritätsprogramme („EU-Sparpolitik“).

Österreich musste zwischen 2012 und 2014 mit einem realen BIP-Wachstum von unter einem Prozent kämpfen, im Euroraum insgesamt kam es sogar zu einem BIP-Rückgang. Im Vergleich dazu konnte sich beispielsweise die US-Wirtschaft relativ konstant erholen und erreichte ab 2014 wieder Wachstumsraten von deutlich über 2 Prozentpunkte (siehe Grafik 1).

17.1.2 Angespannte Arbeitsmarktlage neben Beschäftigungszuwächsen

Die Einflussfaktoren auf die sozialen Entwicklungen in Österreich gestalteten sich daher bereits seit 2008 sehr ungünstig und die wirtschaftlichen Verwerfungen machten sich unmittelbar am Arbeitsmarkt bemerkbar: Bereits im März 2009 hat sich die Zahl der beim AMS²³³ registrierten Arbeitslosen gegenüber März 2008 von 210.000 auf 271.000 (d.h. um +29%)²³⁴ erhöht. Während es in den folgenden zwei Jahren v.a. aufgrund der verstärkten aktiven Arbeitsmarktpolitik und der einsetzenden Wirkung der Konjunkturpakete zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit gekommen ist, zeigte sich in den Folgejahren bis zuletzt eine fortgesetzte Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme in Österreich: Zwischen 2011 und 2015 kam es insgesamt zu einer Zunahme um rd. 107.600 auf 354.300 Arbeitslose.

Auch im europäischen Vergleich hat sich die weithin günstigere Arbeitsmarktlage in Österreich etwas relati-

viert: Nahm die österreichische Arbeitslosenquote von Juni 2011 bis zum selben Monat im Jahr 2013 EU-weit den niedrigsten Platz ein, liegt diese derzeit im guten Mittelfeld mit 5,9% an 8. Stelle.²³⁵ Ein EU-Vergleich der Arbeitslosenquoten bzw. deren Entwicklung seit 2008 zeichnet ein vielschichtiges Bild der Problemlagen – trotz krisenbedingtem Negativtrend erweist sich die österreichische Arbeitsmarktlage jedoch weiterhin als vergleichsweise günstig (siehe Grafik 2).

Die europaweit ungleiche Verteilung der sozialen Krisenfolgen zeigt sich gerade im Bereich der Arbeitslosigkeit: Während in stark betroffenen EU-Staaten seit 2008 Anstiege von bis zu 17 Prozentpunkte stattgefunden haben und über 20% der Bevölkerung arbeitslos sind (Griechenland und Spanien), liegt der EU-28-Durchschnitt der Zunahme bei 2,4 Prozentpunkten und das Niveau der Arbeitslosigkeit zuletzt bei 8,8%.

In Österreich erfolgte im selben Zeitraum mit +1,6 Prozentpunkten eine unterdurchschnittliche Zunahme und auch das Niveau der Arbeitslosigkeit lag zuletzt im 2. Quartal 2016 mit 6,1% deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Dennoch haben die Österreicher/innen derzeit mit der höchsten Arbeitslosigkeit seit 60 Jahren zu kämpfen. In diesem Zusammenhang ist relevant, dass auch die Zahl der Beschäftigten seit 2008 um fast 150.000 Personen zugenommen hat – allerdings ist hier ausschlaggebend, in welcher Qualität diese Beschäftigungszunahme erfolgt ist. Können die zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse die gestiegene Ar-

²³³ Arbeitsmarktservice: www.ams.at > Arbeitsmarktdaten

²³⁴ vgl. Monitoring über Sozialdaten (04/2009): www.sozialministerium.at > Service | Medien > Downloads (Suchbegriff: „Sozialdatenmonitoring“)

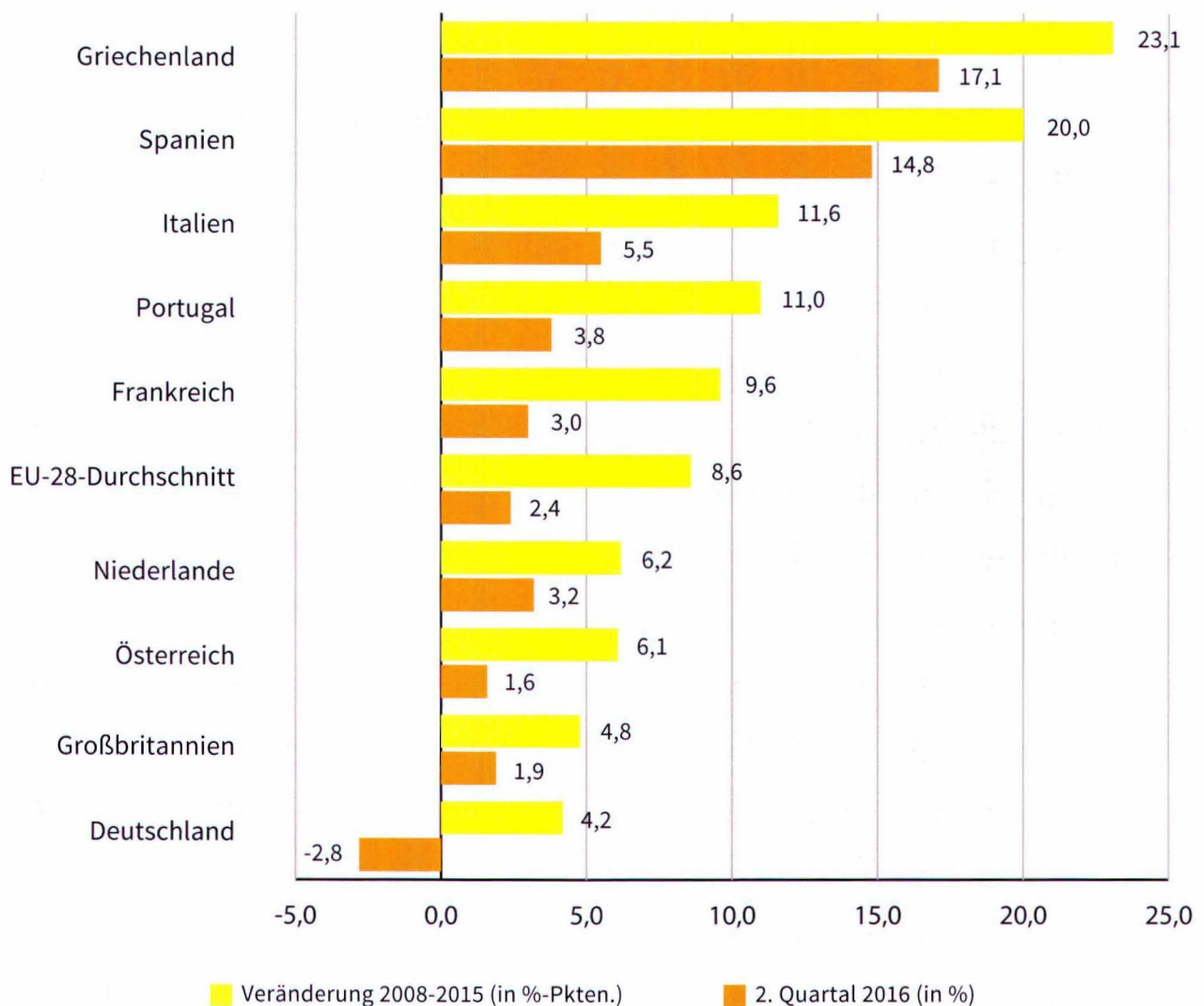
²³⁵ aktuelle Arbeitsmarktdaten: www.sozialministerium.at > Arbeit | Behinderung > Arbeitsmarkt > Arbeitsmarktdaten (Anm.: Eine Ursache für das höhere Niveau der österreichischen Arbeitslosenquote ab 2014 besteht auch in von Statistik Austria umgesetzten Verbesserungen bei der Berechnungsmethode.)

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

beitslosigkeit zumindest teilweise entschärfen, oder kennzeichnet diese steigende Beschäftigung hierfür unzureichende Eigenschaften (z.B. in Bezug auf die

verfügbare Arbeitszeit oder in Hinblick auf das Rechtsverhältnis)?

Grafik 2: Arbeitslosigkeit – Vergleich ausgewählter EU-Mitgliedstaaten seit 2008 und Stand 2016



Quelle: Eurostat (letzte Aktualisierung 6.10.2016)

Eine weitere wichtige Frage, die in diesem Beitrag geklärt werden soll, ist die Gefährdungsverteilung in Bezug auf die zunehmende Arbeitslosigkeit: Für welche Bevölkerungsgruppen kam es verstärkt zu krisenbedingten Brüchen oder Nachteilen im Erwerbsleben, wer sind die größten Verlierer/innen der Krise?

17.1.3 Stabile Konsumquote und rückläufige Sparquote

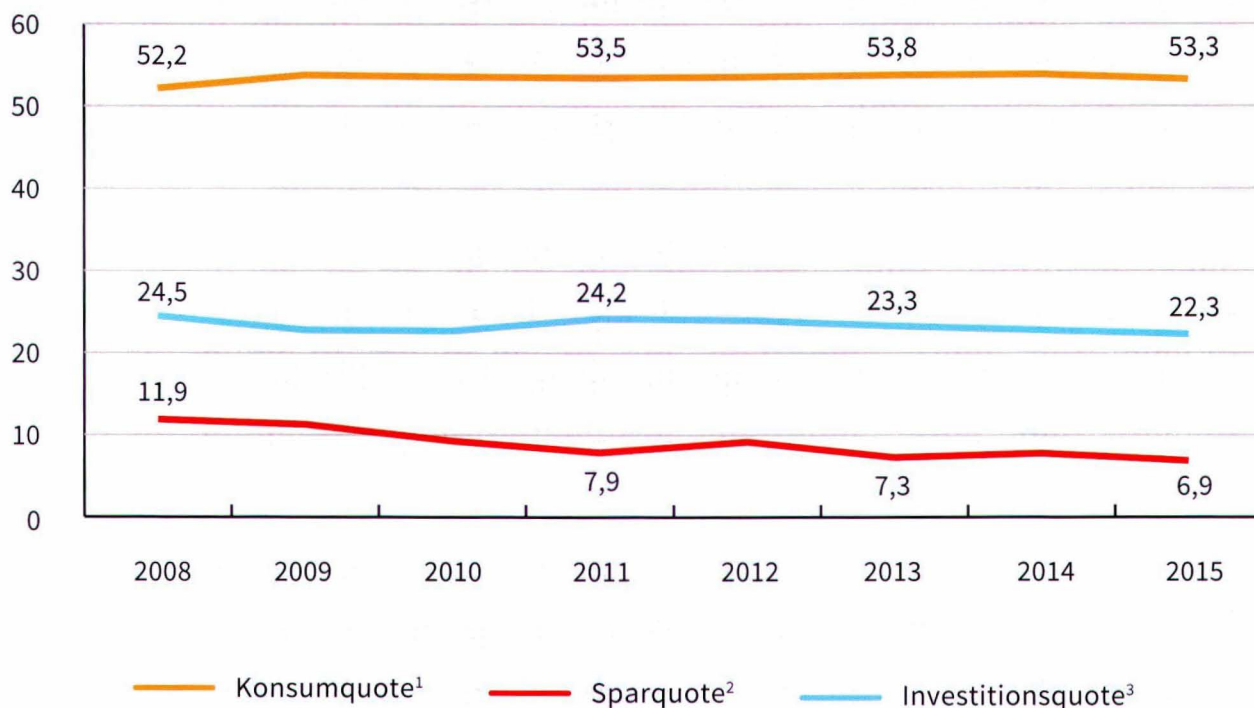
An der Schwelle des Übertritts der Krise auf die österreichische Realwirtschaft Ende 2008 war die Besorgnis groß, dass sich die Zukunftsängste der Bevölkerung in einem massiven Einbruch der Einzelhandelsumsätze

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

niederschlagen würden. Ein drastischer Rückgang des Konsums hätte die Rezession verstärkt und den positiven Effekten der Konjunkturmaßnahmen entgegengewirkt. Doch bereits das Weihnachtsgeschäft 2008

sorgte für eine erste Entwarnung²³⁶ und auch in den nächsten Jahren stärkte eine stabile Konsumquote die österreichische Wirtschaft.

Grafik 3: Konsum-, Spar- und Investitionsquote (in %) 2008-2015



Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO

¹ Konsumquote: Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt

² Sparquote (netto): Anteil des Sparens der privaten Haushalte am ges. verfügbaren Einkommen

³ Investitionsquote: Anteil der Unternehmensinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt

Daneben weist indessen eine deutlich sinkende Sparquote darauf hin, dass dieser Konsum zunehmend nicht mehr nur aus laufenden Einkommen gedeckt wurde bzw. werden kann (siehe Grafik 3); darüber hinaus bestehen auch verminderte Sparanreize infolge des Absinkens der Einlagezinsen²³⁷. Demgegenüber ist die

Investitionsquote der österreichischen Unternehmen zwar (v.a. zwischen 2012 und 2015) insgesamt um etwa 2 Prozentpunkte gesunken, ein ausgeprägter Rückgang wie bei der Sparquote der privaten Haushalte seit 2008 um 5 Prozentpunkte ist jedoch nicht feststellbar. Diese relativ stabile Investitionstätigkeit vor allem seit

²³⁶ vgl. Meldung der Austria Presse Agentur vom 22. Dezember 2008: „Christkind trotz Krise: Weihnachtsgeschäft wie Vorjahr“

²³⁷ vgl. Interview mit Rechts- und Staatswissenschaftler Dr. Wolfgang Hetzer: „Der Sparer wird schleichend enteignet“; in: Der Standard vom 17.3.2016, S. 13.

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Beginn der Krise stellt keine Selbstverständlichkeit dar, das zeigen beispielsweise Rückgänge im selben Zeitraum von über 11 Prozentpunkten in Portugal oder von rd. 4 Prozentpunkten in Italien.²³⁸

Dass die Investitionsfreudigkeit der österreichischen Unternehmen im Krisenverlauf keinen substanziellen Einbruch erlitten hat, liegt nicht zuletzt auch an den konjunkturstützenden Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung, die u.a. im nächsten Abschnitt überblickshaft dargestellt werden.

17.1.4 Krisenabfolgen und politische Gegenstrategien

Seit 2008 wirkten unterschiedliche Ausprägungen krisenhafter Entwicklungen in Europa auf Österreich ein. Diese bewirkten wiederum spezifische politische Maßnahmen. Folgende Tabelle 1 gibt hiervon einen komprimierten Überblick. Darüber hinaus kann diese Darstellung behilflich sein, in der Folge auch verteilungswirksame Entwicklungen besser einordnen zu können:

Tabelle 1: Krisenabfolgen und Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung

Wirtschafts- und Finanzkrise	
Zeitraum	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beginn: Platzen der US-Immobilienblase im Sommer 2007 ▪ Krise erfasst österreichische Realwirtschaft im Herbst 2008 ▪ einschneidendes Krisenjahr in Österreich: 2009
Verlauf	<p>US-Immobilien- und Spekulationskrise 2007: Häufung von uneinbringlichen („faulen“) Krediten; Eskalation aufgrund des Zusammenbruchs der Investmentbank „Lehman Brothers“ im September 2008; massive Kursverluste an den Börsen; weltweit massive Einbrüche bei der Industrieproduktion und ein stark angeschlagenes internationales Bankensystem führte zu stockender Kreditvergabe an die Realwirtschaft ► daher staatliche Garantien und Bankenrettungen (Verhinderung einer längerfristigen „Kreditklemme“) ► Entwicklungen führten zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (v.a. 2009) und zur Wirtschaftskrise</p>
Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorziehen der für 2010 geplanten Steuerreform auf 2009 (Entlastung v.a. für Personen mit geringem/mittlerem Jahreseinkommen; Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit; Besteuerung von Aktienoptionen für Manager/innen; höhere Freibeträge für Selbstständige inkl. Ein-Personen-Unternehmen; Familienpaket); Volumen (Abgaben-Minderaufkommen): ca. 3 Mrd. EUR/Jahr ▪ Arbeitsmarktpakete I und II (rd. 570 Mio EUR 2009/2010) ▪ Konjunkturpaket I (Beschluss Oktober 2008): Investitionen in Infrastruktur, Finanzierungskosten senkung für Unternehmen (Ausweitung staatlicher Haftungen und Garantien sowie Ermöglichung günstiger Kreditkonditionen zur Abwendung der befürchteten „Kreditklemme“), Erhöhung der Einkommen privater Haushalte, Unterstützung österreichischer Export-Unternehmen und Investoren; Volumen: insg. ca. 2,2 Mrd. EUR für 2009 und 2010 ▪ Konjunkturpaket II (Beschluss Dezember 2008): regionale Beschäftigungsoffensive, kostenloses Kindergartenjahr, Forschungsförderung, Investitionen in Infrastruktur (v.a. Bauwirtschaft); Volumen: insg. ca. 1,6 Mrd. EUR für 2009 und 2010

²³⁸ Bruttoinvestitionsquoten – Eurostat-Abfrage vom 31.8.2016 (<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>)

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Fortsetzung Tabelle 1:

	Staatsschulden- bzw. Eurokrise
Zeitraum	Beginn ab 2010, nachdem Griechenlands Kreditwürdigkeit von der Ratingagentur „Standard&Poor“s“ im Oktober des Vorjahres herabgesetzt wurde; sukzessives „Downgrading“ Griechenlands und weiterer Staaten der Eurozone (v.a. Italien, Spanien, Portugal und Zypern) sowie negative Trendeinschätzungen für fast alle Mitgliedstaaten der Eurozone; tendenzielle Entspannung ab 2014
Verlauf	<p>Staatsschuldenkrisen von Euro-Mitgliedstaaten: unterschiedliche Ausprägungen je nach Eurozonen-Mitglied; im Mittelpunkt standen jeweils Herabstufungen der Kreditwürdigkeit (durch Ratingagenturen) aufgrund hoher Staatsverschuldungen, die sich u.a. im Zuge der Konjunkturprogramme nach Eintritt der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärften (betroffen waren insbesondere Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland, Zypern und Slowenien); die betroffenen Euro-Mitgliedsstaaten erhielten auf den internationalen Finanzmärkten keine leistbaren Refinanzierungen mehr ► EU-Länder mit ausreichender Bonität stellten Darlehen bereit („Euro-Rettungsschirm“, ESM¹); gleichzeitig setzte die EU Initiativen zur Haushaltsdisziplin v.a. der Eurozonen-Mitgliedstaaten („Schuldenbremse“ = EU-Fiskalpakt, „Sixpack“²) ► die gesamte Eurozone wurde wirtschaftlich geschwächt (die in vielen Staaten umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen erschwerten zusätzlich die konjunkturelle Erholung; in vielen Krisenländern kam es zu Kürzungen im Sozialsystem und Kaufkraftverlusten)</p> <p>Budgetkonsolidierung in Österreich ab 2010 > „Sparpaket“-Einigung 2012:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ sturkturelles gesamtstaatliches Defizit soll nach den Maßnahmen den Zielen der österreichischen „Schuldenbremse“² entsprechen (2017 max. 0,45% des BIP); Volumen insgesamt: 26,5 Mrd. EUR (2012 bis 2016) <p>Maßnahmen-Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage (Arbeitslosen- und Pensionsversicherung) ▪ Aufnahmestopp für den öffentlichen Dienst bis 2014 ▪ Verwaltungsreformen (Einsparungen u. Effizienzsteigerungen) ▪ Streichung der Spekulationsfrist beim Immobilien-Verkauf ▪ bis 2016 befristeter Solidarbeitrag (Angestellte ab 184.000 EUR brutto/Jahr) ▪ Abgeltungsabgabe für unbesteuerterte Gelder auf schweizerischen Konten ▪ Befürwortung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach EU-Modell ▪ Halbierung der staatlichen Prämie für die Privatvorsorge und das Bausparen <p>In bestimmten Bereichen aber auch zusätzliche Investitionen (2012-2016):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schulen (1,6 Mrd. EUR), Universitäten (Uni-Milliarde ab 2013), Gesundheit, Infrastruktur, Sicherheit, Arbeitsmarkt (750 Mio. EUR Arbeitsmarktoffensive für Ältere), Pflege (Verlängerung des Pflegefonds); bestehende „Offensivmittel“ blieben unangetastet ▪ keine Anhebung von Massensteuern
Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung	

Quellen: Bundeskanzleramt, BMF, IHS, WIFO

¹ ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus (www.esm.europa.eu)² Information des Europäischen Parlaments: www.europarl.europa.eu > Informieren > Kurzdarstellungen zur Europäischen Union > Wirtschafts- und Währungsunion > Kapitel 4.2.1 „Ein neuer Rahmen für die Fiskalpolitik“

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Diese Übersicht zeigt, dass in der Abfolge der Krisenentwicklungen zunächst kaufkraftstärkende sowie investitionsstützende Maßnahmen getroffen wurden (Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen durch das Vorziehen der Steuerreform, Konjunkturpakete mit starkem Schwerpunkt auf Infrastruktur-Investitionen). In einem späteren Schritt wurden jedoch im Rahmen des Konsolidierungspakets öffentliche Ausgaben wieder reduziert. Denn wie in anderen EU-Staaten auch hat sich in Österreich der öffentliche Schuldenstand seit 2008 stark erhöht, nämlich bis 2015 um insgesamt rd. 18 Prozentpunkte auf ca. 86% des BIP. Allerdings relativieren Vergleiche zu Entwicklungen in anderen Eurozonen-Staaten im selben Zeitraum wie Italien (+30,3 Prozentpunkte auf 132,7%), Portugal (+57,3 Prozentpunkte auf 129%) oder Griechenland (+67,5 Prozentpunkte auf 176,9%) das Ausmaß des krisenbedingten Staatsschuldenzuwachses in Österreich.²³⁹

Dessen ungeachtet wurden – v.a. vor dem Erfahrungshintergrund der rigorosen Kreditwürdigkeitsherabstufungen von (krisengebeutelten) Staaten – in Österreich und ganz Europa Konsolidierungspakete geschnürt (siehe Tabelle 1). Diese „kollektive EU-Sparpolitik“ verminderte die wirtschaftliche Dynamik des Euroraums in den letzten Jahren deutlich.

In Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung in Österreich wurde aber auch erkennbar, dass die Stärkung der Verteilungsgerechtigkeit zunehmende Bedeutung bei der Gestaltung der politischen Maßnahmen einnahm: Neben der Einführung eines Solidar-

beitrags von Personen mit sehr hohen Einkommen wurden auch mit Hilfe der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und mit der Streichung der Spekulationsfrist bei Immobilienverkäufen diesbezügliche Akzente gesetzt.

Die Tatsache, dass die Wirtschaftskrise ihren Ursprung in einer Spekulationskrise hatte, führte zu einer verstärkten Sensibilisierung dahingehend, dass die Kosten der Sparpakete nicht zu Lasten jener Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen gehen sollten. Eine in Bezug auf das Einnahmenvolumen symbolische Entscheidung, welche diese Haltung vermitteln sollte, war die Wiedereinführung der Schaumweinsteuer („Sektsteuer“) 2014²⁴⁰, während das Sparpaket dezidiert keine Erhöhung von Massensteuern²⁴¹ vorsah.

All diese Akzentuierungen müssen aber im Kontext der Dimensionen budgetärer Anstrengungen, die beispielsweise im Rahmen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes zu Beginn der Wirtschaftskrise bereits 2008 getroffen wurden, relativiert werden: Der österreichische Bankensektor wurde durch Übernahme von Haftungen sowie Gewährung von Darlehen an Bank- und Finanzinstitute, durch Zuführung von Eigenmitteln und z.T. durch Übernahme von Eigentumsrechten in Ausnahmefällen (z.B. Kommunalkredit, Hypo Alpe Adria) massiv gestützt. Bereits damals wurde vom Gesetzgeber ein finanzieller Rahmen von bis zu 22 Milliarden EUR zur Verfügung gestellt, wobei die Instrumente „Zuführung von Eigenkapital“ sowie „Übernahme von staatlichen Haftungen“ am stärksten in Anspruch ge-

²³⁹ Eurostat-Daten „Öffentlicher Schuldenstand“ (letztes Update vom 10.10.2016)

²⁴⁰ vgl. Linsinger, Eva: Sektsteuer: Abgaben für „Reiche und Lustige“ haben eine lange Tradition; in: Profil 17.12.2013: <http://www.profil.at/oesterreich/sektsteuer-abgaben-reiche-lustige-tradition-370729> (Anm. d. Verf.: Laut Angaben des Bundesministeriums für Finanzen lag der Abgabenerfolg bei der Schaumweinsteuer im Jahr 2015 bei rd. 20 Mio. EUR.)

²⁴¹ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Konsolidierungspaket 2012-2016; Wien Februar 2012, S. 2.

nommen wurden.²⁴² Der österreichische Fiskalrat bezifferte indessen, dass bis Ende 2015 insgesamt 35,7 Mrd EUR der Bruttoverschuldung auf Maßnahmen im Rahmen des Bankenpakets zurückzuführen sind.²⁴³

Daneben berechnete die Statistik Austria die erwarteten Gesamtkosten für die österreichischen Steuerzahler/innen, welche sich alleine im Zuge der Verstaatlichung der gescheiterten Hypo Alpe Adria-Bank bzw. im Zusammenhang mit deren Abbaugesellschaft HETA²⁴⁴ ergeben, auf insgesamt 12,5 Mrd. EUR²⁴⁵. Die Ausgestaltung einer gerechten Verteilung diesbezüglicher budgetärer Einschränkungen wird eine der großen zukünftigen Herausforderungen darstellen.

Im Vergleich dazu: Die jährlichen Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) beliefen sich 2015 – ebenfalls laut Statistik Austria – auf 0,8 Mrd. EUR (das sind 0,8% an den gesamten Sozialausgaben).

17.1.5 Aktuelle Herausforderungen und Ausblick

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit 2008 kommt auch dem im Jahr 2015 von Österreich geleisteten Beitrag bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen nach Europa²⁴⁶ eine verteilungspolitische Dimension zu: Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre wird zweifelsfrei in der erfolgreichen Bewältigung der beruflichen und sozialen Integration dieser Bevölkerungsgruppe liegen.

Erste Erhebungen des Arbeitsmarktservice (AMS) zeigen, dass die beruflichen Kompetenzen der flüchtenden Menschen unterschiedlich ausgeprägt sind: Während beispielsweise von den Flüchtlingen aus Afghanistan nur 26% eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung erworben haben, liegt dieser Anteil bei den erhobenen Personen aus Syrien bei 67%. Das AMS hat in diesem Zusammenhang 2016 rund 68 Mio. EUR für Maßnahmen zur Integration von Asylberechtigter in den Arbeitsmarkt investiert, v.a. in Form von Deutschkursen, Aus- und Weiterbildungen und im Bereich der Anerkennung von Qualifikationen.²⁴⁷

Europa steht weiterhin vor großen Herausforderungen – nicht nur in Bezug auf die Flüchtlingskrise. Auch das eingetretene Pro-Brexit-Votum in Großbritannien hat neue wirtschaftliche und europapolitische Unsicherheiten hervorgerufen. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und WIFO prognostizierten im Herbst 2016 für das laufende Jahr ein reales BIP-Wachstum von 1,7% und für 2017 mit 1,5% einen Wert im Euroraum-Durchschnitt. Darüber hinaus wurde festgehalten, dass der private Konsum 2016 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen ist und das österreichische Wirtschaftswachstum in selben Jahr mit +1,7% den Rückstand zum Euro-Raum und zu Deutschland überwunden habe. Darüber hinaus schätzen die WIFO-Experten/Expertinnen die negativen Effekte des „Brexit“ auf Österreichs Wirtschaft als geringfügig ein (weniger als 0,1% des BIP 2017).²⁴⁸

²⁴² vgl. Bundesministerium für Finanzen: www.bmf.gv.at > Finanzmarkt > Finanzmarktstabilitätspaket

²⁴³ vgl. Information des Büros des Fiskalrates vom 12. Jänner 2016: Das „österreichische Bankenpaket“ und die Staatsfinanzen (www.fiskalrat.at > Publikationen > Sonstige Studien)

²⁴⁴ HETA ASSET RESOLUTION AG (www.heta-asset-resolution.com)

²⁴⁵ vgl. Meldung der Austria Presse Agentur vom 26. Juni 2016: „Hypo-U-Ausschuss – Hypo als Milliardengrab für Steuergeld“

²⁴⁶ laut Asylstatistik des Innenministeriums rd. +60.300 Anträge im Vergleich zum Jahr 2014

²⁴⁷ vgl. Sozialministerium > Service | Medien > News & Veranstaltungen > Archiv (12.1.2016): „Kompetenzchecks als Ausgangsbasis für Flüchtlingsintegration“

²⁴⁸ vgl. WIFO: Prognose für 2016 und 2017: Konsum wächst erstmals seit drei Jahren wieder, Wien, September 2016, S. 1-6

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Trotz dieser günstigeren konjunkturellen Aussichten prognostiziert das Arbeitsmarktservice auch für 2017 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, da v.a. das Arbeitskräfteangebot stärker als die Beschäftigung zunehmen werde.²⁴⁹ Eine zuletzt veröffentlichte mittelfristige WIFO-Prognose erwartet aus demselben Grund sinkende Arbeitslosenzahlen in Österreich erst für das Jahr 2021.²⁵⁰

17.2 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Im ersten Abschnitt wurde die allgemeine Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2008 dargestellt. Dieser Teil des Beitrags soll die spezifische Verteilung dieses Anstiegs sowie des gleichzeitigen Beschäftigungszuwachses beleuchten.

17.2.1 Merkmale des Anstiegs der Arbeitslosigkeit 2008 bis 2015

Während sich zunächst im Krisenjahr 2009 die gestiegene Arbeitslosigkeit vor allem auf die Berufsgruppe „Industrie und Gewerbe“ konzentrierte (aufgrund der bereits erwähnten Einbrüche bei der Industrieproduktion), verteilten sich die Anstiege in den Folgejahren über alle Branchen weitgehend ausgleichend, sodass sich mittlerweile kein Wirtschaftszweig als markanter „Krisenverlierer“ abhebt.

Bei einer Betrachtung in Bezug auf die Ausgangslage 2008 vermitteln soziodemografische Eigenschaften wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand oder Staatsangehörigkeit der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ein aussagekräftigeres Bild (siehe Tabelle 2):

Tabelle 2: Zahl der arbeitslosen Personen nach Bildung, Alter und Geschlecht 2008-2015

	Insgesamt			Absolute Veränd. 2008-2015	Veränderung 2008-2015 in %		
	2008	2009	2015		Insgesamt	Frauen	Männer
Bildung							
Kein Schulabschluss	12.063	14.057	23.220	+11.157	+92,5	+86,5	+97,1
Pflichtschule	87.134	104.478	141.029	+53.895	+61,9	+52,9	+69,3
Lehrausbildung	73.598	93.140	115.401	+41.803	+56,8	+48,7	+61,2
Höhere Schule	17.539	22.073	33.464	+15.925	+90,8	+82,5	+99,9
Akademische Ausbildung	8.649	10.663	21.515	+12.866	+148,8	+149,2	+148,3
Alter							
jünger als 25 Jahre	34.069	42.908	46.701	+12.632	+37,1	+26,0	+45,8
von 25 bis unter 50 Jahre	134.564	165.672	213.816	+79.252	+58,9	+53,2	+63,8
ab 50 Jahre	43.620	51.728	93.814	+50.194	+115,1	+116,5	+114,2
Insgesamt¹	212.253	260.309	354.332	+142.079	+66,9	+59,7	+72,6

Quelle: BaliWeb-Abfrage; AMS, HVS

¹ Die Summe der Arbeitslosen in allen Bildungskategorien ist geringer als jene in der Zeile „Insgesamt“, da unter diesen auch die Kategorien „Unbegeklärt“ und „Mittlere Ausbildung“ enthalten sind, die nicht ausgewiesen wurden.

²⁴⁹ vgl. AMS/Synthesis Forschung: Vorübergehend verlangsamter Anstieg der Arbeitslosigkeit – Quartalsprognose zum österreichischen Arbeitsmarkt 2016/2017; Wien, September 2016, S. 5-9

²⁵⁰ vgl. WIFO-Presseinformation: Mittelfristige WIFO-Prognose: Arbeitslosigkeit steigt bis 2019/20 weiter; Wien, Oktober 2016, S. 1-2

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Im Krisenjahr 2009 erfolgte die Zunahme der Arbeitslosigkeit noch in allen drei dargestellten Altersgruppen relativ gleichmäßig (mit einer geringfügig höheren relativen Betroffenheit der jüngeren Bevölkerung). In der Gesamtbetrachtung der Kategorie „Alter“ ist jedoch auffallend, dass die stärkste absolute Zunahme mit rd. 79.300 Personen zwar erwartungsgemäß bei den Personen im Erwerbssalter zwischen 25 und 50 Jahren stattgefunden hat; die höchste relative Zunahme ist zwischen 2008 und 2015 hingegen mit 115% bei den älteren Erwerbstätigen festzustellen.²⁵¹

In diesen Zahlen schlagen sich neben demografischen Effekten aber auch langfristige Bemühungen der Bundesregierung nieder, frühzeitige Pensionierungen zurückzudrängen und mit Hilfe beruflicher Rehabilitierungsmaßnahmen die Zahl der (unbefristeten) Invaliditätspensionistinnen/-pensionisten zu begrenzen.

Betrachtet man die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Beginn der Krise nach dem Bildungsstatus, zeigt sich eine vielschichtige Entwicklung seit 2008: Einerseits wird deutlich, dass jene Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, in absoluten Zahlen mit einer Zunahme um fast 54.000 auf rd. 141.000 Arbeitslose bis zum Jahr 2015 die größte Risikogruppe darstellen; andererseits kam es beispielsweise auch bei den Akademikerinnen/Akademikern zu einem spürbaren Anstieg (rd. +13.000 Personen), wobei hier das Niveau mit etwa 21.500 arbeitslosen Personen hingegen deutlich geringer ist.

Denn während Personen ohne einen die Pflichtschule übersteigenden Bildungsabschluss seit 2008 in etwa konstant einen Anteil von 46% an den gesam-

ten Arbeitslosen einnehmen, liegt der Akademiker/innen-Anteil 2015 bei nur 5% (2008: 3,3%). Die Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss sind in diesem Zeitraum an beiden „Extremen“ gestiegen: Jene der Nur-Pflichtschul-Abgänger/innen um fast 12 Prozentpunkte auf 26% im Jahr 2015; jene der Akademiker/innen um 1,5 Prozentpunkte auf 3,4%.²⁵²

In diesem Sinne konnte höhere Bildung zwar nicht gänzlich vor der zunehmenden Arbeitslosigkeit schützen – ein deutliches Signal ist aber, dass sich insgesamt etwa 45% der gesamten Zunahme der Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2015 auf Personen mit keinem oder nur Pflichtschulabschluss verteilt hat.

Die geschlechtsspezifische Verteilung zeigt in fast allen Bildungskategorien (außer bei den „Akademischen Ausbildungen“) sowie in der Gesamtbetrachtung eine deutlich stärkere prozentuelle Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Männern. Zwischen 2008 und 2015 erhöhte sich der Anteil der Männer an den gesamten arbeitslosen Personen um etwa zwei Prozentpunkte auf rd. 58%.

Ausländer/innen kämpfen in Österreich seit 2008 mit einem deutlich erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko: Lag der Anteil der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft an den gesamten Arbeitslosen vor Beginn der Krise bei 82%, so sank dieser Anteil bis 2015 um rd. 10 Prozentpunkte auf 73%. Insbesondere Personen aus Drittstaaten sind in Österreich einem zunehmenden Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt: Während ihr Bevölkerungsanteil laut Statistik Austria 2015 nur rd. 6,6% umfasst, lag ihr Anteil an den gesamten Arbeitslosen im selben Jahr bei rd. 16%. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass auch das Arbeitskräfte-

²⁵¹ Es bestehen hier auch geringfügige Effekte der Alterung (langzeitbeschäftigungslose Personen fallen innerhalb des Beobachtungszeitraumes in eine höhere Alterskategorie).

²⁵² vgl. www.ams.at > Arbeitsmarktdaten > Berichte und Auswertungen > Arbeitsmarkt & Bildung

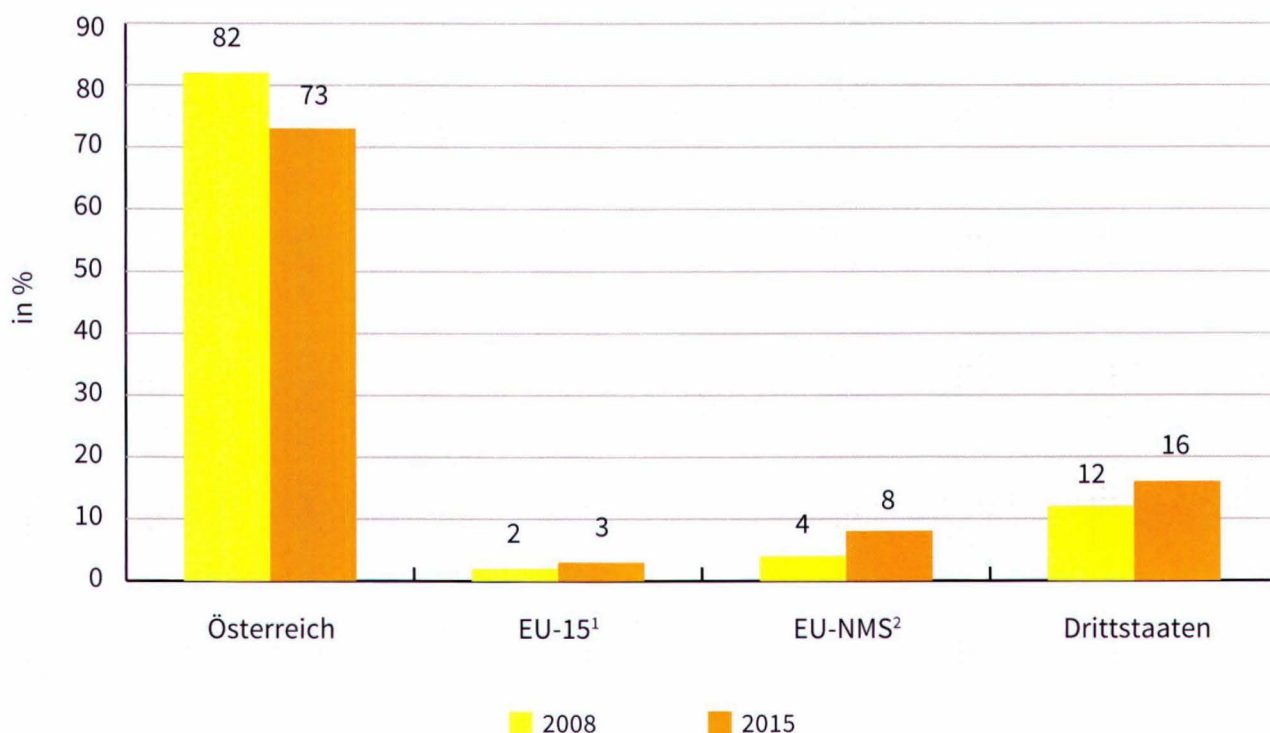
17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

potenzial²⁵³ im selben Zeitraum um beinahe 290.000 Personen oder 8% angewachsen ist.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit weist auf eine zunehmende Zahl von Personen hin, die gravierende Probleme haben, wieder ein geregeltes Erwerbsleben führen zu können. Diese Verteilung der Dauer der Arbeitslosigkeit wurde in den Jahren seit Beginn der Krise ebenfalls ungleicher: Während der Anteil jener arbeitslosen Personen, die

länger als zwölf Monate von Arbeitslosigkeit betroffen waren, zwischen 2008 und 2015 um sieben Prozentpunkte angestiegen ist und sich die Gesamtzahl jener Personen insgesamt versechsfachte, blieb jener Anteil der zwischen drei und sechs Monate arbeitslos Gemeldeten relativ konstant. Demgegenüber sank hingegen der Anteil jener Personen, die nur kurze Arbeitslosigkeitsperioden von unter drei Monaten erleben im gesamten Zeitverlauf sogar um 17 Prozentpunkte.

Grafik 4: Veränderung der Anteile an den gesamten arbeitslosen Personen nach Staatsangehörigkeit zwischen 2008 und 2015



Quelle: BaliWeb-Abfrage; AMS, HVS

¹ ohne Österreich

² EU-Mitgliedstaaten der Erweiterungsrunden 2004, 2007 inkl. Kroatien

²⁵³ Das Arbeitskräftepotenzial (nationale Definition) umfasst alle unselbstständig Erwerbstätigen und die registrierten arbeitslosen Personen.

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Tabelle 3: Arbeitslose Personen nach Vermerk- bzw. Verweildauer 2008-2015

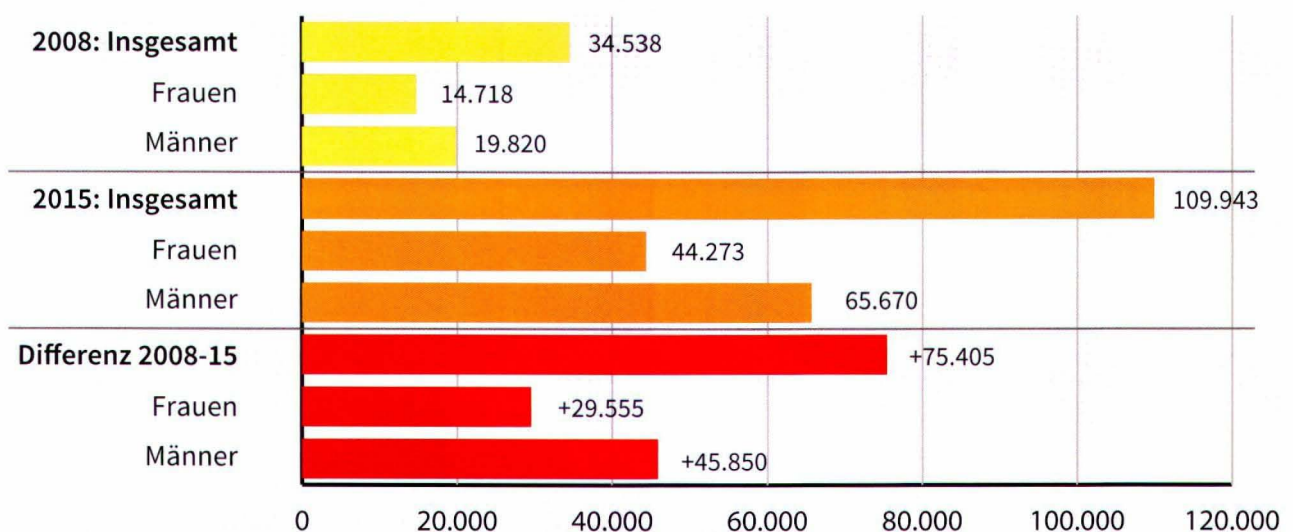
	2008	2015	Veränderung 2008-15 in %	Anteile 2015 in %	Veränd. der Anteile 08-15 in %-Punkten
bis unter 3 Monate	139.988	173.866	+24	49	-17
3 Monate bis unter 6 Monate	45.164	78.701	+74	22	+1
6 Monate bis unter 1 Jahr	21.355	67.004	+214	19	+9
1 Jahr und länger	5.746	34.760	+505	10	+7

Quelle: Quelle: BaliWeb-Abfrage; AMS, HVS

Mit fortwährender Dauer der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wird somit auch jene Personengruppe größer, der es aufgrund unterschiedlicher Nachteile (v.a. Qualifikationshintergrund und gesundheitliche Probleme) besonders schwerfällt, einen neuen Arbeitsplatz zu finden bzw. langfristig zu behalten. Diese Tendenz bildet sich noch deutlicher in der Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Personen ab: Im Un-

terschied zur Kategorie „Langzeitarbeitslosigkeit“ werden bei diesem Konzept all jene berücksichtigt, die länger als 365 Tage als arbeitslos registriert sind oder auch an einer (AMS-)Schulung teilnehmen bzw. sich auf Lehrstellensuche befinden. Erst eine Unterbrechung von über 62 Tagen (längere Krankheit oder Arbeitsaufnahme²⁵⁴) unterbricht Langzeitbeschäftigungslosigkeit.

Grafik 5: Langzeitbeschäftigungslosigkeit 2008-2015 (in Personen)



Quelle: AMS

²⁵⁴ „Bezugssperre“ gilt nicht als Unterbrechung.

Wie in Grafik 5 ersichtlich wird, kam es zwischen 2008 und 2015 zu einem deutlichen Anstieg dieser von der angespannten Arbeitsmarktlage am schwerwiegendsten betroffenen Bevölkerungsgruppe: Der Zuwachs um rd. 75.400 Personen auf insgesamt rd. 110.000 Personen bedeutet zudem mehr als eine Verdreifachung dieser von langfristiger Erwerbsferne geprägten Menschen. Laut einer Darstellung des AMS lag der Langzeitbeschäftigungslosen-Anteil an den arbeitslosen Männern im November 2015 mit 34,2% höher als jener unter den arbeitslosen Frauen (28,4%). Darüber hinaus sind arbeitslose Personen ab 45 Jahren (+8%-Pkte.), Arbeitslose mit höchstens Pflichtschulabschluss (rd. +4%-Pkte.) sowie v.a. jene mit einer gesundheitlichen Vermittlungseinschränkung (+21%-Pkte.) überdurchschnittlich von Langzeitbeschäftigungslosigkeit betroffen.²⁵⁵

Junge Menschen mit ähnlich gelagerten Schwierigkeiten am Beginn ihrer Erwerbskarrieren werden mit der Kennzahl NEET²⁵⁶ erfasst. Es handelt sich hierbei um Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die erwerbslos sind und auch an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen (EU-Definition). Wenngleich Österreich bei dieser Kennzahl insgesamt zwischen 2008 und 2015 einen weitgehend konstanten Verlauf vorweisen kann und mit zuletzt 7,5% im Vergleich zum EU-Durchschnitt (12%) ein relativ geringes Niveau einnimmt, besteht doch ein geschlechtsspezifischer Unterschied im Zeitverlauf: Während die männliche NEET-Quote seit 2008 um fast einen Prozentpunkt auf 7,7% zugenommen hat, ist jene der jungen Frauen im selben Vergleichszeitraum 0,8 Prozentpunkte zurückgegangen.

Über den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet wurde der höchste NEET-Wert in Österreich mit 8,2% im Krisenjahr 2009 gemessen.²⁵⁷

17.2.2 Steigende Beschäftigungszahlen durch Frauen und Teilzeit

Auch wenn dieser Befund widersprüchlich erscheint: Die – wie bereits beschrieben – fast kontinuierlich steigende Arbeitslosigkeit in Österreich seit Beginn der Krise(n) ging mit steigenden Beschäftigungszahlen einher. Um diese Aussage nachvollziehbar zu machen, lohnt sich ein Blick auf die Qualität dieser neuen (unselbstständigen) Beschäftigungsverhältnisse.

Eine Möglichkeit liegt in der Betrachtung der Verteilung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen: Während 2008 die Teilzeitquote, also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den gesamten unselbstständig Erwerbstätigen, insgesamt bei 23% lag, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2015 auf 28%. Dieser Anstieg ist bei beiden Geschlechtern erfolgt, jedoch nicht im selben Ausmaß und vor allem auch nicht vom selben Niveau ausgehend: Während die Frauen-Teilzeitquote von 2008 bis 2015 um 5,7 Prozentpunkte angewachsen ist und am Ende dieses Zeitraums den Wert 47,8% eingenommen hat, stieg diese bei den Männern im selben Zeitraum um 3,2 Prozentpunkte, erreichte aber auch 2015 den vergleichsweise niedrigen Wert von 9,8%.

Mit Hilfe von Tabelle 4 wird ersichtlich, dass die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten im Vergleichszeitraum insgesamt um knapp 156.000 Personen (+4,5%) angestiegen ist, dieser Zuwachs aber nur Teilzeit-

²⁵⁵ vgl. *Arbeitsmarktservice Österreich: Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit; Spezialthema zum Arbeitsmarkt, November 2015, S. 3: http://www.ams.at/_docs/001_spezialthema_1115.pdf*

²⁵⁶ NEET = Not in Education, Employment, or Training

²⁵⁷ Eurostat-Abfrage: *nichterwerbstätige Jugendliche, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen (NEET), Altersgruppe der 15-24-Jährigen (<http://ec.europa.eu/eurostat> - Code: tesem150)*

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Erwerbstätige umfasst; in Summe kam es von 2008 bis 2015 zu einem Anstieg der Teilzeit-Beschäftigten von rd. 213.400 Personen, die Zahl der Vollzeit-Erwerbstä-

tigen nahm hingegen im selben Zeitraum um 57.400 ab.

Tabelle 4: Entwicklung unselbstständig Erwerbstätige 2008-2015, nach Voll-/Teilzeit und Geschlecht

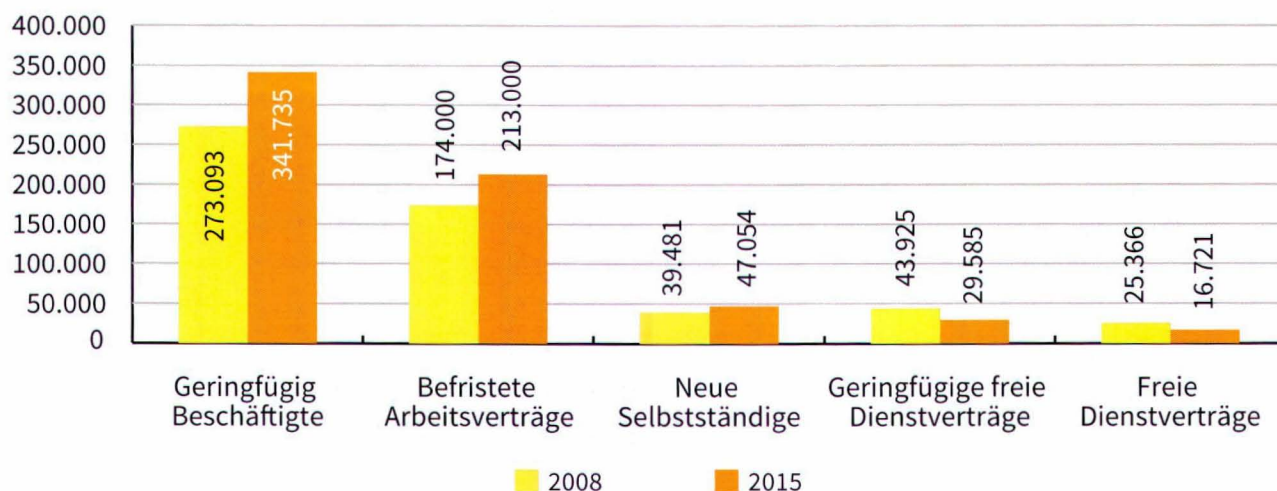
	Unselbstständig Erwerbstätige im Jahr 2015	Gesamtentwicklung Veränd. seit 2008		Vollzeit-Erwerbstätige Veränd. seit 2008		Teilzeit-Erwerbstätige Veränd. seit 2008	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	3.609.200	+155.900	+4,5%	-57.400	-2,2%	+213.400	+26,5%
Männer	1.875.900	+32.100	+1,8%	-28.100	-1,6%	+60.200	+49,7%
Frauen	1.751.300	+123.900	+7,6%	-29.300	-3,1%	+153.200	+22,4%

Quelle: Statistik Austria; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Netto-Beschäftigungszuwachs zu rd. 79% von Teilzeit arbeitenden Frauen getragen wird – wohingegen die Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse bei beiden Geschlechtern seit 2008 deutlich sowohl bei Männern (-1,6%) als auch bei Frauen (-3,1%) abnehmen.

Eine weitere wesentliche Perspektive besteht in der Entwicklung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse: In Grafik 6 werden die Veränderungen für folgende Hauptkategorien atypischer Beschäftigungsformen dargestellt: geringfügig Beschäftigte, befristete Arbeitsverträge, „Neue Selbstständige“, geringfügige freie Dienstverträge und andere freie Dienstverträge.

Grafik 6: Atypische Beschäftigung 2008-2015



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Eurostat

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Die zunehmende Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung hält an: Im Jahr 2015 gab es rd. 68.600 mehr geringfügig Beschäftigte als 2008. Auch diese Entwicklung ist in den Kontext der angespannten Arbeitsmarktlage zu setzen, da der monatliche Richtwert für geringfügige Beschäftigung²⁵⁸ als Zuverdienstgrenze beim Arbeitslosengeld und bei der Notstandshilfe sowie auch beim Bezug vorzeitiger Pensionsleistungen (z.B. Korridor pension) herangezogen wird. So haben beispielsweise allein die Fälle einer Kombination zwischen geringfügiger Beschäftigung und dem Bezug einer Arbeitslosenleistung bereits zwischen 2008 und dem darauffolgenden Jahr um 1,3 Prozentpunkte (rd. +4.600 Fälle) zugenommen.²⁵⁹ Bis zum Jahr 2015 betrug die Zunahme bei dieser Kombination (seit 2008) insgesamt rd. 23.500 Personen²⁶⁰.

Auch die befristeten Arbeitsverhältnisse haben seit 2008 stark zugenommen, nämlich um 39.000 oder 22% auf rd. 213.000 Verträge im Jahr 2015. Dieser Trend liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt (+1,4%); in Deutschland kam es bei den befristeten Arbeitsverträgen im selben Vergleichszeitraum sogar zu einem Rückgang von rd. 3%.

2015 arbeiteten darüber hinaus rd. 47.000 Menschen als „Neue Selbstständige“ und damit um ca. 7.600 mehr als 2008. Diese wachsende Zahl an Unternehmer/innen ohne Gewerbeschein(pflicht) sind in Bereichen tätig, die früher in erster Linie unselbstständige

Beschäftigungsverhältnisse begründeten (z.B. Therapeutinnen/Therapeuten, Gutachter/innen, Autorinnen/Autoren, Vortragende)²⁶¹. Während 2008 nur rd. 42% der „Neuen Selbstständigen“ Frauen waren, erhöhte sich dieser Anteil bis 2015 auf knapp 45%.

Bei den „Freien Dienstverträgen“ ist im selben Zeitverlauf hingegen eine deutliche und kontinuierliche Reduktion feststellbar (auch bei der Variante unter der Geringfügigkeitsgrenze). Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt von gewerkschaftlichen Forderungen unterstützt, welche davon ausgehen, dass der Großteil der Freien Dienstnehmer/innen aus rechtlicher Sicht eigentlich (kollektivvertraglich geregelte) Angestelltenverträge erhalten müssten.²⁶² Darüber hinaus wurden Kostenvorteile für Arbeitgeber/innen reduziert, da Freie Dienstnehmer/innen ab 2008 sowohl in die Arbeitslosenversicherung, in die „Abfertigung NEU“ als auch in die Insolvenzentgeltsicherung einbezogen wurden.

Vollzeit-Arbeitsvolumen geringer als 2008

Ein Jahresvergleich zwischen 2008 und 2015 zum Gesamtausmaß des Arbeitsvolumens, das sind die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden unselbstständig Beschäftigter, bestätigt die Tendenz zur Teilzeit in Österreich und zeigt darüber hinaus einen Trend zur Reduktion geleisteter Überstunden. In der Gesamtbetrachtung hat das Arbeitsvolumen unselbstständig Beschäftigter, Selbstständiger und Mithelfender²⁶³ seit 2008 um 5% abgenommen.²⁶⁴

²⁵⁸ monatliche „Geringfügigkeitsgrenze“ 2016: 415,72 EUR

²⁵⁹ vgl. Riesenfelder, Andreas u.a.: *Geringfügige Beschäftigung in Österreich; Sozialpolitische Studienreihe – Band 9*, Wien 2011, S. 58

²⁶⁰ Durchschnitt Jänner bis Oktober 2015 (Quelle: AMS DWH)

²⁶¹ vgl. www.help.gv.at > Suchbegriff: Neue Selbstständige

²⁶² vgl. Kainrath, Verena: *Frei, billig, ungeschützt*; in: *Der Standard* vom 31. Juli 2013, S. 17

²⁶³ Das sind z.B. Familienangehörige, die in einem Familienbetrieb mitarbeiten.

²⁶⁴ Diese Daten beruhen auf der Arbeitskräfteerhebung nach dem Inländerkonzept; werden Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herangezogen, die auch jene steigende Anzahl ausländischer Beschäftigter berücksichtigt, die im Ausland wohnen (Einpendler/innen), ergibt sich ein Anstieg beim Arbeitsvolumen (nähere Informationen dazu siehe Kapitel 16 „Verteilung der Arbeitszeit“ im Abschnitt 16.1).

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Tabelle 5: Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in der Haupttätigkeit, insgesamt; Summe in Mio. Stunden

	Unselbstständige							
	Insgesamt ¹		davon				darunter	
	2015	Veränd. in % zu 2008	Vollzeit	Veränd. in % zu 2008	Teilzeit	Veränd. in % zu 2008	Überstunden	Veränd. in % zu 2008
Insgesamt	6.654,3	-5,0%	4.668,2	-7,6%	929,0	+22,9%	253,0	-27,2%
Industrie und Gewerbe²	1.837,5	-4,5%	1.583,1	-6,3%	107,9	+22,6%	72,3	-30,1%
Herstellung von Waren	1.139,2	-0,4%	1.004,9	-1,0%	71,9	+28,7%	45,3	-24,5%
Bau	598,2	-12,2%	485,5	-16,7%	30,0	+8,1%	22,2	-39,5%
Dienstleistungen²	4.437,3	-3,8%	3.042,7	-8,2%	812,4	+22,5%	179,0	-25,6%
Handel, Instandhaltung	921,6	-15,4%	614,5	-19,5%	189,4	+6,2%	31,5	-37,4%
Verkehr und Lagerei	359,6	-5,0%	302,2	-7,8%	26,1	+31,0%	19,2	-31,1%
Beherbergung u. Gastronomie	384,9	-14,7%	222,0	-16,7%	72,4	+28,0%	12,8	-38,5%
Öffentliche Verwaltung	470,5	-2,0%	409,7	-3,7%	60,9	+11,3%	25,7	-21,3%
Gesundheits- und Sozialwesen	577,9	+7,4%	349,4	-5,2%	175,7	+39,4%	20,9	-17,6%
bei Leiharbeitsfirma angestellt³	122,2	+5,2%	104,8	+2,7%	17,4	+22,5%	4,0	-29,0%

Quelle: Statistik Austria

¹ Mit Ausnahme der Kategorie „bei Leiharbeitsfirma angestellt“ enthalten die Werte auch das Arbeitsvolumen Selbstständiger/Mithelfender.² Die jeweiligen Unterkategorien stellen eine unvollständige Auswahl dar.³ Angestellte bei Leiharbeitsfirmen scheinen auch als Teilmenge in den anderen Kategorien auf.

Bei den unselbstständig Beschäftigten spiegelt sich die zuvor beschriebene Beschäftigungsentwicklung (siehe Tabelle 5): Während seit 2008 das Vollzeit-Arbeitsvolumen um 7,6% abgenommen hat, hat jenes der Teilzeit-Beschäftigten im selben Zeitraum um 22,9% zugenommen. Der Vollzeit-Rückgang war im Vergleichszeitraum am stärksten in den Branchen „Handel und Instandhaltung“ (-19,5%) sowie „Be-

herbergung und Gastronomie“ und „Bau“ (jeweils 16,7%).

Die Teilzeit nahm zwischen 2008 und 2015 wiederum in den Branchen „Verkehr und Lagerei“ (+31%), „Herstellung von Waren“ (+28,7%) sowie „Beherbergung und Gastronomie“ (+28%) am deutlichsten zu. Der über alle Branchen relativ gleichmäßig verteilte Überstunden-

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Rückgang von insgesamt 27,2% weist zudem darauf hin, dass der Wegfall regulärer Vollzeit-Arbeitsverhältnisse nicht mit Hilfe einer zunehmenden Inanspruchnahme von (bezahlten) Überstunden kompensiert wurde.

Während bei den Männern die Teilzeit-Zunahme in der Branche „Dienstleistungen“ im Beobachtungszeitraum am stärksten ausgeprägt war (+54,9%), zeigte sich dieser bei Frauen im Bereich „Industrie und Gewerbe“ mit 20,4%. Die Vollzeit-Volumina gingen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen bei den Dienstleistungen am stärksten zurück (-8,3% bzw. 7,9%).

17.3 Einkommensentwicklungen seit Krisenbeginn

Diese schwierige Arbeitsmarktlage wirkt sich vor allem auch auf die Verteilung der unselbstständigen Einkommen aus. Die personellen (also individuellen) Einkommen verzeichneten aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit sowie steigenden Teilzeit-Beschäftigung v.a. in den unteren Einkommensgruppen Rückgänge, da vermehrt niedrige (personelle) Jahreseinkommen

lukriert wurden. Diese Verluste konnten auf Ebene der Gesamteinkommen der Haushalte noch bis vor kurzem – v.a. auch durch die wachsende (Teilzeit-)Erwerbsbeteiligung der Frauen – weitgehend abgedeckt werden.

17.3.1 Reallohnverluste bei den unteren Personeneinkommen

Die in Tabelle 6 dargestellte Entwicklung der Bruttojahreseinkommen zwischen 2008 und 2014 zeigt einerseits deutlich, dass die Zuwächse des unteren Einkommensviertels – aber auch des Medianeinkommens – deutlich unter der Inflation für diesen Zeitraum liegen (lag insgesamt bei 12,2%²⁶⁵), womit hier Reallohnverluste bestehen. Allerdings spiegelt diese Entwicklung vielmehr bereits behandelte (strukturelle) Änderungen auf dem Arbeitsmarkt wider, nämlich die Zunahme der Teilzeit sowie nichtganztägiger Beschäftigung aufgrund von gestiegener Arbeitslosigkeit. Daher befinden sich im unteren Einkommensviertel nur noch wenige Vollzeitbeschäftigte. Diese Entwicklungen werden eingehend im Kapitel 13 „Entwicklung und Verteilung der Einkommen“ im Abschnitt 13.4.1 behandelt.

Tabelle 6: Entwicklung der Bruttojahreseinkommen¹ (unselbstständig Erwerbstätige) 2008-2014, in EUR

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2008-14 in %
Unterstes Einkommensviertel²	11.375	11.237	11.213	11.087	11.227	11.283	11.497	+1,1%
Medianeinkommen³	24.253	24.449	24.516	24.843	25.373	25.767	26.273	+8,3%
Dritthöchstes Einkommensviertel⁴	37.102	37.601	37.974	38.470	39.450	40.155	40.840	+10,1%

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten

¹ ohne Lehrlinge

² 1. Quartil: 25% der Bevölkerung verfügen über ein Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

³ 2. Quartil: Anzahl der Einkommensbezieher/innen über und unter diesen Grenzwerten ist gleich groß

⁴ 3. Quartil: 75% der Bevölkerung erzielen Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

²⁶⁵ lt. Wertsicherungsrechner von Statistik Austria: www.statistik.at/Indexrechner/Controller (VPI 2005)

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Um die Entwicklung der Bruttojahreseinkommen unabhängig von diesen Faktoren beschreiben zu können, ist es naheliegend, sich nur auf die Einkommen von Vollzeitbeschäftigten zu konzentrieren. Damit be-

schränkt man sich zwar nur auf einen Ausschnitt der Einkommenswirklichkeit, dieser sollte aber jedenfalls inflationsbereinigt ein „Auskommen mit dem Einkommen“ ermöglichen.

Tabelle 7: Entwicklung der Bruttojahreseinkommen¹ ganzjährig Vollzeitbeschäftigter 2008 und 2014, in EUR

	2008			2014			Veränderung 2008-14 in %		
	1. Quartil ²	Median	3. Quartil ³	1. Quartil ²	Median	3. Quartil ³	1. Quartil ²	Median	3. Quartil ³
Unselbstständig Erwerbstätige	25.993	34.173	47.469	29.689	38.956	54.232	+14,2%	+14,0%	+14,2%
Frauen	21.692	29.183	40.295	25.508	34.092	47.096	+17,6%	+16,8%	+16,9%
Männer	28.649	36.893	51.535	32.111	41.556	58.090	+12,1%	+12,6%	+12,7%
Arbeiter/innen	22.075	27.860	34.187	24.895	31.347	38.400	+12,8%	+12,5%	+12,3%
Frauen	16.630	20.103	24.451	19.440	23.209	28.309	+16,9%	+15,5%	+15,8%
Männer	24.870	29.899	35.948	27.622	33.325	40.043	+11,1%	+11,5%	+11,4%
Angestellte	28.234	38.970	56.243	32.804	45.202	64.704	+16,2%	+16,0%	+15,0%
Vertragsbedienstete	27.472	33.211	41.950	31.837	38.237	49.445	+15,9%	+15,1%	+17,9%
Beamteninnen/Beamten	38.190	47.614	58.492	43.905	54.254	65.971	+15,0%	+13,9%	+12,8%

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten

¹ ohne Lehrlinge

² 25% der Bevölkerung verfügen über ein Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

³ 75% der Bevölkerung erzielen Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

In Tabelle 7 werden daher die Einkommensviertel ganzjährig Vollzeitbeschäftigter für 2008 und 2014 auch nach sozialrechtlicher Stellung dargestellt. Hier zeigt sich, dass sich Veränderungen in beinahe allen Kategorien relativ deutlich über der Inflationsentwicklung von 12,2% befinden:

In der Gesamtbetrachtung der unselbstständig Erwerbstätigen verzeichnen die Frauen²⁶⁶ im untersten Viertel der Einkommensverteilung mit 17,6% die höchsten Zuwächse. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass sich die Beschäftigungsquote der Frauen im selben Zeitraum ebenfalls deutlich erhöht hat, nämlich um 2,5 Prozentpunkte auf 70,1% (hierbei

²⁶⁶ Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren (gemäß EU-Arbeitskräfteerhebung) an der gesamten weiblichen Bevölkerung derselben Altersgruppe (Eurostat-Definition)

spielen auch Generationeneffekte eine Rolle). Jene der Männer ist von 2008 bis 2014 hingegen um 1,8 Prozentpunkte auf 78,3% gesunken.

Bei näherer Betrachtung dieser Entwicklung nach beruflichen Kategorien wird deutlich, dass die verhaltene Gesamtentwicklung der Einkommen ganzjährig Vollzeitbeschäftigter Männer an den Reallohnverlusten von Arbeitern in allen drei untersuchten Einkommensvierteln liegt: Bei den männlichen Arbeitern liegt die günstigste Entwicklung beim Medianeinkommen, das sich allerdings zwischen 2008 und 2014 auch nur um 11,5% erhöht hat; sie befindet sich demnach 0,7 Prozentpunkte unter der Preissteigerung dieses Zeitraums; den geringsten Zuwachs erzielte das unterste Einkommensviertel männlicher Arbeiter mit nur 11,1%.

Dessen ungeachtet besteht bei den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (lt. Statistik Austria) eine deutliche geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz in Bezug auf die Bruttojahreseinkommen, da Frauen 2014 im Durchschnitt 18% weniger als Männer verdienten. Dieser Wert ist allerdings rückläufig und hat im Jahr 2008 noch 20,9% betragen.²⁶⁷

Deutlich überdurchschnittliche Einkommensentwicklungen sind bei den ganzjährig vollzeitbeschäftigten Angestellten sowie bei den öffentlich Bediensteten zu beobachten.

17.3.2 Entwicklung der Haushaltseinkommen weitgehend stabil

Auf Haushaltsebene werden zum einen die Einkommen aller gemeinsam lebenden Personen berücksichtigt, weshalb auch die gemeinsame finanzielle Situation abgebildet werden kann; darüber hinaus zeigt sich hier auch die Wirkung der sozialstaatlichen Leistungen, da diese je nach Haushaltskonstellation und Lebenssituation ihrer Mitglieder gewährt werden. Eine umfassende Beschreibung der öffentlichen Umverteilungswirkungen auf Haushaltsebene befindet sich im Kapitel 15 „Ein Vergleich der monetären Einkommensumverteilung 2010 und 2015“.

Ein Vergleich des „verfügbaren Haushaltseinkommens“ ermöglicht daher eine „realistischere“ Abbildung der Entwicklungen des monetären Lebensstandards, da nicht nur die Erwerbseinkommen, sondern auch allfällige Sozialleistungen (nämlich Geldleistungen), Pensionen, Kapitalerträge sowie auch Unterhaltsleistungen und etwaige Privattransfers zwischen Haushalten ihre Berücksichtigung finden.

Des Weiteren werden auch die Steuer- und Sozialversicherungsabgaben abgezogen, wodurch ein Netto-Haushaltseinkommen dargestellt werden kann. Auf Grundlage der unterschiedlichen Konsumbedürfnisse je nach Haushaltszusammensetzung wird ein vergleichbares Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen errechnet. Als Datengrundlage wird die Erhebung EU-SILC²⁶⁸ herangezogen.²⁶⁹

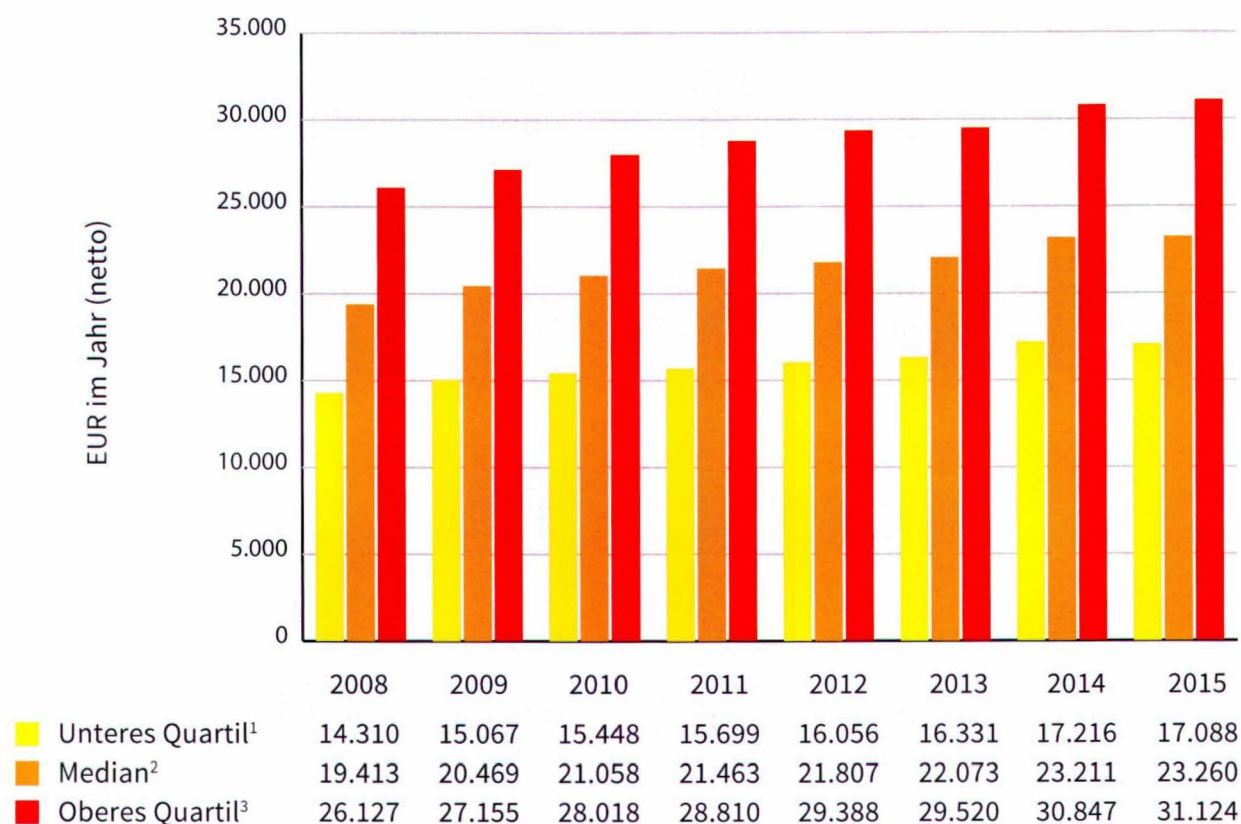
²⁶⁷ Der EU-Vergleiche herangezogene „Gender-Pay-Gap“ basiert auf den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der unselbstständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft und betrug 2014 22,2% (EU-Durchschnitt: 16,7%); auch dieser Wert hat sich seit 2008 signifikant um 2,9 Prozentpunkte verringert. (Quelle: Eurostat)

²⁶⁸ **European Union Statistics on Income and Living Conditions**

²⁶⁹ Nähere Informationen zu EU-SILC sowie zur Berechnung des äquivalisierten Pro-Kopf-Haushaltseinkommens siehe Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich“ (v.a. Abschnitt 12.1).

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Grafik 7: Entwicklung der Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen (äquivalisiert) 2008-2015, in EUR



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

¹ unteres Quartil: Grenze zwischen dem ersten und zweiten Einkommensviertel

² Median: Bei Reihung der Einkommen der Größe nach befindet sich dieser Wert genau in der Mitte

³ oberes Quartil: Grenze zwischen dem dritten und vierten Einkommensviertel; oberhalb befindet sich das höchste Einkommensviertel

Die krisenbedingten Einkommensverluste aus der steigenden Arbeitslosigkeit konnten auf Haushaltsebene über lange Zeit zumindest teilweise gelindert werden: Über den gesamten Zeitverlauf zeigen sich in allen dargestellten Einkommensquartilen sowie beim Median (= 2. Quartil) deutlich über der Inflation liegende Veränderungen von über 19%. Daran kann abgelesen werden, dass nicht zuletzt auch die Leistungen des Sozialstaats (u.a. auch die Arbeitslosenversicherungsleistungen) auf Ebene der Haushalte stabilisierend wirkten.

Zuletzt rückläufige Tendenz bei den niedrigen Einkommen

Allerdings ist zuletzt zwischen 2014 und 2015 beim untersten Einkommensviertel erstmals seit 2008 ein geringfügiger Rückgang um 0,7% (oder -128 EUR) festzustellen, während beim Median sowie beim oberen Einkommensviertel zumindest leichte Zuwächse erfolgt sind. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich in dieser Periode die Zunahme der Arbeitslosigkeit verschärft; ein Zeichen dafür, dass auch die ausgleichenden Effekte bei den Haushaltseinkommen an ihre Grenzen stoßen.

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Tabelle 8: Veränderungen beim (äquivalisierten) Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen von 2014-2015

	1. Quartil	Median	3. Quartil
Insgesamt	-0,7%	0,2%	0,9%
Männer:			
20-39 Jahre	-4,7%	-1,3%	-1,4%
40-64 Jahre	-0,1%	0,2%	-0,3%
65 Jahre +	1,0%	2,7%	1,2%
Frauen:			
20-39 Jahre	0,7%	-1,9%	-1,9%
40-64 Jahre	1,6%	0,6%	-0,7%
65 Jahre +	1,0%	2,5%	0,7%

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014 und 2015

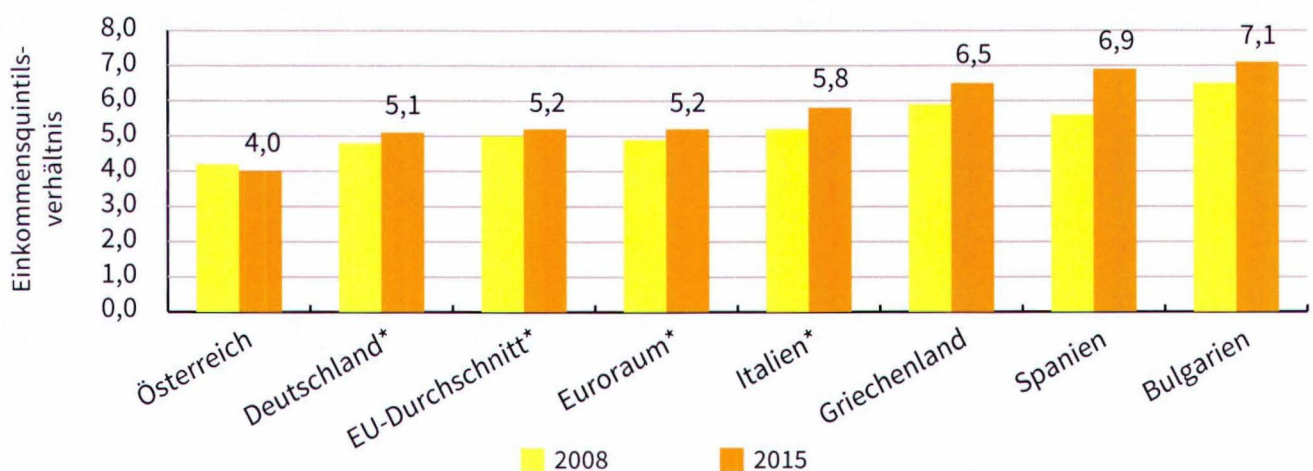
Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass dieser Rückgang vor allem junge Menschen zwischen 20 und 39 Jahren - und im Niedrigeinkommensbereich v.a. junge Männer - betraf: Hier zeigen sich zuletzt reale Einkommensverluste.²⁷⁰ Ein weiterer Hinweis auf die in Abschnitt 2.1 getroffene Aussage, dass die Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft in einem stärkeren Ausmaß vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen ist, zeigt sich auch bei der letztverfügbaren Entwicklung des Nettohaushaltseinkommens: Während Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zwischen 2014 und 2015 auch im untersten Einkommensviertel insgesamt einen Zuwachs von zumindest rd. 0,3% auf jährlich 18.354 EUR lukrieren konnten, nahm dieser Wert im selben Zeitraum bei Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft um rd. 3% ab und lag 2015 bei 11.774 EUR.

discher Staatsbürgerschaft in einem stärkeren Ausmaß vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen ist, zeigt sich auch bei der letztverfügbaren Entwicklung des Nettohaushaltseinkommens: Während Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zwischen 2014 und 2015 auch im untersten Einkommensviertel insgesamt einen Zuwachs von zumindest rd. 0,3% auf jährlich 18.354 EUR lukrieren konnten, nahm dieser Wert im selben Zeitraum bei Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft um rd. 3% ab und lag 2015 bei 11.774 EUR.

17.3.3 Kein genereller Anstieg der Einkommensungleichheit seit 2008

Eine Möglichkeit, europaweit vergleichbare Daten zur Einkommensungleichheit darzustellen, besteht im sogenannten „Einkommensquintilsverhältnis“: Darunter ist jener Wert zu verstehen, der das Verhältnis des Gesamteinkommens jener 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberes Einkommensfünftel od. -quintil) zum Gesamteinkommen jener 20% mit dem niedrigsten Einkommen (unteres Einkommensfünftel) beschreibt.

Grafik 8: Ungleichheit der Einkommensverteilung (Einkommensquintilsverhältnis), Vergleich ausgewählter EU-Staaten, 2008-2015



Quelle: Eurostat, EU-SILC; * letztverfügbarer Wert

²⁷⁰ Diese werden wiederum auch von der jeweiligen Haushaltszusammensetzung beeinflusst.

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Steigt dieser Wert, passt das Gesamteinkommen des „untersten Fünftels“ demzufolge häufiger in das „oberste Fünftel“, was ein stärkeres Ungleichverhältnis widerspiegelt. Hier wird wiederum das mit Hilfe der Erhebung EU-SILC errechnete verfügbare Äquivalenzeinkommen herangezogen (siehe Abschnitt 3.2).

Seit dem Jahr 2008 kann in Österreich aus dieser Perspektive eine weitgehend konstante Entwicklung der Einkommensverteilung festgestellt werden: Der Wert verringerte sich bis zum Jahr 2015 sogar geringfügig um 0,2 Punkte auf 4,0.

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in Österreich dieser Wert vergleichsweise niedrig ist und sich die Einkommensverteilung auf Basis dieses Verhältnisses ausgewogener darstellt: Nicht nur der EU-Durchschnittswert sowie jener für Deutschland liegen um rd. einen Punkt höher, auch Spitzenwerte 2015 wie in Spanien (6,9) oder Rumänien (8,3) sowie ungünstige Entwicklungen in einigen EU-Staaten seit 2008 zeigen, dass sich die Situation in Österreich – aus dieser Perspektive – vergleichsweise günstig abbildet.

Allerdings ist an dieser Stelle hinzuzufügen, dass diese Zahlen keine Aussagen zu den Entwicklungen an den „extremen“ Rändern der Verteilung ermöglichen: Eine wichtige Perspektive besteht nämlich darin, wie sich die Spitzeneinkommen im Vergleich zu den geringe(re)n Einkommen entwickeln und ob der Anteil der höchsten Einkommen am Gesamteinkommen zu- oder abnimmt. Ergebnisse dazu (sowie weitere Details) sind im Kapitel 13 „Entwicklung und Verteilung der Einkommen“ zu finden.

In diesem Beitrag wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass bei der Untersuchung der Einkommensungleichheit vor allem auch die Wahl der untersuchten Einkommenskomponenten ausschlaggebend ist: Wie bereits dargestellt, ergibt die Verteilungsbetrachtung der verfügbaren Haushaltseinkommen auf Grundlage der Erwerbs- und Pensionseinkommen sowie der Sozialleistungen und geleisteten Abgaben eine im internationalen Vergleich relativ geringe Ungleichverteilung. Bei diesen Einkommensdaten sind Vermögens- und Kapitalerträge jedoch nur teilweise erfasst (vor allem hohe Kapitaleinkommen sind untererfasst). Bei Erweiterung der Perspektive auf alle Kapitaleinkommen mit Hilfe der Erhebung HFCS²⁷¹ wird ein weitaus unausgewogeneres Bild sichtbar, wenngleich die Datenlage noch immer unzureichend ist (siehe auch Kapitel 14 „Zur Mitte in Österreich“).

17.3.4 Krisenbedingter Bruch bei der funktionalen Einkommensverteilung

In diesem Zusammenhang ist auch die Aufteilung des Volkseinkommens²⁷² relevant, nämlich einerseits in den Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte und andererseits in jenen der Unternehmens- und Vermögenserträge („funktionelle Einkommensverteilung“). Die Lohnquote misst den Anteil der Gesamteinkommen aus unselbstständiger Beschäftigung am gesamten Volkseinkommen. Diese Kennzahl zeigt seit der Krise eine andere Entwicklung als im langfristigen Verlauf: Wie auch im Abschnitt 13.2 des Kapitels zur Einkommensverteilung dargestellt, hat sich seit 2008 die bereits seit Jahrzehnten rückläufige bereinigte Lohnquote um 5,1 Prozentpunkte auf 69,5% im Jahr 2015 erhöht. Diese Entwicklung spiegelt zum einen die seit der Krise zum Teil verhaltene Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wider, ist aber

²⁷¹ Household Finance and Consumption Survey (www.hfcs.at)

²⁷² Das Volkseinkommen ist die Summe der Arbeitnehmer/innenentgelte sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die Inländer/innen (Institutionen und Personen, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Inland haben) zugeflossen sind. (Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon)

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

auch Ausdruck einer relativ stabilen Lohnentwicklung seit der Krise. Diese kann auch an den Lohnstückkosten abgelesen werden, die in Österreich seit 2008 insgesamt über dem EU-Durchschnitt gestiegen sind. Die Lohnstückkosten zeigen die Entwicklung der Kosten für Löhne und Gehälter im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung²⁷³.

Während stark steigende Lohnstückkosten einerseits mit Nachteilen für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in Verbindung gebracht werden, würden deutlich fallende Lohnstückkosten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vor allem auf reale Einkommensverluste bzw. auf eine (zu) verhaltene Lohnpolitik hinweisen:

Tabelle 9: Reale Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten (Index: 2005 = 100)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Österreich	99,2	98,4	100,3	103,7	102,5	101,2	102,5	103,4
Euroraum*	98,9	97,9	99,6	102,9	101,4	101,0	101,6	101,3
EU-28	98,9	98,0	99,0	102,2	100,7	100,0	100,7	100,3
Deutschland	97,7	95,4	96,8	101,0	98,9	98,7	100,3	100,1

Quelle: Eurostat; *18 Länder

Während vor 2008 die Lohnstückkosten noch sanken, erfolgte vor allem 2008/09 ein im Vergleich zu den EU- und Euroraum-Staaten stärkerer Anstieg, wobei hier auch die krisenbedingt geringere Produktivitätsentwicklung eine Rolle spielt. Aber auch die jährlichen Veränderungen der letzten Jahre 2014 (+2,1%) und 2015 (+1,5%) lagen deutlich über dem EU- und Euroraum-Durchschnitt und gleichauf mit Deutschland.

Im Zusammenhang mit der Lohnpolitik ist auch der Anteil der Niedriglohnbeziehenden von Bedeutung²⁷⁴. Ein diesbezüglicher Indikator misst jene Beschäftigten in Österreich, welche weniger als zwei Drittel des Medianstundenlohnes erhalten. Dieser Anteil ist bei der Gesamtbevölkerung zwischen 2008 und 2015 insgesamt leicht von 15,1% auf 14,3% gesunken – allerdings zeigt

sich auch hier zuletzt eine Eintrübung: 2015 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem deutlichen Anstieg um 1,6 Prozentpunkte.

Diese Kennzahl beschreibt darüber hinaus, dass die im nächsten Kapitel näher behandelte Bevölkerungsgruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten einerseits einen mehr als doppelt so großen Anteil von Niedriglohnbeziehenden auf sich vereint und dieser zuletzt (zwischen 2014 und 2015) auch mit 6,1 Prozentpunkten überdurchschnittlich angestiegen ist.²⁷⁵ Diese Entwicklung deckt sich mit der zuletzt steigenden Arbeitslosigkeit, welche insbesondere die Situation armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen weiter verschärft.

²⁷³ reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts siehe Abschnitt 17.1.1

²⁷⁴ vgl. *Eingliederungsindikatoren 2015 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich; Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; Wien, September 2016; S. 37*

²⁷⁵ vgl. ebenda

17.4 Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung: Rückgang trotz Krise

Wie auch im Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen“ (siehe Abschnitt 12.2) dargestellt, hat sich die Zielgruppe für Armutsbekämpfung der EU-Strategie „Europa 2020“ seit dem Jahr 2008 bis 2015 um etwa 147.000 Menschen verringert. Österreichs nationales Ziel, dass sich bis 2020 mindestens 235.000 weniger Personen in den gemessenen Armutslagen befinden, wurde daher erfreulicherweise bereits 2015 zu über 60% erfüllt.

Allerdings ist es wichtig, diese insgesamt günstige Entwicklung differenziert zu betrachten: Diese Zielgruppe aus drei unterschiedlich definierten armutsbezogenen Ausprägungen, wovon zwei rückläufig sind (Einkommensarmut sowie Leistbarkeit von bestimmten Aufwendungen)²⁷⁶. Die dritte Teilgruppe der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr geringer tatsächlicher Erwerbstätigkeit ist seit 2008 angestiegen, um etwa 54.000 Personen – vor allem zwischen 2013 und 2014. Dieser Anstieg wurde zwar von den günstigen rückläufigen Entwicklungen bei den beiden anderen Ausprägungen von Armut- und sozialer Ausgrenzung mehr als wettgemacht, dennoch spiegeln sich auch hier negative arbeitsmarktbezogene Einflüsse wider. Der Anteil der Gruppe mit keiner oder geringer Erwerbseinbindung an der gesamten Zielgruppe vergrößerte sich seit 2008, nämlich um 6,1 Prozentpunkte auf 33,9%.

Allerdings waren 2015 in etwa 235.000 Personen allein von dieser erwerbsbezogenen Problemlage betroffen, ohne ein anderes Merkmal dieser Zielgruppe aufzuweisen. Dies zeigt zum einen, dass die automatischen

Stabilisatoren des Sozialstaats (v.a. die Arbeitslosenversicherungsleistungen)²⁷⁷ über Krisenzeiten armutsvermeidend wirken, zum anderen wird hier deutlich, dass eine Besserung der Arbeitsmarktlage hohes Potenzial für die Erreichung des EU-Armutsreduktionsziel freisetzen würde.

17.4.1 Rückläufige Einkommensarmut seit 2008

Die Armutsgefährdungsquote ist die bekannteste Kennzahl für relative Einkommensarmut. Sie erfasst die Anzahl an Personen, die über weniger als 60% des mittleren nationalen Pro-Kopf-Haushaltseinkommens (Medianeinkommen) verfügen²⁷⁸. Armutsgefährdet waren nach dieser Definition 2015 rd. 1,2 Mio. Personen oder 13,9% und damit um ca. 74.000 Personen (oder 1,3 Prozentpunkte) weniger als vor der Krise im Jahr 2008. Die Sozialleistungen reduzierten die Armutsgefährdung in Österreich 2015 um rd. 46%; seit 2008 hat dieser Effekt um etwa 5 Prozentpunkte zugenommen.

Je nachdem wie sich das Medianeinkommen in Österreich entwickelt, ändert sich auch die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle – jene monetäre Grenze also, die von Einkommensbeziehenden überschritten werden muss, um keiner Armutsgefährdung ausgesetzt zu sein. Daher bildet die Armutsgefährdungsquote zugleich auch immer Änderungen bei der Einkommensverteilung ab.

Gerade die Wirtschafts- und Finanzkrise führte – zumindest kurzfristig – zu Änderungen bei der Einkommensverteilung, daher ist es gerade in diesem Zusammenhang interessant, wie sich die Zahl der armutsgefährdeten Personen entwickelt hätte, wenn die Armutsgefährdungsschwelle vom Jahr vor der Krise

²⁷⁶ siehe Indikatoren „Armutsgefährdung“ und „Materielle Deprivation“

²⁷⁷ Arbeitslosengeld, Notstandshilfe

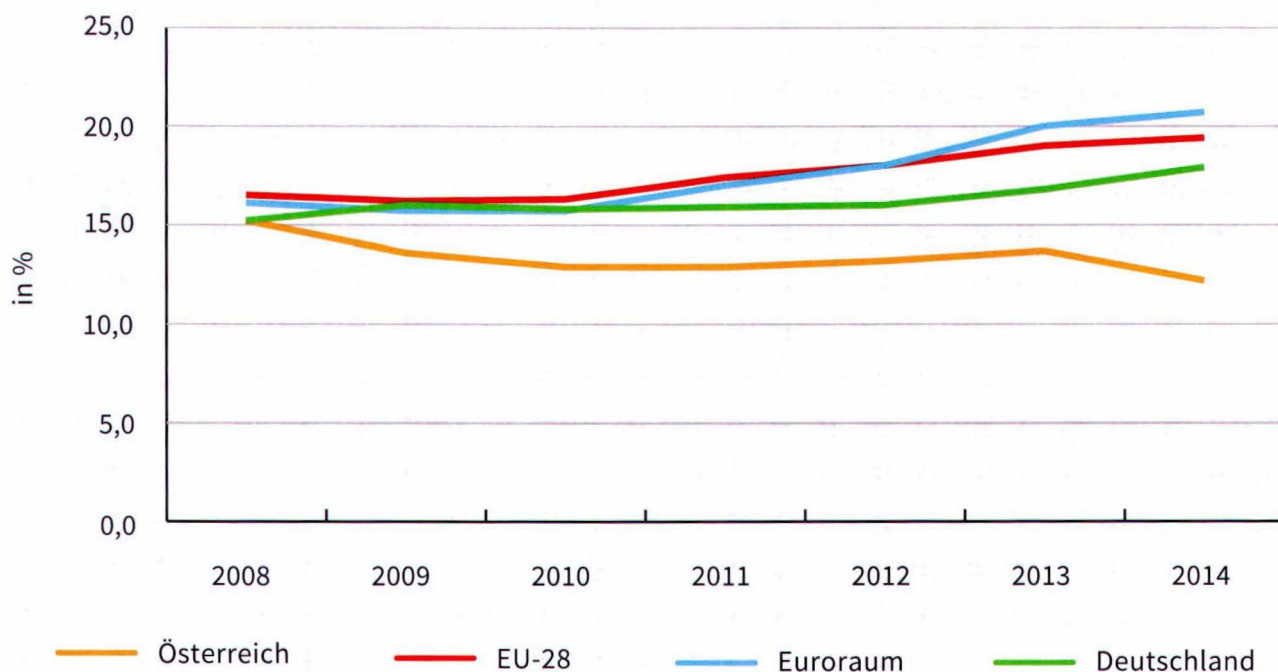
²⁷⁸ genaue Definition siehe Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen“ (Abschnitt 12.2)

herangezogen und für die Folgejahre nur inflationsangepasst wird. Diese „im Basisjahr 2008 verankerte Armutsgefährdungsquote“ zeigt, dass in diesem Fall die Armutsgefährdungsquote noch stärker rückläufig wäre – nämlich um 2,6 Prozentpunkte auf 12,6%.

Das bedeutet, dass trotz des in Wirklichkeit höheren Anstiegs der Armutsgefährdungsschwelle ein Teil der Betroffenen Einkommenszuwächse deutlich über der Inflation lukrieren konnten – und somit die Armutsgrenze überschritten haben. Dass diese günstige Ent-

wicklung im Bereich der Einkommensarmut nicht EU-weit vorliegt, zeigen die gegenteiligen Trends in Bezug auf den EU-Durchschnitt oder auch beispielsweise in Deutschland: Während 2008 mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,2% exakt dieselbe Ausgangslage vorlag, nahm die im Jahr 2008 verankerte Quote in Österreich bis 2014²⁷⁹ deutlich ab (12,2%), während sich jene in Deutschland im selben Zeitraum auf 17,9% erhöhte. Auch die Durchschnittswerte der EU und des Euroraums weisen steigende verankerte Armutsquoten auf.

Grafik 9: Armutsgefährdungsquote verankert im Basisjahr 2008 – Österreich im Vergleich



Quelle: Eurostat

17.4.2 „Working Poor“ nach Altersgruppen im EU-Vergleich

Mit Hilfe der Arbeits-Armutsgefährdungsquote wird der Anteil jener Erwerbstätigen dargestellt, die trotz Arbeit nur ein Einkommen unter der Armutsgefähr-

dungsschwelle erlangen. Da die Einkommen auch hier auf Basis der Erhebung EU-SILC herangezogen werden, spielt wiederum auch die jeweilige Haushaltskonstellation eine wichtige Rolle. Je größer die Familie bzw. der Haushalt ist, desto höher muss das Gesamt-

²⁷⁹ letztverfügbare vergleichbare Daten

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

einkommen sein, um nicht als „arm trotz Arbeit“ zu gelten.

In Österreich lag der Anteil der „Working Poor“ der 18- bis 64-Jährigen an den gesamten Erwerbstätigen im Vorkrisenjahr 2008 bei 8,5% und damit exakt im EU-Durchschnitt. Bis zum Jahr 2015 sank die Quote bis 2015 auf 7,8%, womit in Österreich ein gegenläufiger Trend zum EU-Durchschnitt vorlag – dieser lag 2015 um 1,8 Prozentpunkte höher bei 9,6% (letzter verfügbarer Vergleichswert). Diese Gesamtbetrachtung schildert demnach eine vergleichsweise günstigere und rückläufige Entwicklung im Bereich „Armut trotz Arbeit“ in Österreich.

Setzt man den Fokus hingegen auf die Altersgruppe der jungen Erwerbstätigen zwischen 20 und 29 Jahren, zeigt sich ein ungleiches Bild: Hier liegt das Niveau in Österreich bereits 2008 mit 9,6% über dem EU-Durchschnitt (8,6%); dieser Abstand vergrößert sich danach in den Jahren 2012 und 2014. In der Gesamtbetrachtung kommt es bis 2015 jedoch wieder zu einer Annäherung an den EU-Wert (bei rd. 10%).

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung bei diesen jungen „Working Poor“ weist darauf hin, dass bei den

jungen Männern im verfügbaren Vergleichszeitraum ab 2012 (mit einem Höchstwert in diesem Jahr von 12,9%; siehe Tabelle 10) eine deutliche Verschärfung der Lage eingetreten ist; bei den jungen Frauen kam es im Jahr 2013 mit 12% zu einer fast ebenso starken Betroffenheit. Während diese Werte zwischen 2012 und 2014 teilweise deutlich (bis zu 3,4 Prozentpunkte) über dem jeweiligen EU-Durchschnitt lagen, erfolgte bei beiden Geschlechtern bis 2015 wieder ein leichter Rückgang auf rd. 10% „Working Poor“. Insgesamt ist in Österreich somit seit 2008 in dieser Altersgruppe keine signifikante Verschlechterung bei dieser Problemlage festzustellen.

Es zeigt sich dennoch, dass sich in Österreich unter den jungen Erwerbstätigen zwischen 20 und 29 Jahren ein überdurchschnittlicher Anteil von „Working Poor“ befindet; die EU-Durchschnittswerte in dieser Altersgruppe unterscheiden sich hingegen nicht signifikant von jenen der 18- bis 64-Jährigen Erwerbstätigen. Wenn gleich diese Ergebnisse immer auch vor dem Hintergrund der jeweiligen Haushaltszusammensetzung zu deuten sind, ergänzen sie die erwähnten Tendenzen im Bereich der Arbeitslosigkeit bzw. Beschäftigung (Abschnitt 17.2.2) sowie bei der Einkommensentwicklung (Abschnitt 17.3.2).

Tabelle 10: Arbeits-Armutsgefährdungsquote („Working Poor“) 2008 bis 2015: Junge Erwerbstätige zwischen 20 und 29 Jahren

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränd. 2008-15 in %-Punkten
Österreich: Insgesamt	9,6	9,4	8,6	8,9	12,1	11,0	9,2	10,0	+0,4
Frauen	10,1	9,4	9,1	9,2	11,2	12,0	8,1	10,5	+0,4
Männer	9,1	9,5	8,1	8,7	12,9	10,3	10,1	9,6	+0,5
EU-Durchschnitt: Insgesamt	8,6	8,2	8,2	9,4	9,1	9,0	10,3	10,3	+1,7
Frauen	8,5	7,5	8,0	9,9	8,7	8,2	10,0	9,6	+1,1
Männer	8,7	8,7	8,3	8,9	9,5	9,7	10,6	10,9	+2,2

Quelle: Eurostat

17.4.3 Kein krisenbedingter Anstieg extremer Armutslagen

Der bereits erwähnte multidimensionale Ansatz der EU-Strategie „Europa 2020“ in Bezug auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ermöglicht die Beobachtung von drei unterschiedlichen Gruppen, zwischen welchen Überschneidungen in unterschiedlichen Ausprägungen²⁸⁰ existieren: Mit einer besonders hohen Belastung ist jene Bevölkerungsgruppe konfrontiert, die von allen drei Ausprägungen der Europa 2020-Zielgruppe betroffen ist – also demnach zu niedrige Einkommen bezieht, sich eine zu hohe Anzahl von bestimmten Ausgaben nicht leisten kann und darüber hinaus in einem Haushalt mit sehr geringer oder keiner Erwerbsbeteiligung (z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, nur geringfügiger Beschäftigung) leben.

Es zeigt sich aber, dass diese Gruppe seit dem Jahr 2008 deutlich kleiner geworden ist, nämlich von rd. 102.000 Personen auf etwa 70.000 Personen im Jahr 2015 – was einem Rückgang von insgesamt 31,4% entspricht.²⁸¹

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt der nationale Indikator für soziale Inklusion „Manifeste Armut“, der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung misst. Dieser erfasst jene Menschen, die von zwei oder drei Ausprägungen der Europa 2020-Zielgruppe betroffen sind: Bei dieser Gruppe zeigt sich seit 2008 im gesamten Zeitraum keine signifikante Veränderung: 2015 waren 4,5% der Bevölkerung manifest arm, das sind etwa 385.000 Personen.²⁸²

Auch wenn man untersucht, welche Personen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren von manifester Armut betroffen waren, zeigt sich, dass dieser Anteil an der Gesamtbevölkerung 2009 und 2015 mit 2,9% exakt derselbe ist (mit nur geringfügigen und nicht signifikanten Schwankungen) in den Jahren dazwischen. Allerdings hat seit 2012 der Anteil dieser Personen an der gesamten Europa 2020-Zielgruppe zugenommen.²⁸³

Eine Gruppe stark armutsbetroffener Menschen kann von den diesbezüglichen Erhebungen allerdings nicht ausreichend erfasst werden, nämlich obdachlose Personen. Um für diese extreme Problemlage einen Trend abbilden zu können, wurde der Indikator „Registrierte Wohnungslosigkeit“ entwickelt, welcher v.a. Personen erfasst, die in Einrichtungen für Wohnungslose gemeldet sind.²⁸⁴ Zwischen 2008 und 2013 zeigte sich hier ein deutlich steigender Trend (+41%); danach kam es wiederum zu einem leichten Rückgang um etwa 940 Personen auf insgesamt rund 15.100 „registrierte Wohnungslose“ im Jahr 2015.

17.4.4 Zahlungsstörungen bei Privatkrediten

Eine aufschlussreiche Perspektive und Zusatzinformation im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung besteht in den Zahlungsstörungen bei Privatkrediten, da sich hierin auch Brüche in der Leistbarkeit von notwendigen Ausgaben widerspiegeln. Die verfügbaren Daten zeigen, dass ab dem Krisenjahr 2009²⁸⁵ die Zahlungsstörungen fast kontinuierlich angestiegen

²⁸⁰ siehe auch Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich“ (Abschnitt 12.2)

²⁸¹ vgl. *Social Europe: 2016 Annual report of the Social Protection Committee on key social challenges and the results of the Social Protection Performance Monitor (SPPM); Country Profile Austria*, S. 2

²⁸² vgl. *Eingliederungsindikatoren 2015 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich; Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; Wien, September 2016; S. 21*

²⁸³ vgl. ebenda, S. 23

²⁸⁴ Definition und weiterführende Details: www.sozialministerium.at > Soziales|KonsumentInnen > Soziale Themen > Soziale Sicherheit > Sozialpolitische Analysen > Eingliederungsindikatoren 2015 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich (S. 30 ff.)

²⁸⁵ Aufgrund eines Datenbruchs können hier vergleichbare Daten erst ab dem Jahr 2009 dargestellt werden.

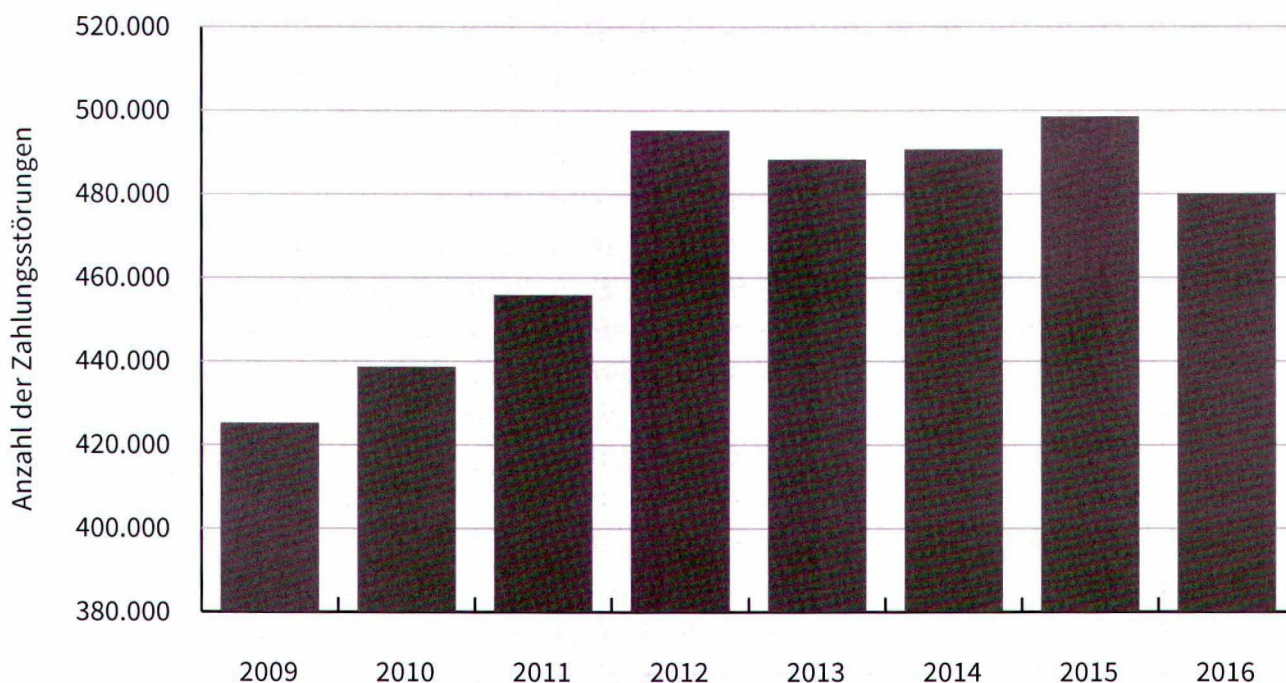
17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

sind, im letzten Jahr erfolgte hingegen ein Rückgang. Über den gesamten Zeitverlauf besteht allerdings unverändert ein deutlicher Zuwachs von 12,9%.

Da eine Person mehreren Zahlungsstörungen ausgesetzt sein kann, liegt die Zahl der Personen mit

massiven Zahlungsstörungen im August 2016 mit rd. 160.000 Personen niedriger, der Anstieg seit August 2009 liegt aber mit insgesamt 10% fast in derselben Höhe. Auch bei dieser Personenzahl ist zuletzt zwischen 2015 und 2016 ein Rückgang (um etwa 5.800 Personen) feststellbar.

Grafik 10: Anzahl der Zahlungsstörungen bei Privatkrediten 2009 bis 2016¹



Quelle: KleinKreditEvidenz des Kreditschutzverbandes 1870

¹ Vergleichsmonat jeweils August; eine Person kann mehrere Zahlungsstörungen aufweisen

Da Zahlungsstörungen zumeist erst zeitversetzt nach dem Auftreten bestimmter Problemlagen (wie z.B. Arbeitslosigkeit) zu Tage treten, ist noch nicht abschätzbar, ob diese aktuellen Rückgänge einen längerfristigen Trend ankündigen.

17.5 Subjektives Wohlbefinden und Einstellungen

Abschließend werden in folgender Tabelle einige Befragungsergebnisse des „European Social Survey“

(ESS) angeführt, um neben den Entwicklungen der Rahmenbedingungen und faktischen sozialen Auswirkungen auch Veränderungen im Bereich der subjektiven Wahrnehmungen abzubilden. Hierfür wird jeweils der letztverfügbare Wert vor Eintritt der Krise mit jenem zuletzt erhobenen verglichen:

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Tabelle 11: Daten zu subjektivem Wohlbefinden und Einstellungen in Österreich:

Antworten u. Fragestellungen	Ergebnis 2006 (vor der Krise)	Ergebnis 2014	Veränderung in Prozentpunkten
Sehr hohe generelle Lebenszufriedenheit	17,2%	15,0%	-2,2
Frage nach dem Glücksempfinden: Sehr glücklich	31,9%	27,3%	-4,6
Sehr guter subjektiver Gesundheitszustand	32,3%	31,0%	-1,3
Fühle mich in meiner Wohngegend draußen abends sehr unsicher	3,6%	2,6%	-1,0
Überhaupt kein Vertrauen in das Europäische Parlament	12,8%	18,8%	+6,0
Gänzlich kein Vertrauen gegenüber dem Rechtssystem	2,8%	5,5%	+2,7
Kein oder fast kein Vertrauen in Politiker	25,5%	23,8%	-1,7
Die Europäische Integration ist bereits zu weit fortgeschritten	11,4%	20,4%	+9,0
Starke Unzufriedenheit mit der heimischen Wirtschaftssituation	2,5%	5,6%	+3,1
Starke Zustimmung: Regierung sollte Einkommensunterschiede reduzieren	30,9%	40,3%	+9,4
darunter nach Altersgruppen: 14-25 Jahre	23,2%	39,7%	+16,5
25-55 Jahre	32,1%	40,4%	+8,3
55+ Jahre	33,9%	41,4%	+7,5
Größtmögliche Zustimmung: Gleichbehandlung und gleiche Chancen für alle	32,7%	37,6%	+4,9

Quelle: *European Social Survey (ESS) Runden 2006 und 2014*

Diese Fragen-Auswahl bietet nur einen begrenzten Ausschnitt subjektiver Einschätzungen zu krisenrelevanten Themen. Dennoch zeigen sich markante Veränderungen zwischen den Ergebnissen vor und nach Eintritt der Krise:

Beispielsweise wurde nach den krisenbedingten Erfahrungen auf die Frage, ob die Regierung Einkommensunterschiede reduzieren sollte, mit 40,3% ein um

9,4 Prozentpunkte höherer Anteil starker Zustimmung gemessen.²⁸⁶ Hierbei ist auffallend, dass der stärkste Zuwachs mit 16,5% in der jüngeren Altersgruppe zwischen 14 und 25 Jahren erfolgt ist, die somit zuletzt fast auf den hohen Durchschnittswert aufgeschlossen haben (wohingegen in dieser Altersgruppe vor der Krise eine deutlich unterdurchschnittliche Zustimmung in dieser Frage vorherrschte).

²⁸⁶ Der Wert starker und grundsätzlicher Zustimmung lag bei dieser Frage zuletzt bei insgesamt rd. 83% (+13 Prozentpunkte seit 2006).

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Ein ähnlich hoher Zuwachs zeigte sich bei der Frage, ob die Europäische Integration bereits zu weit fortgeschritten sei: 20,4% stimmten hier zu, ein Plus von 9 Prozentpunkten; auch das Vertrauen in das Europäische Parlament hat stark abgenommen. Diese Ergebnisse wirken vor dem Hintergrund der „Eurokrise“ und vor Eintritt der Flüchtlingskrise und des Brexit ernüchternd.

Aber auch subjektive Einschätzungen zur Gesundheit, Lebenszufriedenheit und zum Glücksempfinden haben teilweise deutlich abgenommen. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation ist erwartungsgemäß gestiegen, aber gestärkt scheint auch das Bewusstsein für gleiche Chancen und Gleichbehandlung aus der Krise hervorgegangen zu sein.

17.6 Fazit

Die sozialstaatlichen Schutzsysteme mit ihren automatischen Stabilisatoren spielten eine zentrale Rolle bei der Bewältigung und Abfederung der krisenbedingten sozialen Verwerfungen, stärkten die Kaufkraft und sind damit auch eine wichtige Säule der österreichischen Wirtschaft.

Dennoch: Die Linderung krisenbedingter sozialer Auswirkungen konnte bei weitem nicht verhindern, dass Menschen in Österreich Opfer der nicht zuletzt durch Spekulationen hervorgerufenen Finanzkrise ab 2007 wurden. Die aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit verminderten Erwerbschancen führten insbesondere bei folgenden Gruppen vermehrt zu Brüchen in den Erwerbskarrieren:

- Der Gesamtzuwachs der Arbeitslosigkeit betrifft seit 2008 in einem überdurchschnittlichen Ausmaß Männer sowie Personen ab dem Alter von 50 Jahren.
- Nach Bildungshintergrund sind in der Gesamtbeurteilung fast zur Hälfte Personen betroffen, die

höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Allerdings kam es seit 2008 auch bei den Akademiker/innen und Personen mit höherer Schulbildung zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, wenngleich auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

- Ausländer/innen haben seit der Krise ein noch größeres Arbeitslosigkeitsrisiko als davor.
- Vor allem Frauen, aber auch zunehmend Männer finden verminderte Chancen vor, einer Vollzeit-Standardbeschäftigung nachgehen zu können. Der gesamte Beschäftigungszuwachs seit 2008 besteht aus rd. 156.000 Teilzeit-Erwerbstätigen, darunter sind zu 79% Frauen.
- Es gibt seit 2008 um ca. 25% mehr geringfügig Beschäftigte (rd. +68.600 Personen), etwa 7.600 mehr Neue Selbstständige und fast 40.000 mehr befristete Arbeitsverhältnisse.
- Stagnierende bzw. real rückläufige Einkommen zeigen sich insbesondere bei den Vollzeitbeschäftigten (männlichen) Arbeitern. Zuletzt kam es auch vor allem bei den niedrigen Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen junger Männer (20-39 Jahre) zu Einkommenseinbußen.

Allerdings ist auch festzuhalten, dass sich in Österreich im gesamten Zeitraum seit Eintritt der Krise jene Bevölkerungsgruppe fast kontinuierlich und deutlich verringert hat, die als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht definiert wurde. Dieser europaweit seltene Erfolg ist nicht zuletzt auch Ergebnis eines starken sozialstaatlichen Netzes, deren Sozialleistungen Armutsgefährdung aktuell fast halbieren.

Darüber hinaus ist zudem kein Anstieg extremer Armutslagen feststellbar. Diese Entwicklung stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass kein krisenbedingtes Erodieren sozialer Sicherheit stattfindet. Im Vergleich zum Jahr 2013 hat auch die Zahl der „registrierten Wohnungslosen“ zuletzt - erstmals seit

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Beginn der Krise - wieder ein niedrigeres Niveau erreicht (siehe Abschnitt 17.4.3). Die in diesem Zeitraum erfolgte Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) leistete in diesem Zusammenhang jedenfalls einen wichtigen Beitrag.

Die steigende Zahl der Bezieher/innen²⁸⁷ dieser Leistung deutet damit auch auf ihre Funktion als ein automatischer Stabilisator in Krisenzeiten hin und erwies sich als wichtiges Element der basalen Stützung des sozialen Friedens in Österreich.

²⁸⁷ seit dem Jahr 2012 bis 2015 ca. +28,5% BMS-Bezieher/innen

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Jörg Flecker

Universität Wien

Thomas Riesenecker-Caba

Annika Schönauer

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA)

KAPITELVERZEICHNIS

18. Arbeit 4.0 – Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeitswelt	380
18.1 Technologie als Ermöglicherin des Wandels der Arbeit	380
18.2 Auswirkungen auf die Arbeitswelt	382
18.2.1 Umstrukturierung und Neuorganisation mittels IKT	382
18.2.2 Neue IKT-gestützte Arbeitsformen	383
18.2.3 Beschäftigungswirkungen der Digitalisierung von Arbeit	385
18.3 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Handlungsfelder	387
18.3.1 Qualifikationsanforderungen und Arbeitsmarktpolitik	387
18.3.2 Polarisierung und Prekarisierung, Verteilung von Arbeit	388
18.3.3 Schutz personenbezogener Daten	389
18.3.4 Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen	391
18.4 Fazit: Gestaltung von Technik und Arbeit	391
18.5 Literatur	393

18. ARBEIT 4.0

18. ARBEIT 4.0 – AUSWIRKUNGEN TECHNOLOGISCHER VERÄNDERUNGEN AUF DIE ARBEITSWELT

18.1 Technologie als Ermöglicherin des Wandels der Arbeit

Die Arbeitswelt befindet sich stetig im Umbruch – eine wesentliche Rolle spielen dabei technologische Veränderungen. Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die industrielle Automation sowie neue Arbeitsformen und Marktplätze im Internet bedeuten teils weitreichende Neuerungen, teils wird Bekanntes unter neuen Begrifflichkeiten diskutiert. So findet im Zusammenhang mit der erweiterten Informationsverarbeitung in der industriellen Produktion im deutschsprachigen Raum der Begriff „Industrie 4.0“, im

angelsächsischen Sprachraum aber jener der „cyber-physical systems“ (CPS²⁸⁸) Anwendung.

Aus einer v.a. in Deutschland und Österreich propagierten – und unten dargestellten – Chronologie wurde der Begriff „Arbeit 4.0“ abgeleitet, der sehr unspezifisch gebraucht wird und für verschiedenste Veränderungen, die durch eine intensive Nutzung von IKT zustande kommen, Verwendung findet.

Möglich wurde die Digitalisierung vieler privater und beruflicher Bereiche nicht zuletzt durch den Siegeszug des Internets dank schnellerer Informationsverarbeitung und Kommunikation/Kollaboration über Breitband, der Entwicklung „smarter“ Geräte (z.B. „Smart Phone“) zur Herausbildung neuer Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten (Soziale Medien, Onlinehandel) sowie damit direkt verbundener

Chronologie der Entwicklung zur Industrie 4.0

Phase	Entwicklungsschritte	Beispiele
1. Industrielle Revolution (Ende 18. Jhdt.)	Mechanik	Webstuhl
2. Industrielle Revolution (Beginn 20. Jhdt.)	Elektrik	Fließband
3. Industrielle Revolution (Beginn 1970er Jahre)	IT / Automatisierung / Digitales Büro	3.1 Desktop PC / Drucker / Roboter 3.2 Internet 3.2.1 Web 1.0 / Laptop / Handy / PDA 3.2.2 Web 2.0 / Broadband / Social Media 3.2.3 Mobile / Big Data
4. Industrielle Revolution (heute)	Intelligente Fabrik / Vernetztes Büro	CPS / RFID ¹ / 3D-Drucker / M2M ² / Internet der Dinge

Quelle: Adaption von Viernull Magazin 2016

¹ RFID steht für „radio-frequency identification“ und bezeichnet die Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen (Sender-Empfänger-Systeme). Dies wird z.B. bei Chipkarten verwendet (zur Zeiterfassung, Zutrittskontrolle).

² M2M steht für „machine to machine“ und bezeichnet den automatisierten Informationsaustausch zwischen Endgeräten wie Maschinen, Automaten, Fahrzeugen oder Containern untereinander oder mit einer zentralen Leitstelle.

²⁸⁸ CPS steht für „cyber-physical systems“ und bezeichnet den Verbund softwaretechnischer Komponenten primär im Produktionsbereich mit mechanischen und elektronischen Teilen, die über eine Dateninfrastruktur, wie z.B. das Internet, kommunizieren. In Deutschland wird der Begriff „Industrie 4.0“ verwendet.

Industriezweige (App-Industrie). „Cloud-computing“, bei dem neben Infrastruktur Rechen- und Speicherkapazitäten sowie Programme über das Netz extern zur Verfügung gestellt werden, heben nicht nur den Prozess der Auslagerung der IT-Funktion auf eine neue Stufe, sondern erleichtern es auch Kleinbetrieben und Neugründungen, Arbeit auszuführen, die den Zugang zu großer Computerleistung voraussetzt (Zysman & Kenney, 2015).

Internet der Dinge

Hagleitner, ein österreichisches Unternehmen für Hygieneprodukte (z.B. Seifenspender), stattet immer mehr seiner Seifen- und Handtuchspender mit intelligentem Innenleben aus. Sensoren erfassen beispielsweise den Verbrauch und kommunizieren diese Informationen über Funk und Internetverbindung in betriebliche ERP-Systeme²⁸⁹. Mitarbeiter/innen des jeweiligen Unternehmens und auch Servicepersonal des Anbieters können somit zeitgerecht zu den verschiedenen Standorten geschickt werden, um die notwendigen Dienstleistungen durchzuführen. Auch die Abrechnung gegenüber den Kundinnen/Kunden vereinfacht sich immens. Analysiert werden diese Daten in einem „Big Washroom Data System“²⁹⁰.

Immer mehr Arten von Daten werden erzeugt, sei es in betrieblichen Informationssystemen, durch Nutzung mobiler Endgeräte, durch Bilder einer Videoaufnahme, durch das Hinterlassen von Kommentaren in sozialen Netzwerken, durch eingebettete Systeme oder Sensoren in Geräten und Maschinen oder durch GPS²⁹¹-Daten aus

Fahrzeugen. Das geht mit neuen Formen der oft zeitkritischen Aufbereitung strukturierter und unstrukturierter Daten einher. Hierzu werden sogenannte Big Data-Systeme eingesetzt, verbunden mit neuen Formen der Datenaufbereitung, um daraus erweiterte Informationen und Handlungsmöglichkeiten abzuleiten („predictive analytics“). Diese Form der Datenhaltung wirft aber auch, wie später noch auszuführen ist, eine Reihe datenschutzrechtlicher Fragen auf, da eine Speicherung von Daten mit einem möglicherweise erst in der Zukunft liegenden Verwendungszweck doch einer Vorratsdatenspeicherung ähnelt.

Insgesamt lassen sich in den letzten beiden Jahrzehnten folgende Stufen der gesteigerten Informatisierung und Digitalisierung der Arbeit nachvollziehen:

1. Ausweitung der Anwendung elektronischer Geräte und Software auf immer mehr berufliche Tätigkeiten und Arbeitsorte
2. Verbindung des Arbeitsmittels Computer mit Kommunikationstechniken
3. Nutzung des Internets als globalen Informations- und „Arbeitsraum“ (Boes & Pfeiffer, 2006)
4. Ermöglichung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten auch in den Dienstleistungen
5. Verstärkung der Digitalisierung der Arbeit durch zunehmend immaterielle Arbeitsgegenstände und Produkte, nicht zuletzt in der internetgestützten Wirtschaft selbst
6. ortsunabhängige Vermittlung und entsprechende Gestaltung digitaler Arbeit durch Internetplattformen

²⁸⁹ ERP steht für „enterprise-resource-planning“ und bezeichnet IT-Systeme, die zur Planung und Steuerung der betriebswirtschaftlichen Aufgabenbereiche (Logistik, Finanzen, Personal) eines Unternehmens eingesetzt werden. Der bekannteste Anbieter von ERP-Systemen ist das deutsche Unternehmen SAP.

²⁹⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=kFuyzLF5Vew>

²⁹¹ GPS steht für „global positioning system“ und bezeichnet ein globales Positionsbestimmungssystem.

18. ARBEIT 4.0

18.2 Auswirkungen auf die Arbeitswelt

18.2.1 Umstrukturierung und Neuorganisation mittels IKT

Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere das Internet ermöglichen oder erleichtern es, Arbeit organisatorisch neu einzubetten und geografisch zu verteilen. Schon die Verlagerung von Produktionsarbeit vom globalen Norden in den globalen Süden ab den 1970er-Jahren setzte Informatisierung und Kommunikationstechnik voraus. Seither ist die informationstechnische Steuerung der Wertschöpfungsketten deutlich intensiviert und verfeinert worden. So werden in der Bekleidungsbranche kontinuierlich die Verkaufszahlen für einzelne Kleidungsstücke ausgewertet und davon abhängig die global verteilte Produktion und Logistik gesteuert (Flecker et al., 2008). IKT ermöglichen in diesem Zusammenhang die kurzzyklische Planung und komplexe Steuerung geografisch verteilter Fertigung von Gütern, wodurch u.a. Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen ausgeübt wird.

Unter dem Schlagwort „Offshoring“ wurden ab den 1990er-Jahren typische Angestelltentätigkeiten wie Buchhaltung, Lohnverrechnung, technische Entwicklung, Kundinnen-/Kundenbetreuung oder Marketing in Länder mit niedrigeren Lohnkosten und Sozialstandards verlegt. Entsprechend entwickelte sich in Ländern wie Indien beispielsweise eine besonders stark wachsende Branche für „Business Process Outsourcing“ oder „Information Technology Enabled Services“ (ITES) (Noronha & D’Cruz, 2008; Taylor et al., 2009).

Eine weitere organisatorische Veränderung betraf die Auslagerung der Unternehmensfunktion Informa-

tionstechnik, also der früheren EDV-Abteilungen, aus Industrie- und Dienstleistungsbetrieben sowie öffentlichen Verwaltungen an internationale Konzerne (Miozzo & Grimshaw, 2011). Zur Auslagerung (Outsourcing) kommt die geografische Verlagerung hinzu, welche die physischen Rechenzentren, die Wartung von Software und Netzwerken oder die Betreuung der IT-Benutzer/innen (Helpdesk) betreffen kann.

Zunehmende Informatisierung und elektronische Vernetzung ermöglichten es zudem, verschiedene Verwaltungs- und Abwicklungstätigkeiten aus einzelnen Abteilungen und Betrieben herauszulösen und organisatorisch und räumlich zu konzentrieren. Die dadurch entstehende Organisationsform wird in den letzten Jahren zunehmend als „Shared Service Centres“ bezeichnet. Diese übernehmen inhaltlich beispielsweise Buchhaltung, Reisekostenabrechnung, Personalverrechnung, Rechnungsprüfung und andere Verwaltungsfunktionen, aber auch die Kundinnen-/Kundenbetreuung.

Shared Service Centres

Wie viele Unternehmen im Telekommunikationsbereich betreibt Vodafone (seit 2007) seine eigenen „Shared Service Centres“ in Mittel- und Osteuropa, die seither Ziel für Verlagerungen aus anderen europäischen Ländern sind. Aktuell hält das Unternehmen Zentren in Ungarn (Budapest mit über 1.500 Beschäftigten), Rumänien (Bukarest mit über 3.000 Beschäftigten), Portugal und auch in Indien und Ägypten. Zwischen 2012 und 2014 stieg die Zahl der weltweit in „Shared Service Centres“ von Vodafone Beschäftigten um 6.000 und erreichte damit über 13.300. Bis 2016 ist ein Anstieg auf 16.000 geplant.²⁹²

²⁹² Romania Insider: <http://www.romania-insider.com/vodafone-opens-new-shared-services-center-in-romania/>; July, 2014
Vodafone, Annual Report 2013: https://www.vodafone.com/content/annualreport/annual_report13/downloads/operations_2015.pdf
Vodafone, Annual Report, 2014; S. 32: https://www.vodafone.com/content/annualreport/annual_report14/downloads/full_annual_report_2014.pdf

Die Informatisierung und Digitalisierung sowie die umfassende Nutzung des Internets ermöglichen es, die Konsumentinnen/Konsumenten stärker in Wertschöpfungsprozesse einzubeziehen. Damit ist zum einen die Ausweitung der Selbstbedienung bei Banken, Versicherungen, Reisevermittlungen etc. gemeint, zum anderen die unbezahlte Arbeit bei der Entwicklung von Software, beim Design von Produktion oder bei der Erstellung von Inhalten für digitale Medien. Die Umstrukturierungen bedeuten also nicht nur Veränderungen innerhalb der Erwerbsarbeit, sondern auch Verschiebungen zwischen Erwerbs- und Konsumarbeit mit entsprechenden Verlusten an bezahlter Arbeit.

18.2.2 Neue IKT-gestützte Arbeitsformen

Im Zusammenhang mit Arbeit 4.0 stellen sich im Hinblick auf Technikgestaltung und Arbeitsorganisation zunächst folgende Fragen: Wie weit soll die Automation getrieben werden? Welche Rolle wird demgegenüber den Arbeitenden und ihrem Erfahrungswissen beigemessen? Je nachdem, welche Antworten diese Fragen finden, kann man zwischen einem „Automatisierungsszenario“, das einen möglichst sich selbst steuernden, technischen Produktionsprozess zum Ziel hat, einerseits und einem „Werkzeugszenario“ unterscheiden, in dem die Technik die Arbeitenden unterstützt (Windelband & Spöttl, 2012).

Transport und Logistik

Werden LKW-Fahrer/innen von Tourenmanagementsystemen unterstützt und können sie dabei die Reihenfolge der Aufträge selbst bestimmen, neue Aufträge hinzunehmen und direkt mit Kundinnen/Kunden kommunizieren, so entspricht diese Gestaltung einem Werkzeugszenario. Werden aber die Touren auf Basis automatisiert erfasster Daten vollständig vom System geplant und dem Fahrer/der Fahrerin vorgegeben, büßt dieser/diese Handlungsspielräume und Kompetenzen ein (Windelband et al., 2010).

In der industriellen Produktion kommt auf der arbeitsorganisatorischen Ebene noch hinzu, wie die Arbeitsteilung zwischen den beschäftigten Personen ausgelegt wird und welche Entscheidungskompetenzen diesen jeweils zukommen. Hirsch-Kreinsen (2014a) unterscheidet in dieser Hinsicht die „polarisierte Organisation“ von der „Schwarmorganisation“. Während die „Schwarmorganisation“ durch eine lockere Vernetzung zwischen qualifizierten und gleichberechtigten Arbeitenden gekennzeichnet ist, herrscht in der „polarisierten Organisation“ eine klare Trennung zwischen Hochqualifizierten mit Entscheidungsbefugnissen und abgewerteten ausführenden Arbeitenden vor. In welche Richtung die Umsetzung des Konzepts der Industrie 4.0 gehen wird, ist derzeit noch nicht abschätzbar. Damit sind auch die Verteilungswirkungen noch ein Stück offen: Wie viele Beschäftigte werden eingesetzt und können an der Wertschöpfung partizipieren? Personen mit welchen Qualifikationsniveaus finden Beschäftigungs- und Lernchancen vor?

Auch im Bereich digitaler Arbeit wäre es verfehlt, von einer eindeutigen und notwendigen Entwicklungsrichtung der Arbeit auszugehen. Entgegen den häufig kolportierten Erwartungen über die „Wissensgesellschaft“ zeigen Befunde der Arbeitsforschung, dass die Informatisierung und Digitalisierung von Arbeit zum Teil mit der Ausweitung von Handlungsspielräumen, mit Höherqualifizierung und partizipativen Managementformen einhergehen. Im Gegensatz dazu finden wir bei fortgeschrittenen Anwendungen von IKT aber häufig auch hoch arbeitsteilige, standardisierte und dequalifizierende Formen der Arbeitsgestaltung.

Ein Beispiel für die degradierende Wirkung digitaler Arbeit ist vielfach die Sachbearbeitung in „Shared Service Centers“ (Howcroft & Richardson, 2012) oder im öffentlichen Dienst (Carter et al., 2011) sowie in der Kundinnen-/Kundenbetreuung über Callcenter (Bain et al.,

18. ARBEIT 4.0

2002; Sproll, 2016). Dabei wird Arbeit aus ihren Kontexten gelöst und in einzelne Verrichtungen aufgegliedert, für welche standardisierte Vorgaben entwickelt werden. Die Folge dieser traditionellen Rationalisierungsstrategie ist die Ersetzbarkeit und Verbilligung der Arbeitskraft sowie ihre gesteigerte Kontrollierbarkeit. Bei digitaler Arbeit kommt hinzu, dass die Standardisierung die Auslagerung und die geografische Verlagerung der Arbeit erleichtert – wie auch die Nutzung von Aus- und Verlagerungsmöglichkeiten die Standardisierung vorantreiben kann (Flecker & Schönauer, 2016).

Crowdworking

Im Unterschied zu Internetplattformen, die örtlich gebundene Dienste (wie Übernachtung, Taxi, Reinigung, Handwerk) vermitteln, werden die internetgestützten Vermittler von ortsungebundener, digitaler Arbeit (wie Dateneingabe, grafisches Design, Übersetzung oder Videoschnitt) als Crowdworking-Plattformen bezeichnet.

Bei „Crowdworking“ werden zwei Bereiche mit deutlich verschiedener Arbeitsweise unterschieden: „Microwork“ einerseits und Auslagerung digitaler Projektarbeit andererseits. „Microwork“ bezeichnet die Erledigung kleinteiliger Aufgaben im Bereich der immateriellen Arbeit. Häufig beschrieben werden in diesem Zusammenhang die Plattformen Amazon Mechanical Turk (Lehdonvirta & Ernkvist, 2011; Howcroft & Bergvall-Kåreborn, 2014; Lehdonvirta, 2016) und, im deutschen Sprachraum, Clickworker. Arbeiten wie die Kategorisierung von Bildern oder Videos, die Eingabe der Daten von Einkaufsbelegen etc. werden auf diesen Plattformen so aufbereitet, dass sie zu hochgradig repetitiver Arbeit werden, die pro einzelner, oft nur Sekunden benötigender Verrichtung jeweils mit wenigen oder Bruchteilen von Cent entlohnt werden. Solche degradierte, niedrig entlohnte und völlig ungeschützte Erwerbsarbeit ist zweifellos ein gesellschaft-

liches Problem. Sie kann aber auch als Hinweis auf andere Arbeitsmarktprobleme, wie Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung und Unsicherheit, gesehen werden, wenn Personen gezwungen sind, auf diese Weise Geld (dazu) zu verdienen. Nach einer deutschen Untersuchung sind die „Microworkers“ eher jung, relativ hoch gebildet und üben diese Tätigkeit in geringem Umfang neben einer anderen Erwerbstätigkeit oder einer Ausbildung aus (Bertschek et al., 2015).

Das „Crowdsourcing“ digitaler Projektarbeit etwa in der Kreativwirtschaft (grafisches Design, Modedesign, Video, Audio, Webdesign etc.) enthält in der Regel deutlich umfangreichere Aufgaben. Die Vermittlung zwischen Auftraggeber/in und Auftragnehmer/in kann dabei auf zwei grundlegend unterschiedliche Arten erfolgen. Einerseits erfolgt die Vergabe von Aufträgen im Wettbewerbsverfahren („Pitch“): Auf eine Einladung hin werden mehr oder weniger fertige Produkte eingereicht und nur die/der Gewinner/in wird bezahlt, während die anderen Teilnehmer/innen leer ausgehen. Die andere Form der Vergabe erfolgt durch ein Ausschreibungsverfahren, bei dem Angebote (Preis, zeitlicher Rahmen) eingereicht werden und im Anschluss ein Zuschlag erteilt wird. Erst danach wird mit der Bearbeitung des Auftrags begonnen. Zusätzlich werden auf manchen Plattformen noch weitere Vertriebsmodelle angeboten, etwa Onlineshops, auf denen fertige Produkte (bspw. Logos, Videointros, Texte, Designs) zu Fixpreisen angeboten werden können.

Bei dieser Form der Auslagerung wird ein Arbeitsverhältnis, also eine rechtlich geregelte Beziehung zwischen Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen, sowohl zwischen Auftraggeber/innen und Ausführenden, als auch zwischen Plattform und Arbeitenden vermieden. Die Betreiber/innen der Internet-Plattformen treten vielmehr als Vermittler/

innen auf: Sie bringen Arbeitskräfte, die ihre Dienste über die Plattform anbieten, mit Auftraggebern/-geberinnen zusammen, die für ein bestimmtes Projekt oder eine Tätigkeit eine Arbeitskraft suchen. Und sie bieten umfangreiche Funktionen für die Kommunikation zwischen Auftraggebern/-geberinnen und Auftragnehmern/-nehmerinnen, für die Abwicklung der Bezahlung und für die Bewertung der Arbeitsleistung an. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass durch „Crowdworking“ nur bedingt ein globaler Arbeitsmarkt entsteht. Zwar kennt das Internet keine nationalstaatlichen Grenzen, doch Sprachgebiete sind vielfach nach wie vor relevant, wodurch außer im angelsächsischen Raum die Internetplattformen primär im nationalstaatlichen Rahmen aktiv sind (Mandl et al., 2015).

Für die Qualität der Arbeit sind die Organisationsformen und Regeln der Plattformen und insbesondere die auf der Plattform einsehbaren Kundinnen-/Kundenbewertungen und die damit verbundene Online-Reputation relevant. Sie stellt für mögliche Auftraggeber/innen ein wichtiges Auswahlkriterium dar (Schörpf et al., 2016).

18.2.3 Beschäftigungswirkungen der Digitalisierung von Arbeit

Die Auswirkungen der Digitalisierung von Arbeit auf die Beschäftigung, also die Zahl der Arbeitsplätze, werden sehr unterschiedlich beurteilt. In den Medien werden vielfach Schreckensszenarien kolportiert, die sich in das Muster „Uns geht die Arbeit aus“ fügen. Die Gründe für die Dynamiken der Beschäftigung sind jedoch vielfältig. Sie hängen häufig mit den Möglichkeiten zusammen, die durch digitale Technologien entstehen, sind jedoch nie allein diesen zuzuschreiben. Wichtige Trends sind dabei die im Folgenden beschriebene Rationalisierung und Automatisierung, die Verlagerung von Arbeit und die Konsumarbeit („Prosumption“).

Rationalisierung und Automatisierung

Die Grundlage für häufig kolportierte Schreckensszenarien sind oft die vielzitierte „Oxford-Studie“ (Frey & Osborne, 2013) und weitere Studien dieser Art. Frey und Osborne beschrieben das Automationsrisiko von Berufen anhand ihres Gehalts an Routinetätigkeiten, aber auch an Nicht-Routinetätigkeiten, die durch die Weiterentwicklung der Technologie in wohldefinierte Probleme umgewandelt werden können, sowie unter Berücksichtigung von Hindernissen für Automatisierung wie den Bedarf an sozialer Intelligenz, Kreativität oder Wahrnehmungsfähigkeiten. Sie schätzten auf dieser Basis, dass 47 Prozent aller Arbeitsplätze in den USA in den nächsten Jahren automatisierbar seien.

Andere Studien gingen in eine ähnliche Richtung oder gaben eher Entwarnung. Ein Beispiel für Letzteres ist die Untersuchung von Arntz u.a. (2016), die zeigt, dass im Durchschnitt der 21 untersuchten OECD-Länder 9% und in Österreich 12% der Arbeitsplätze automatisierbar seien. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über die Beschäftigungswirkungen von Industrie 4.0 in Deutschland (Weber 2015) werden bis 2020 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze und der Wegfall von 260.000 Arbeitsplätzen erwartet. 2030 sollen 460.000 wegfallenden Arbeitsplätzen 400.000 zusätzliche gegenüberstehen. Das bedeutet, dass die Beschäftigungswirkungen im Saldo relativ gering sind, dass es aber einige Verschiebungen in einer Vielzahl an Berufsfeldern geben wird. Damit wiederholt sich ein alter Befund der Arbeits- und Industriesoziologie, nämlich, dass es Rationalisierungsverlierer/innen und Rationalisierungsgewinner/innen gibt, dass Tätigkeiten wegfallen und andere dazu kommen, dass Berufe an Bedeutung verlieren, andere an Bedeutung gewinnen oder überhaupt neu entstehen.

18. ARBEIT 4.0

Verlagerung von Arbeit

Im Bereich der Digitalisierung der Arbeit kam es in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer erheblichen Verschiebung in der internationalen Arbeitsteilung. Die Verlagerung von Arbeit aus Nordamerika und Westeuropa nach Asien hat in Ländern wie Indien, Vietnam und China zu einer großen Zahl an Arbeitsplätzen im Bereich der Software-Entwicklung, der Produktentwicklung, des „Business Process Outsourcing“ oder der „IT enabled services“ geführt. Auch wenn digitale Arbeit nicht per se ortsunabhängig ist, haben technische Entwicklung und Reorganisation der Unternehmen und Produktionsnetzwerke dazu beigetragen, dass Unternehmen im Hinblick auf den Standort für digitale Arbeit große Wahlmöglichkeiten haben. Dabei sind drei Formen der Verlagerung von Arbeit zu unterscheiden:

- Verlagerung von Arbeit innerhalb von Unternehmen bzw. Konzernen: Konzerne werden ständig organisatorisch und räumlich umstrukturiert. Von IBM heißt es, dass das Unternehmen seit 2012 mehr Personen in Indien beschäftigt als in den USA.²⁹³
- Verlagerung durch „Outsourcing“: Die Auslagerung an Dienstleistungsunternehmen kann vor Ort oder grenzüberschreitend erfolgen.
- Verlagerung durch „Crowdsourcing“: Bisher wird die Verbreitung von „Crowdsourcing“ als marginal eingestuft (Mandl, 2016, S. 117). Es könnte aber über die bisher marginale Bedeutung hinausgelangen, wenn Unternehmen Arbeit systematisch in dieser Form auslagern.

Konsumarbeit und „Prosumption“

Für die Einschätzung der Beschäftigungswirkungen im Land ist nicht nur die Möglichkeit der Automatisierung und der Verlagerung von Tätigkeiten relevant. Gerade im Zusammenhang mit digitaler Arbeit stellt sich die

Frage der Einbeziehung der Kundinnen/Kunden und der Bürgerinnen/Bürger in die Wertschöpfung bzw. Verwaltung neu. Selbstbedienung wird nun auf neue Bereiche ausgeweitet, aber auch in den klassischen Bereichen, wie dem Einzelhandel oder im Bankwesen, weiter forciert. Gerade im Zusammenhang mit der zunehmenden Abwicklung von Geschäften über das Internet wird Druck auf die Konsumentinnen/Konsumenten ausgeübt, einen immer größeren Teil der Arbeit zu übernehmen. Oft findet man auf den Internetseiten keine Mitarbeiter/innen, kann sie über Telefon nur sehr schwer erreichen und ist daher gezwungen, die Arbeit zu erledigen, die mit der Produktauswahl, der Dateneingabe, der Bezahlung etc. verbunden ist (Ritzer et al., 2012, S. 385). Weitere Beispiele für Prosumption sind die als Wettbewerbe oder Spiele organisierten Formen unbezahlter Arbeit.

„Prosumption“

Der Dienst reCAPTCHA bietet an sicherzustellen, dass ein Zugriff im Internet durch einen Menschen und nicht durch ein Programm erfolgt. Dafür werden verzerrte Buchstaben und Ziffern dargestellt, die eingegeben werden müssen, um z.B. Zugang zu einer Dienstleistung im Internet zu erlangen. Zugleich dient diese Eingabe durch Konsumentinnen/Konsumenten der Digitalisierung von Schrift, etwa von schwer lesbaren Straßennamen oder Hausnummern für Google Earth: Anstelle einer Dateneingabe durch bezahlte Arbeitskräfte wird diese unbezahlte Arbeit von Konsumentinnen/Konsumenten genutzt.

²⁹³ <http://nypost.com/2013/10/05/bm-now-employs-more-workers-in-india-than-us/>

18.3 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Handlungsfelder

18.3.1 Qualifikationsanforderungen und Arbeitsmarktpolitik

Wie bereits beschrieben, wird von den meisten Beobachterinnen/Beobachtern davon ausgegangen, dass einfache Tätigkeiten schnell und bald automatisiert werden. Dies betrifft auch jene einfachen Verrichtungen, die bisher Bestandteil der Arbeit von höher Qualifizierten waren. Übrig bleiben, so die gängige Argumentation, die komplexeren Arbeiten, wodurch die Arbeit in vielen Bereichen schwieriger und anstrengender wird. Arbeiten, die uns leicht von der Hand gehen, fallen weg. Tatsächlich werden sowohl die „smarte“ Fabrik als auch das zukünftige Büro als hochkomplexes, wandlungsfähiges und flexibles System gestaltet sein. Das braucht vermehrt Beschäftigte, die als Entscheider und Steuerer agieren (können). Problemlösungsfähigkeiten, selbstgesteuertes Handeln, Kommunikationsfähigkeiten werden neben den technischen Sach- und Anwendungskenntnissen gefordert, insbesondere dann, wenn die Facharbeit durch Planungs- und Entscheidungsaufgaben angereichert wird (Holtgrewe et al., 2016). Dazu müssen sie breit qualifiziert sein und durch eine lernförderliche Arbeitsorganisation sowie eine breit angelegte Weiterbildung unterstützt werden, die selbstständiges Arbeiten fördert und als aktives Instrument systematischer Personalentwicklung und Aufstiegsförderung konzipiert ist (Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft, 2013).

In der Befragung des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) stimmten 80% der befragten Industrieunternehmen folgender Aussage zu: „Um den Anforderungen an die Flexibilität des Personaleinsatzes in fünf Jahren gerecht zu werden, müssen ihre Produktionsmitarbeiter zusätzlich quali-

fiziert werden“ (Spath, 2013, S. 86). 58% halten für die Einführung von „cyber-physical-systems“ „zukünftig eine systematischere Entwicklung der Kompetenzen der Mitarbeiter“ für notwendig (ebd., S. 124). Dagegen argumentieren Pfeiffer und Suphan (2015), dass Beschäftigte (in Deutschland) bereits jetzt sehr häufig unter Unsicherheit handeln und Probleme lösen müssen. Über 70% verfügen über einen hohen „Arbeitsvermögensindex“, der den Nicht-Routinegehalt der Arbeit misst. Die Autorinnen/Autoren nehmen daher an, dass die Arbeitenden die durch Industrie 4.0 notwendige Weiterqualifizierung ohne Probleme werden bewältigen können. Die wichtigere Frage scheint eher zu sein, ob in der Technik- und Arbeitsgestaltung das vorhandene Erfahrungswissen der Beschäftigten ausreichend Berücksichtigung findet oder eher technikzentrierte Entwicklungen vorherrschen.

Die Behauptung, dass höhere Qualifikationen erforderlich würden, trifft aber keineswegs auf alle Arbeitsplätze zu. Teil dieser Entwicklung ist auch, dass gerade durch datentechnische Unterstützung manche Arbeitsprozesse hoch standardisiert werden und dann auch von Angelernten erledigt werden können. Neue dequalifizierte und repetitive Arbeiten, bei denen die Arbeitenden vom IKT-System gesteuert und überwacht werden, sind beispielsweise in der Lagerlogistik zu beobachten. Aber auch für die Vereinfachung und Computersteuerung von Sachbearbeitung finden sich Beispiele in „Shared Service Centres“ oder im öffentlichen Dienst (Howcroft & Richardson, 2012; Carter et al., 2011).

Der Arbeitsmarkt für niedrig Qualifizierte wird voraussichtlich dennoch weiter unter Druck geraten. In der Literatur wird verbreitet die These vom „qualifikationsverzerrten technologischen Wandel“ („skill-biased technological change“) vertreten, der zufolge unqualifizierte Arbeit durch Technikeinsatz stärker eingespart

18. ARBEIT 4.0

werden kann (Berman et al., 1998). Zudem sind die betroffenen Arbeitskräfte vermehrt mit inländischer und globaler Konkurrenz konfrontiert: Aus- und Verlagerungen und auch Migrationsbewegungen führen zu Druck auf Löhne und Gehälter.

Allerdings hängen die Folgen von der gewählten Arbeitsorganisation ab. Wie erwähnt haben die unterschiedlichen möglichen Pfade der Arbeitsorganisation, die „polarisierte“ oder die „Schwarmorganisation“ (Hirsch-Kreinsen, 2014b), verschiedene Auswirkungen auf die Qualifikationsanforderungen, je nachdem, ob Überwachungsaufgaben standardisiert und Planungstätigkeiten abgetrennt werden oder man auch anspruchsvollere Aufgaben an die Tätigkeiten der ausführend Arbeitenden anlagert.

Arbeit 4.0-Szenarien sind Anlass, bekannte Anforderungen an Modernisierung und Durchlässigkeit schulischer und beruflicher Bildungssysteme erneut zu artikulieren. Spath fordert eine weniger selektive als fördernde Ausrichtung beruflicher Bildung und „kompakte zertifizierte Inhalte, die ‚on-the-job‘ erworben werden können“ (Spath, 2013, S. 125f.). Komplexe, datenintensive Prozesse kompetent steuern und dirigieren zu können, wird sowohl beim Lernen als auch beim Entwickeln entsprechender Lernformen wesentlich mehr Zeit und Ressourcen brauchen, als es die Verheißungen der Automatisierung und allumfassender Datenverfügbarkeit nahelegen (Holtgrewe et al., 2016).

In der Berufsbildungsdiskussion ist nicht ausgemacht, dass Weiterqualifizierung angesichts der Umstrukturierung von Arbeit auf mehr Akademisierung hinauslaufen muss (z.B. Hirsch-Kreinsen, 2013). Steigende Qualifikationsanforderungen erschöpfen sich nicht in formalen Zertifikaten, sondern betreffen alle Qualifikationsgruppen, und selbst Einfacharbeiten kommen

nicht ohne Umsicht, Durchblick und soziale Kompetenzen aus (Holtgrewe et al., 2016). Österreich hat mit seinem System der dualen Berufsausbildung in vielen Berufen vergleichsweise gute Voraussetzungen, nahe am tatsächlichen Bedarf auszubilden.

18.3.2 Polarisierung und Prekarisierung, Verteilung von Arbeit

Mit der Digitalisierung und Vernetzung geht ein weiterer Schub in den Veränderungen der Beschäftigungsformen einher. Das Normalarbeitsverhältnis ist zwar auch bei digitaler Arbeit noch immer weit verbreitet, aber es wird zunehmend ausgehöhlt. Outsourcing ermöglicht Kollektivvertragsflucht und die Auslagerung von Arbeit an Dienstleister/innen und Selbstständige lässt vielfach das Normalarbeitsverhältnis verschwimmen (Flecker, 2010). Zugleich stellt sich an den Rändern der Arbeitswelt die Frage, was überhaupt (Erwerbs)Arbeit ist, insofern immer mehr Tätigkeiten den Konsumentinnen/Konsumenten aufgebürdet oder die Nutzer/innen unbezahlt in Prozesse der Wertschöpfung im Internet einbezogen werden (Voß & Rieder, 2005; O’Neil & Frayssé, 2015).

Unternehmen nutzen wie oben beschrieben die technischen Möglichkeiten, um ihre Organisation umzustrukturieren, Aufgaben auszulagern, ins Unternehmen zurückzuholen oder geografisch zu verlagern. Damit geht eine Fragmentierung der Beschäftigung einher, durch die es immer häufiger vorkommt, dass Kolleginnen/Kollegen in ein und demselben Betrieb unterschiedliche Arbeitgeber/innen (Meil, 2009; Flecker, 2010) oder dass Beschäftigte auf der anderen Seite des Globus dieselbe/denselben Arbeitgeber/in haben. Diese Prozesse bewirken jedoch, dass bisherige Institutionen des Arbeitsmarkts, wie Beschäftigungsschutz, Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, Kollektivverträge und Strukturen für den sozialen Dialog, teilweise wirkungslos werden.

Werden die Möglichkeiten der Digitalisierung ausgeschöpft, so wird die globale Konkurrenz und der damit verbundene Druck auf Löhne und Gehälter für deutlich mehr Beschäftigtengruppen relevant. Die Hoffnung, dass digitale Arbeitsformen Beschäftigungsmöglichkeiten für Österreichs periphere Regionen bringen würden, besteht weiter. Die Erfolge sind bisher jedoch gering. Callcenter galten lange Zeit als solche Hoffnungsträger – es zeigte sich jedoch, dass auch die Betreiber/innen dieser vermeintlich mobilen Dienstleistungen die Nähe zu städtischen Großräumen suchen und nur begrenzt in ländliche Regionen gelockt werden können. „Crowdwork“, als neue Form der Heimarbeit, birgt sehr wohl Potential, Arbeit in periphere Regionen zu bringen. Sie geht jedoch wie beschrieben meist mit formaler Selbständigkeit und Prekarität fördernden Arbeitsbedingungen einher.

Die Entwicklung des Einsatzes digitaler Technologien verläuft nach Branchen und Sektoren sehr unterschiedlich. In einigen Dienstleistungsbranchen wird die Selbstbedienung auf Basis der Informatisierung ausgebaut – man denke an die Selbstbedienungsterminals oder an „Online-Banking“ im Bankensektor – oder mobile digitale Technologien neu eingeführt, wie etwa die Steuerung via „Smart Phones“ in der mobilen Pflege. In Produktion und Logistik stehen nach mehreren Wellen der Automation und Computersteuerung jetzt weitere Innovationen an (Robotik, „cyber physical Systems“²⁹⁴).

Aufgrund unterschiedlicher Verteilung von Männern und Frauen auf Berufe, Branchen und Positionen betreffen Rationalisierung und Automation Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise. Neben den Nachteilen gibt es eine Chance für Frauen, ihre Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, da vorherrschende stereotype

Annahmen, wie die geringere Körperkraft von Frauen, durch Entwicklungen im Zuge der Automatisierung an Relevanz verlieren. Nimmt man Verteilungsfragen in den Blick, spielt neben der globalen und der geschlechtergerechten Verteilung von Arbeit auch die Dimension des Alters eine nicht unwesentliche Rolle. Sind es „die Alten“, die sich in der Arbeitswelt etablieren konnten und sich aufgrund ihrer Erfahrung bewähren, oder sind es „die Jungen“, die „digital natives“, die die Herausforderungen des technischen Wandels wie selbstverständlich annehmen, die in Zukunft Arbeit haben werden? Für beide Gruppen gilt, der technische Wandel ist mit persönlichen Investitionen verbunden und diese müssen als sinnvoll bewertet werden, im Sinne von „der Aufwand zahlt sich für mich aus“. Es braucht also klare Entwicklungsperspektiven, gerade wenn es darum geht, dass Beschäftigte auf Technologien basierende Rationalisierungsstrategien mittragen sollen.

18.3.3 Schutz personenbezogener Daten

Bei Arbeiten in (über)betrieblichen Informations- und Kommunikationssystemen können eine Vielzahl unterschiedlicher personenbezogener Mitarbeiter/innen-Daten anfallen. Trifft dies zu, sind einerseits datenschutzrechtliche Bestimmungen zu berücksichtigen (die auch den Umgang mit Kundinnen-/Kundendaten regeln), andererseits definiert das Arbeitsverfassungsgesetz Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrates beim Einsatz unterschiedlicher technischer Systeme.

Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen werden in den nächsten zwei Jahren eine bedeutende Veränderung erfahren, wurde doch nach jahrelanger Diskussion mit April 2016 die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) verabschiedet. Diese wird mit 25. Mai 2018 im gesamten EU-Raum die jeweiligen nationalen Gesetze (und die Datenschutzrichtlinie aus

²⁹⁴ Definitionen siehe Abschnitt 18.1

18. ARBEIT 4.0

dem Jahre 1995) ersetzen und Anforderungen an Systeme und Verantwortliche definieren, die sich – so die Hoffnung vieler – an den technologischen Veränderungen und am digitalen Zeitalter orientieren.

Ziel des Datenschutzes ist es einerseits, die Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere den Schutz der personenbezogenen Daten von Betroffenen zu gewährleisten und andererseits Pflichten zur Datensicherheit zu definieren, die betriebliche Verantwortliche zu erfüllen haben.

Als personenbezogene Daten gelten – so Artikel 4 der DS-GVO – „alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (...) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann“.²⁹⁵ Diese umfassende Definition zeigt bereits die Vielfältigkeit auf, in der heute ein Personenbezug durch die Nutzung verschiedener technischer Systeme und Geräte herstellbar ist.

Die in der DS-GVO definierten Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten werden für weitreichende Diskussion sorgen, da deren Einhaltung nachzuweisen und seitens der Verantwortlichen „Rechenschaft“ zu legen ist. Denn Artikel 5²⁹⁶ fordert im Umgang mit personenbezogenen Daten neben deren

- Zweckbindung („für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden“), unter anderem
- eine Datenminimierung („dem Zweck angemessen [...], auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt“) und
- Speicherbegrenzung („nur so lange [...], wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist“).

Im betrieblichen Umfeld fällt die Verantwortung, Daten von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern vor überschießender Kontrolle zu schützen, in der Regel dem Betriebsrat zu. Betriebsvereinbarungen im Sinne der §§ 96, 96a oder 97 ArbVG²⁹⁷ sollen dabei betriebliche „Spielregeln“ definieren, welche Daten aufgezeichnet, ausgewertet oder übermittelt werden, wer die Berechtigung zur Verwendung dieser Daten besitzt und inwieweit technische Systeme die Handhabung der Daten protokollieren. Eine Aufgabe, die Betriebsräte, die in der Regel mit sehr vielfältigen technischen Informations- und Kommunikationssystemen konfrontiert sind, oft überfordert. Insbesondere die Entwicklungen der letzten Jahre, wie der Einsatz mobiler Endgeräte, die Ortung von Firmenfahrzeugen (und deren Ausstattung mit Sensorsystemen) oder die Datenhaltung in der „Cloud“ unterstützt durch externe Dienstleister/innen erzeugen eine technische und organisatorische Komplexität, die oft aufgrund fehlender Information nur unzureichend geregelt werden kann.

²⁹⁵ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016, Artikel 4:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R0679&rid=1>

²⁹⁶ ebd. Artikel 5

²⁹⁷ Arbeitsverfassungsgesetz, Fassung vom 05.08.2016 §§ 96, 96a, 97:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008329>

18.3.4 Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen

Technische Innovationen wie „Smart Phones“, „Tablets“, VPN-Zugänge²⁹⁸ usw. lassen die Grenzen zwischen Arbeit und Leben vielfach noch stärker verschwimmen. Nun bezahlen die Arbeitenden „Zuckerl“, wie das „Home Office“, flexible Arbeitsorte oder Vertrauensarbeitszeit, oft mit ausgedehnter beruflicher Erreichbarkeit in der Freizeit. Vor großen Herausforderungen steht angesichts der weiteren räumlichen und zeitlichen Entgrenzung der Arbeit die Regulierung der Arbeitszeit. Nicht ohne Grund wird aktuell das Recht, in der Freizeit „offline“ zu sein, diskutiert. Für 2015 fand die Statistik Austria heraus, dass unter Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten rund 22% aller Mitarbeiter/innen tragbare Geräte mit mobilem Internetzugang zur Verfügung gestellt bekommen („Laptop“, „Tablet“, Mobiltelefon); in Branchen wie der IKT liegt dieser Anteil bei mehr als 65% (Statistik Austria, 2015).

Viele Arbeiten lassen sich theoretisch zu jeder Tages- und Nachtzeit mit Hilfe mobiler Geräte aus der Ferne ausführen. Diese Entwicklung bietet Chancen für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, allerdings kann auch die Familien- und Freizeit unter dem Vorbehalt stehen, dass im Betrieb oder auf Seiten der Kundinnen/Kunden nichts anfällt. Dabei wird es immer mehr dem Individuum überantwortet, Grenzen zu ziehen und sich gegen ständige Erreichbarkeit zu entscheiden. Dies erweist sich in prekären Beschäftigungsbedingungen, wie etwa der selbständigen Arbeit über Crowdsourcing-Plattformen vielfach als Ding der Unmöglichkeit (Schörpf et al., 2016).

Es gibt jedoch auch gegenläufige Tendenzen. In einer deutschen Studie ging der Anteil unter allen unselbständig Beschäftigten, die häufig zuhause arbeiten, seit dem Höchststand im Jahr 2008 wieder zurück;

bei Akademiker/innen etwa von 33% auf 25% (Brenke, 2014). Brenke spricht von einer Anwesenheitskultur in den Unternehmen und dass vielen Mitarbeiter/innen, die häufig von zu Hause arbeiten, der direkte Kontakt zu den Kollegen und Kolleginnen fehlt. Isoliertes Arbeiten schlägt sich bei vielen auf die Motivation und auch die Interessen der Arbeitnehmer/innen lassen sich so schlechter vertreten (Brenke, 2014).

Wenn vernetzte und gegebenenfalls betriebsübergreifende Arbeitsprozesse auch ortsunabhängig gesteuert werden können, stellen sich auch Fragen der Regelung, Abgrenzung und Honorierung von Rufbereitschaften oder kurzfristigen Anforderungen (Holtgrewe et al., 2016). Zum Beispiel führt die Abwicklung der Einsatzpläne und Zeitaufzeichnung via „Smart Phone“ in der mobilen Pflege zu einschneidenden Folgen für die Beschäftigten: Was früher in der persönlichen Kommunikation geklärt wurde, erfolgt heute anonymisiert via Anweisungen per „Smart Phone“. Dieses Unsichtbar-Werden kann zu Schwierigkeiten bei der Artikulation von Bedürfnissen und der Abstimmung untereinander sowie zu Anerkennungsproblemen führen.

18.4 Fazit: Gestaltung von Technik und Arbeit

Die Technik bestimmt weder die Organisation von Unternehmen oder Wertschöpfungsketten noch die Form der Arbeit. Sie ist vielmehr als „Ermöglicherin“ zu sehen, welche die aus ökonomischen, politischen oder sozialen Gründen vorangetriebenen Entwicklungen umsetzbar macht oder erleichtert (Pfeiffer, 2010). Auch wenn arbeitsbezogene Entscheidungen vielfach auf nachfolgenden Ebenen der Organisation oder der Arbeitsgestaltung fallen, sollte den Konzepten der Technikgestaltung dennoch Augenmerk geschenkt

²⁹⁸ VPN steht für „virtual private network“ und meint ein virtuelles privates (in sich geschlossenes) Kommunikationsnetz.

18. ARBEIT 4.0

werden: Mit einer technikzentrierten Entwicklungsperspektive können viele Chancen auf Beschäftigung und günstige Arbeitsbedingungen verschenkt werden, während eine humanzentrierte Technikentwicklung gerade arbeitsorientierte politische Ziele berücksichtigen kann. Geht es nicht um „Automation um jeden Preis“ und wird aktiv nach Möglichkeiten gesucht, die Bedingungen an bestehenden Arbeitsplätzen zu verbessern, so sind andere Verteilungswirkungen und für die Beschäftigten günstigere Folgen zu erwarten als bei einer rein auf Technik fixierten Entwicklung. Daraus ist abzuleiten, dass in aktuellen Diskussionen etwa über Industrie 4.0 technologiepolitische Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit eingefordert werden können und sollen. Für humanzentrierte Technikentwicklung gibt es aufgrund der „Ironien der Automation“ gute Argumente: Demnach müssen gerade bei den am weitesten automatisierten Systemen, bei denen nur selten manuell eingegriffen wird, die Anlagenbediener/innen am besten ausgebildet sein, damit sie im Fall von (seltenen) Abweichungen rasch und kompetent reagieren können (Baxter et al., 2012). Insofern hat es Sinn, Anlagen und die Arbeit daran von vornherein lernförderlich und offen für kompetente Eingriffe zu konzipieren.

Auf der Ebene der Organisation und der Arbeitsgestaltung kann man auch auf dem neuen Technologieniveau den Taylorismus fortsetzen, Industriearbeit inhaltlich entleeren, Beschäftigte durch vernetzte Technologien kleinteilig kontrollieren und steuern und das „Dirigieren“ von Wertschöpfungsprozessen kleinen Gruppen von Hochqualifizierten überlassen. Dabei entsteht die Gefahr, dass menschliche Arbeitskraft abgewertet wird. Oder man kann intelligente sozio-technische Systeme gestalten, in denen ergonomisch entlastete Beschäftigte die Techniken eigenverantwortlich, qualifiziert und selbstorganisiert als „smarte“ Werkzeuge nutzen. Man kann also auch die

Beschäftigten aufwerten und ihnen steigende Beschäftigungsqualität sichern. Und man kann – und wird wahrscheinlich – verschiedenste Mittelwege und Mischformen „kontrollierter Autonomie“ oder „hybrider Steuerung“ einschlagen (Holtgrewe et al., 2016).

Auch hinsichtlich der Büroarbeit, der Forschung und Entwicklung und den Dienstleistungen entsprechen die Befunde der Arbeitsforschung nur zum Teil den häufig gehegten Erwartungen im Hinblick auf die Entwicklung zu einer Wissensgesellschaft. Aus dem Charakter von Wissens- oder Informationsarbeit war häufig abgeleitet worden, dass die Ausweitung von Handlungsspielräumen und partizipative Managementformen notwendige Begleiterscheinungen der Informatisierung und Digitalisierung von Arbeit sind. Auch wenn dies im Bereich der Hochqualifizierten zutrifft, finden sich bei fortgeschrittenen Anwendungen von IKT vielfach auch hoch arbeitsteilige und standardisierte Formen neo-tayloristischer Arbeitsgestaltung etwa in der Sachbearbeitung in „Shared Service Centers“, im öffentlichen Dienst sowie in der Kundinnen-/Kundenbetreuung über Callcenter. Daran lässt sich erkennen, dass die Anwendung von IKT es erlaubt, höchst unterschiedliche Organisationsformen, gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Verhältnisse in die eine oder andere Richtung auf die Spitze zu treiben. Als Beispiel für die degradierte Variante digitaler Arbeit wird häufig „Microwork“ herangezogen, wie es über bestimmte Internet-Plattformen vermittelt wird. Dabei handelt es sich aber nur um die Spitze des Eisbergs einer breiteren Entwicklung in Richtung Standardisierung und Abwertung von Arbeit innerhalb und außerhalb von Unternehmen und öffentlichen Organisationen.

Die vielfach größere Ortsunabhängigkeit digitaler Arbeit erlaubt es, sie grenzüberschreitend zu verlagern und über globale Wertschöpfungsnetze zu verteilen.

Damit verschob sich die internationale Arbeitsteilung weiter, und es entstanden Erwerbchancen in Ländern mit niedrigen Lohnkosten. Insofern die Arbeit auf diese Weise aus der nationalstaatlichen Regulierung herausgelöst oder auf diese stärkerer Druck ausgeübt wird, stellt sich eine alte Frage neu: Wie organisieren sich die Arbeitenden in digitaler Beschäftigung, von manchen als globales „Cybertariat“ (Huws, 2014) bezeichnet, um Mindeststandards und angemessene Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen zu erreichen? Ansatzpunkte ergeben sich dabei auch daraus, dass sich die Arbeit über das Internet nicht im globalen Cyberspace auflöst, sondern in der Regel noch im nationalstaatlichen, zumindest aber europäischen Rahmen verbleibt. Zudem bieten Kommunikationstechnologien und soziale Medien zusätzliche Möglichkeiten für die Arbeitenden, sich zu vernetzen und zu organisieren.

Schließlich stellt sich, wie schon bei früheren Automationswellen, die wichtige Frage, wie die Beschäftigungspolitik auf die Digitalisierung reagieren kann. Angesichts der dreifachen Bewegung: Automation, Verlagerung und Kundinnen-/Kundenarbeit, bei bereits hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Wachstumsraten muss die Sicherung von Arbeitsplätzen für die erwerbsfähige Bevölkerung in den nächsten Jahren Priorität bekommen. Die strukturellen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt – Bedeutungsverluste für manche Berufe und das Entstehen neuer – erfordert weiterhin Maßnahmen der Bildungs- und aktiven Arbeitsmarktpolitik. Automation, Verlagerung von Arbeit und Selbstbedienung reduzieren bei niedrigem Wachstum das Volumen der Erwerbsarbeit. Angesichts der bereits hohen Arbeitslosigkeit ist eine Umverteilung der Arbeit in Form einer Arbeitszeitverkürzung dringend geboten. Aber muss es überhaupt eine schlechte Nachricht sein, dass weniger Erwerbsarbeit übrigbleibt? Für Keynes bedeutete technologische Arbeitslosigkeit in den 1930er-Jahren nicht nur,

dass „wir schneller Mittel entdecken, Arbeit zu sparen, als neue Verwendungen für die Arbeit finden“, sondern langfristig auch, dass die „Gesellschaft ihr ökonomisches Problem gelöst hat“, also die Knappheit überwunden ist. Eine solche Sicht erlaubt es, auf die aktuellen Entwicklungen um Arbeit 4.0 einen optimistischeren Blick zu werfen: Wir könnten in Zukunft mit deutlich weniger Erwerbsarbeit auskommen, wenn eine gerechtere Verteilung sicherstellt, dass alle an der stärker automatisierten Wertschöpfung teilhaben können.

18.5 Literatur

Arntz, M., Gregory, T., Ziehran, U. (2016): The risk of automation for jobs in OECD countries: a comparative analysis. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 189, Paris

Bain, P., Watson, A., Mulvey, G., Taylor, P. & G. Gall (2002): Taylorism, targets and the pursuit of quantity and quality by call centre management. *New Technology, Work and Employment*, 17, (3), 170–185.

Baxter, G., Rooksby, J., Wang, Y. & Khajeh-Hosseni, A. (2012): The ironies of automation ... still going strong at 30? In: *Proceedings of the 30th European Conference on Cognitive Ergonomics (ECCE'12)*, S. 65–71.

Berman, E., Bound, J. & Machin, St. (1998): Implications of skill-biased technological change. In: *The Quarterly Journal of Economics*, November 1998: 1245 – 1279.

Bertschek, I., Ohnemus, J. & Viète, St. (2015): Befragung zum sozioökonomischen Hintergrund und zu den Motiven von Crowdworkern, Forschungsbericht 462, Mannheim: ZEW

18. ARBEIT 4.0

- Brenke, K. (2014): Heimarbeit: immer weniger Menschen in Deutschland gehen ihrem Beruf von zu Hause aus nach. In: DIW Wochenbericht 8 / 2014 S. 131-139 http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.437991.de/14-8-1.pdf [zuletzt aufgesucht am 9.9.2016]
- Carter, B., Danford, A., Howcroft, D., Richardson, H., Smith, A. & Taylor, P. (2011): „All they lack is a chain”: lean and the new performance management in the British civil service. *New Technology, Work and Employment*, 26 (2), 83–97.
- COST (2012): Memorandum of Understanding for the implementation of a European Concerted Research Action designated as COST Action IS1202: Dynamics of Virtual Work, Brüssel, http://w3.cost.eu/fileadmin/domain_files/ISCH/Action_IS1202/mou/IS1202-e.pdf
- Flecker, J., Pfadenhauer, M., Grenz, T. & Schörpf, P. (2016): Gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter des Internet: Digitalisierung der Arbeit und Mediatisierung sozialer Welten. In: *Gesellschaft im Wandel. Reihe: University – Society – Industry. Beiträge zum lebensbegleitenden Lernen und Wissenstransfer*. Uni Wien
- Flecker, J. (2010): Fragmenting labour: organisational restructuring, employment relations and the dynamics of national regulatory frameworks. In: *Work Organisation, Labour and Globalisation*, 4 (1): 8 – 23.
- Flecker, J., Holtgrewe, U., Schönauer, A., Dunkel, W. & Meil, P. (2008): Restructuring across value chains and changes in work and employment – case study evidence from the clothing, food, IT and public sectors, HIVA, Leuven
- Flecker, J., Schönauer, A. (2016): The Production of ‚Placelessness‘: Digital Service Work in Global Value Chains. In: Flecker, J (ed.): *Space, Place and Global Digital Work*, London: Palgrave Macmillan
- Frey, C. B. & Osborne, M. A. (2013): *The future of employment: how susceptible are jobs to computerisation*. Oxford
- Hirsch-Kreinsen, H. (2013): Wie viel akademische Bildung brauchen wir zukünftig? Ein Beitrag zur Akademisierungsdiskussion. In: *Analysen und Argumente*. Konrad Adenauer Stiftung, Ausgabe 136 http://www.kas.de/wf/doc/kas_36053-544-1-30.pdf?131114122814
- Hirsch-Kreinsen, H. (2014a): Wandel von Produktionsarbeit – „Industrie 4.0“. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg.67 (2014), H.6, S.421–429.
- Hirsch-Kreinsen, H. (2014b): Welche Auswirkungen hat „Industrie 4.0“ auf die Arbeitswelt? *WISODirekt* Dezember 2014
- Holtgrewe, U., Riesenecker-Caba, T. & Flecker, J. (2016): „Industrie 4.0“ Eine arbeitssoziologische Einschätzung. FORBA im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/digitalerwandel/Industrie_4.0.pdf [zuletzt aufgesucht am 30.6.2016]
- Howcroft, D. & Richardson, H. (2012). *The Back Office Goes Global: Exploring Connections and Contradictions in Shared Service Centres*. *Work, Employment & Society*, 26 (1), 111–27.
- Howcroft, D., & Bergvall-Kåreborn, B. (2014): Amazon Mechanical Turk and the Commodification of Labour. *New Technology, Work & Employment*, 29(3), 213-223.

- Huws, U. (2014): Labour in the global digital economy. New York: Monthly Review Press
- Keynes, J.M. (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder, „The Nation & The Athenaeum“, http://www.sokratischer-marktplatz.de/pdf/Text_Keynes_Enkelkinder.pdf
- Lehdonvirta, V. & Ernkvist, M. (2011): Knowledge Map of the Virtual Economy. Washington DC: World Bank.
- Lehdonvirta, V. (2016): Algorithms That Divide and Unite: Delocalization, Identity, and Collective Action in ‘Microwork’. In J. Flecker (Hrsg.), Space, Place and Global Digital Work. London: Palgrave Macmillan.
- Leimeister, J.M. & Zogaj, S. (2013): Neue Arbeitsorganisation durch Crowdsourcing. Eine Literaturstudie (No. 287). Düsseldorf: Böckler Stiftung.
- Mandl, I. (2016): Working conditions in crowd employment and ICT-based mobile work. In: Wobbe, W., Bova, E. & Dragomirescu-Gaina, C. (eds.): The digital economy and the single market – employment prospects and working conditions in Europe, Brussels: FEPS, 111 – 138.
- Mandl, I., Riso, S. & Gerogiannis, E. (2015): New forms of employment. Dublin: Eurofound.
- Meil, P. (2009): Value chain restructuring and its effects on the employment relationship and working conditions. In: Meil, P. (ed.): Challenges for Europe under value chain restructuring. Leuven: HIVA, 11 – 26.
- Miozzo, M. & Grimshaw, D. (2011): ‘Capabilities of large services outsourcing firms: the „outsourcing plus staff transfer model“ in EDS and IBM’, Industrial and Corporate Change 20(3): 909–940.
- Noronha, E. & D’Cruz, P. (2008): The dynamics of teleworking: Case studies of women medical transcriptionists from Bangalore India. Gender, Technology and Development (2008), 12 (2): 157–183.
- O’Neil, M. & Frayssé, O. (Hrsg.) (2015): Digital Labour and Prosumer Capitalism. The US Matrix. London: Palgrave Macmillan.
- Pfeiffer, S. (2010): Technisierung von Arbeit. In F. Böhle, G. G. Voß, & G. Wachtler (Eds.), Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 231–362.
- Pfeiffer, S. & Suphan, A. (2015): Der AV-Index. Lebendiges Arbeitsvermögen und Erfahrung als Ressourcen auf dem Weg zu Industrie 4.0. Working Paper 2015 #1 (draft v1.0 vom 13.04.2015). Internet: <http://www.sabine-pfeiffer.de/files/downloads/2015-Pfeiffer-Suphan-draft.pdf> [zuletzt aufgesucht am 30.6.2016]
- Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft–Wissenschaft (2013): Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Abschlussbericht des Arbeitskreises Industrie 4.0. Frankfurt a. Main.
- Ritzer, G., Dean, P. & Jurgenson, N. (2012): The Coming of Age of the Prosumer. In: American Behavioral Scientist 56(4) 379–398.
- Ritzer, G. & Jurgenson N. (2010): Production, Consumption, Prosumption The nature of capitalism in the age of the digital ‘prosumer’. Journal of Consumer Culture 10: 13–36.

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT, SOZIALES
UND KONSUMENTENSCHUTZ**
Stubenring 1, 1010 Wien
Tel.: +43 1 711 00-0
sozialministerium.at